

# Stenographisches Protokoll

28. Sitzung des Kärntner Landtages - 28. Gesetzgebungsperiode  
Donnerstag, 31. Mai 2001

## Inhalt

**Fragestunde** (S. 3364)

### Aktuelle Stunde

Thema: Budgetsanierung in Kärnten

Antragsteller: FPÖ-Klub

Redner: Dr. Strutz (S. 3376), Unterrieder (S. 3377), Dr. Wutte (S. 3379), Lobnig (S. 3380), Mag. Cernic (S. 3382), Sablatnig (S. 3383), Schwager (S. 3384), Arbeiter (S. 3385), Mag. Scheucher-Pichler (S. 3386), LH-Stv. Ing. Pfeifenberger (S. 3388), Kollmann (S. 3389)

Erweiterung der Tagesordnung um TOP 2 (S. 3390)

### Tagesordnung

#### 1. Ldtgs.Zl. 177-57/28:

Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2002 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2002, dem Budgetbericht im Sinne des Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und zum Budgetprogramm 2002 bis 2004 gem. Art. 61 Abs. 2 K-LVG Änderungen zum Landtagsbeschluß vom 21.12.2000 und Budgetvorschau 2005 sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2002 erteilt werden

Einbegleitung durch den Landesfinanzreferenten Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Karl Pfeifenberger (S. 3391)

#### 2. Ldtgs.Zl. 290-5/28:

Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Verkauf von Gesellschaftsanteilen des Landes an der Kärntner Energieholding Be-

teiligungs GmbH an die RWE PLUS AG und Abschluß des Optionsvertrages

Berichtersteller: Lobnig (S. 3405, 3415)

Redner: Dr. Wutte (S. 3405), Unterrieder (S. 3408), Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 3410), Ing. Rohr (S. 3413)

Einstimmige Annahme (S. 3415)

### Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

#### 1. Ldtgs.Zl. 319-14/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ- und ÖVP-Klubs betreffend eine Neuverhandlung der Vereinbarung zwischen dem Land Kärnten und dem Österreichischen Roten Kreuz (Flugrettung)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 3415)

Zur Dringlichkeit: Sablatnig (S. 3416), Schober (S. 3417)

Zuerkennung der Dringlichkeit: (FPÖ: ja; SPÖ: nein; ÖVP: ja) (S. 3418)

Annahme mit Mehrheit: (FPÖ: ja; SPÖ: nein; ÖVP: ja) (S. 3418)

#### 2. Ldtgs.Zl. 471-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die personelle Aufstockung des Landesrechnungshofes

Zur Begründung der Dringlichkeit: Unterrieder (S. 3419)

Zur Dringlichkeit: Dr. Wutte (S. 3419), Jost (S. 3420)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 3420)

Einstimmige Annahme (S. 3420)

B. Anträge von Abgeordneten (S. 3420)

**Beginn:** Donnerstag, 31.05.2001, 09.03 Uhr

**Ende:** Donnerstag, 31.05.2001, 13.19 Uhr

### **Beginn der Sitzung: 09.03 Uhr**

**V o r s i t z :** Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Mitterer**

**A n w e s e n d :** **35 Abgeordnete**

**E n t s c h u l d i g t :** **Koncilia**

**Mitglieder des Bundesrates:** **Ing. Klamt, Mag. Neuner, Würschl, Mag. Trunk, Ing. Gruber**

**A m R e g i e r u n g s t i s c h :** Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrat **Dörfler**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 28. Sitzung des Kärntner Landtages und ersuche, die

Plätze einzunehmen! Ich begrüße Sie auf das Herzlichste! Ich begrüße die Frau und Herren Bundesräte mit dem Herrn Bundesratspräsidenten an der Spitze. Ich begrüße die Beamtenschaft, die Vertreter der Landesregierung. Derzeit ist der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy anwesend. Ich begrüße auch sehr herzlich die Zuhörer und Zuschauer auf der Tribüne, insbesondere die Schüler der Volksschule Wölfnitz.

Entschuldigt haben sich Herr Abgeordneter Koncilia sowie Landesrat Schiller und Landesrat Wurmitzer.

Ich komme zur Fragestunde der 28. Sitzung des Kärntner Landtages. Die 1. Anfrage der Frau Abgeordneten Wulz an Landesrat Wurmitzer kann nicht aufgerufen werden, weil der Herr Landesrat sich entschuldigt hat. Ich werde sie das nächste Mal, bei der nächsten Sitzung aufrufen. Damit kommen wir zur 2. Anfrage.

### **Fragestunde**

#### **2. Ldtgs.Zl. 212/M/28:**

#### **Anfrage des Abgeordneten Stangl an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Teilweise sind die Krankenhäuser (Landeskrankenhäuser) kompatibel, die größten aber - das sind Villach und Klagenfurt - sind das nicht. Ein beachtliches Einsparungspotential geht dadurch verloren.

Bis wann sind die EDV-Anlagen der Landeskrankenhäuser kompatibel?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Gemeint sind die EDV-Anlagen. Ich nehme nicht an, daß du die Krankenanstalten meinst, sondern die EDV-Anlagen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Betreffend die Anfrage, was die Kompatibilität der EDV-Anlagen betrifft, darf ich Ihnen folgendes mitteilen. Mit der im letzten Jahr eingeleiteten neuen strategischen Ausrich-

**Dr. Ambrozy**

tung des IT-Einsatzes im Krankenanstaltenverbund wurde zunächst die gemeinsam mit dem EDV-Verantwortlichen der Krankenanstalten durchgeführte Planung der Investitionsvorhaben abgeschlossen. Parallel dazu wurden laufende Projekte bzw. neue Vorhaben gemäß den Grundprinzipien der Vereinheitlichung weitergeführt bzw. gestaltet. Zu diesen Vorhaben zählen: die Fertigstellung des krankenanstaltenübergreifenden Berichts- und Informationssystems; die Restrukturierung und Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur im Landeskrankenhaus Klagenfurt und im Landeskrankenhaus Wolfsberg; die Einführung einer einheitlichen Pflegedokumentation; die Analyse und das Handlungsprogramm für ein Konzernrechnungswesen; die Pilotprojekte im Rahmen des großen Projektes Telemedizin.

Die Vereinheitlichung in den EDV-Anwendungen erfolgt schrittweise mit der Fertigstellung der Projekte gemäß dem Investitionsprogramm des IT-Bereiches. Um eine gesamtheitliche und integrative Konzeption der EDV-Systeme sicherzustellen, wird zur Zeit das Projekt IT-Strategie "Architektur und Bebauungsplan" ausgearbeitet und mit den Anwendern abgestimmt. Aus diesem Vorhaben wird aus Anwendersicht die inhaltliche Definition der einzelnen Vorhaben weiter detailliert und Prioritäten vergeben. Dieser Schritt ist notwendig, da aufgrund der Vielzahl von Interessen - fachliche Interessen, standortbezogene und EDV-relevante Aspekte - eine Abstimmung unbedingt erforderlich ist. Die Fertigstellung der Projekte und damit die Vereinheitlichung des IT-Einsatzes ist im wesentlichen durch die, von Gesetzeswegen vorgesehenen Rahmenbedingungen, das ist das Auftragsvergabegesetz und die entsprechende Einbindung des Rechnungshofes, was derzeit geschieht, und von innerhalb des IT-Bereich zur Verfügung stehenden Ressourcen abhängig. Aus heutiger Sicht ist mit dem Abschluß des Kernbereiches der Rechnungswesenpflegedokumentation und medizinischen Dokumentation bis zum Jahre 2004 zu rechnen.

Eine rasche und zügige Umsetzung und eine Vereinheitlichung des IT-Einsatzes setzt neben der strategischen Neuausrichtung auch entsprechende organisatorische Veränderungen voraus. Dazu wurde bereits dem Aufsichtsrat der Weg

der organisatorischen Veränderungen durch standortübergreifende Bündelung des Experten-Know-hows innerhalb der Krankenanstalten und der Streuung durch die KABEG zur Kenntnis gebracht. Zur Zeit wird ein Konzept zur weiteren Verselbständigung des IT-Bereiches erstellt.

Das ist das, was aus meiner Sicht auch nach Rücksprache mit der KABEG dazu zu sagen ist. Das heißt, es ist auch durch die entsprechende Ausgestaltung der KABEG mit einem EDV-Verantwortlichen jetzt zügig zu rechnen, daß der Zeitplan eingehalten wird und die notwendige - da gebe ich dir recht - Kompatibilität in allen Bereichen, zumindest was die Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft betrifft, erreicht wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Seitens der ÖVP hat sich Herr Abgeordneter Sablatnig gemeldet. Ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Bei der Kompatibilität der EDV-Vernetzung der einzelnen Krankenanstalten des Landes Kärntens geht es ganz konkret um eine Frage und die möchte ich stellen.

Neun Krankenhäuser in Kärnten haben ein System, das zehnte, das Landeskrankenhaus Klagenfurt ein anderes. Wird es jetzt in neun Krankenhäusern ein neues EDV-System geben oder wird Klagenfurt dasselbe System anwenden wie die anderen neun? Dadurch ist erst die Kompatibilität sichergestellt.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Die Antwort auf diese Frage ist eigentlich schon in meiner ersten Antwort gegeben worden. An der Kompatibilität gerade auch in diesem Bereich wird gearbeitet. Es ist derzeit ein erster Schritt, was die Zusammenarbeit im IT-Bereich betrifft, zwischen Klagenfurt und Wolfsberg

**Dr. Ambrozy**

gesetzt und man will Schritt für Schritt das Gesamtsystem verändern, wobei ein entsprechender Weg dazu dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht wurde und der Auftrag erteilt wurde, auf diesem Weg weiter zu arbeiten. Und es ist damit zu rechnen, daß der Vorstand der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft in einer der nächsten Sitzungen die entsprechenden Anträge im Aufsichtsrat stellen wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Der Fragesteller hat noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Wie hoch schätzt man die zu erwartende Einsparung durch die Vereinheitlichung des IT-Systems?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Eine Schätzung der Einsparungen durch die Kompatibilität liegt derzeit nicht vor. Es ist aber die Herstellung der Kompatibilität mit hohen Investitionskosten verbunden, die ich derzeit auch nicht angeben kann, da sie nicht einmal schätzungsweise vorliegen. Aber es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß es nicht zu Kosteneinsparungen kommen wird, aber es wird zu Vereinfachungen, zu Verbesserungen und damit zur Steigerung der Leistungsfähigkeit *(Abg. Stangl: Ist auch eine Einsparung!)* kommen. Das ist auch eine Einsparung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 2. Anfrage beantwortet. Wir kommen zur 3. Anfrage:

**3. Ldtgs.Zl. 213/M/28:****Anfrage des Abgeordneten Ramsbacher an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Es sind von Ihrem Vorgänger anscheinend einige Förderungsaktionen von seiten des Sportreferates in Gang gesetzt worden. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Natürlich!)* Es gibt draußen einige Probleme, da anscheinend über konkrete Umsetzungen nichts bekannt ist.

Ich frage Sie: Nach welchen Projektunterlagen und Förderungskriterien wurden im Jahr 2000 dem ASKÖ Eisschützenverein Dellach im Drautal im Rahmen der Sportstättenbauförderung ein Betrag von 1,5 Millionen Schilling von der Kärntner Landesregierung überwiesen?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Subventionsabwicklung ASKÖ Dellach/Drau wurde erstmals mit einem Schreiben an den damaligen Landessportreferenten Dr. Michael Ausserwinkler am 25.01.1999 eingefordert. Am 29.09.1999 wiederholte der ASKÖ EC Dellach/Drau dieses Ersuchen mit einem Schreiben an meinen Vorgänger Mathias Reichhold. Letztendlich trat der ASKÖ EC Dellach/Drau am 18.06.2000 noch einmal an den Landeshauptmann Dr. Jörg Haider heran. Dazwischen hat der ASKÖ Landesfachverband mit Schreiben vom 11.10.1999 diesen Antrag positiv befürwortet. Es sind dann auch Teilangebote und Kostenschätzungen am 19.01.1999 und am 18.12.1999 eingelangt. Der damalige Landessportsekretär Stefan Genser hat das Projekt als förderungswürdig betrachtet und es wurde dann am 02.11.2000 die Subvention von 1,5 Millionen Schilling bewilligt.

Es ist vielleicht noch anzumerken, daß der ASKÖ Dellach im Drautal wohl der absolut erfolgreichste Eisschützenverein Kärntens ist und mit Florian Trunk einen sechsmaligen Europameister, einen sechsmaligen Vizeeuropameister,

**Dörfler**

meister, ... Er hat bei Europameisterschaften dreimal Bronze gewonnen, ist sechs Mal österreichischer Meister und hat viele Medaillen bei österreichischen Meisterschaften errungen. Ich würde das auch so bewerten, daß nicht nur der Bau, der Ausbau dieser Anlage, sondern auch der sportliche Erfolg ... Er arbeitet jetzt ja auch als Nachwuchstrainer im Eisschützensport. Und Eisschützensport ist eben in Kärnten ein sehr wichtiges Element des Wintersports und des Sports insgesamt, daß eben auch die Unterlagen als solches, die Stellungnahme des ASKÖ, aber auch die sportlichen Verdienste des sechsfachen Europameisters sicher ein Grund dafür waren, daß dieses Ansuchen positiv bewertet wurde. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Schlagholz, bitte!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat! Stimmt es, daß in Telefonaten mit dem Bürgermeister der Gemeinde Dellach im Drautal der Termin für die in Entsprechung der Förderungsrichtlinie notwendige Besprechung zwischen den zuständigen Vertretern der Gemeinde, des Vereines, den Vertretern des Dachverbandes und des Landes deshalb verschoben werden mußte, weil es bis heute auf Landesebene noch keine Regelung über die Sportstättenfinanzierung 2001 gibt?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Sie werden mir erlauben, daß wir versuchen, mit der Neubesetzung des Sportdirektors Reinhard Tellian eine seriöse Arbeit im Sportbereich sozusagen zu ermöglichen. Das heißt, ich komme aus der Wirtschaft. Das heißt aber auch, daß ich bestrebt bin, mit dem neuen Team im Sportreferat Grundlagen zu schaffen, seriös aufzuarbeiten und es sind wirklich viele, viele Projekte, die anstehen und einer Erledigung zugeführt

werden müssen. Aber seriöse Arbeit heißt für mich auch, daß das neue Team unter Sportdirektor Reinhard Tellian alle Sportprojekte entsprechend aufarbeitet, einer neuen Bewertung zugeführt und daß wir dann, wie es jetzt schon im Sport passiert ist, ... Reinhard Tellian und sein Team arbeiten jetzt zum Teil sieben Tage in der Woche und man spürt auch, daß im Sport wirklich jetzt sehr viel an Leistungen geflossen ist, das einfach für den Sportbetrieb notwendig war.

Die zweite Stufe ist eben, die Sorgen und Nöte des Sportstättenbaus und der Sportstättenanpassung entsprechend aufzulisten, zu bewerten und raschest umzusetzen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der hat schon das Handtuch geworfen!)* Entschuldigen Sie! Hat die FPÖ-Fraktion noch eine Zusatzfrage, wollte ich fragen. - Ich habe festgestellt, daß die Anfrage somit erledigt ist, nachdem keine Zusatzfrage mehr gestellt ist.

Ich komme zur 4. Anfrage:

**4. Ldtgs.Zl. 214/M/28:****Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Schiller**

Diese Anfrage kann nicht behandelt werden, da Landesrat Schiller entschuldigt ist. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich bin enttäuscht!)* Ich frage den Anfrager! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Nächste Sitzung! Automatisch!)* In der nächsten Sitzung wird diese Frage aufgerufen werden.

Ich komme somit zur 5. Anfrage:

**5. Ldtgs.Zl. 215/M/28:****Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie hoch war die Abfertigung, die der 15 Jahre außer Dienst gestellte SPÖ-Bürgermeister Josef Pfeifer vom Land einforderte?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im konkreten Fall wurde ein Antrag auf Abfertigung gestellt, mit der Begründung, daß das Dienstverhältnis 21 Jahre 8 Monate und 3 Tage ausgemacht hätte. Tatsache ist, daß innerhalb dieser 21 Jahre der Betroffene 15 Jahre 10 Monate und 5 Tage karenziert war, weil er öffentliche Ämter, darunter auch Abgeordnetenmandatarstätigkeit, wahrgenommen hat, so daß ein allenfalls anfallender Betrag von rund 212.000 Schilling zur Diskussion gestanden ist. Aber in Anbetracht der Tatsache, daß von den 21 Jahren 15 Jahre keine Tätigkeit für das Land gemacht wurde und aufgrund der Tatsache, daß es keine rechtlichen Anspruch darauf gebe, wurde das abgelehnt.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion dazu eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist auch nicht der Fall. Dann hat der Fragesteller noch eine Frage - auf die er verzichtet. Damit ist die 5. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 6. Anfrage:

#### **6. Ldtgs.Zl. 216/M/28:**

#### **Anfrage des Abgeordneten Jost an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie sind für die Aufsicht über die Gesundheitsagenden im Lande zuständig. In diesem Zusammenhang stelle ich die Frage an Sie, wer

also zuständig dafür ist, die Qualifikation der Psychotherapeuten in der vom Land mitfinanzierten Psychotherapeutischen Ambulanz von "pro mente" zu überprüfen. Das ist deshalb von Interesse, weil ja die Psychotherapie seit einiger Zeit auch auf Krankenschein erhältlich ist, das heißt durch die Krankenkasse auch bezahlt wird und Interesse besteht, daß hier eine Ordnung bei der Qualifikation besteht.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich erlaube mir, die Anfrage wie folgt zu beantworten. Eine Überprüfung der Qualifikation der Psychotherapeutischen Ambulanz wird von der Kärntner Gebietskrankenkasse vorgenommen. Die Kärntner Gebietskrankenkasse fordert von pro mente Kärnten, dem Betreiber der genannten Einrichtung, periodisch die Namen der beschäftigten Psychotherapeuten ein und überprüft, ob diese in die Liste der Psychotherapeuten eingetragen sind. Das Land Kärnten leistet im übrigen keinen finanziellen Beitrag für diese Einrichtung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht - Frau Abgeordnete Scheucher-Pichler, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich habe jetzt Ihre Anfragebeantwortung gehört. Ich frage Sie aber trotzdem noch einmal konkret: Wie schätzen Sie das Verhältnis in all diesen Bereichen der psychotherapeutischen Arbeit, das Verhältnis der ausgebildeten Fachkräfte im Verhältnis zu den Praktikanten und zu in Ausbildung befindlichen Therapeuten ein?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

So eine Schätzung kann ich hier nicht abgeben, aber ich bin gerne bereit, Ihnen nach vorhergehender Informationseinholung detaillierte Unterlagen zur Verfügung zu stellen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens des Antragstellers noch eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Wir kommen damit zur 7. Anfrage:

**7. Ldtgs.Zl. 217/M/28:**

**Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Welche Nebentätigkeiten hat der Verwaltungsdirektor des LKHs Villach, Herr Mag. Wulz, dem Land Kärnten gemeldet?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Ich habe mich bei der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft aufgrund Ihrer Anfrage informiert. Es wurde mir mitgeteilt, daß Herr Mag. Wulz mit Schreiben vom 1. Februar 2001 bei der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft um Bewilligung seiner Nebenbeschäftigung angesucht hat. Das Ansuchen beinhaltet, daß er beabsichtigt, im Ausmaß von zirka 30 Arbeitsstunden Beraterleistungen für die Firma BMS (Bildungs- und ManagementservicegesmbH Fohnsdorf) zu erbringen und diese ausschließlich in seiner dienstfreien Zeit ausübt. Die entsprechende Nebenbeschäftigung wurde seitens der KABEG in der Weise genehmigt, als man die Anzeige der Nebenbeschäftigung mit der Maßgabe zustimmend zur Kenntnis nahm,

daß Herr Mag. Wulz diese ausschließlich in seiner dienstfreien Zeit ausübt und dabei die Vermutung von Kollisionen und Interessen des Rechtsträgers und die Ausübung der Nebenbeschäftigung gegebenen Interessen seinerseits ausgeschlossen ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! - Seitens der ÖVP-Fraktion hat sich Abgeordneter Sablatnig für eine Zusatzfrage gemeldet. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Hat diese Firma in Kärnten bisher einen öffentlichen Auftrag erhalten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Von mir nicht! *(Heiterkeit und Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens des Antragstellers eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! *(Lärm im Hause)* Dann kommen wir zur 8. Anfrage:

**8. Ldtgs.Zl. 218/M/28:**

**Anfrage des Abgeordneten Scheider an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Ich bitte Sie, diese zu stellen!

Abgeordneter **Scheider** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Jahrelang wurde über die Verbesserung der Situation für Pflegeeltern in Kärnten diskutiert, zumal in

**Scheider**

anderen Bundesländern bereits vernünftige Modelle entstanden sind, sich entwickelt haben, die dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe auch Rechnung getragen haben.

Es ist dann zu einem Beschluß des Kärntner Landtages gekommen, daß auch Kärnten so ein „Reformkonzept“ entwickeln sollte.

Ich frage Sie daher: Wann ist mit der Vorlage dieses Konzeptes zu rechnen?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler der Volksschule Wölfnitz! Zu diesem Betreff darf ich mitteilen, daß derzeit gerade ein Gesamtkonzept für den Bereich des Pflegeelternwesens in Kärnten in Ausarbeitung ist. In diesem Gesamtkonzept sind sowohl sozialversicherungsrechtliche Absicherungen enthalten als auch Fragen der Aus- und Fortbildung, aber auch des Auswahlverfahrens für Pflegeeltern.

Mit der Fertigstellung dieses Konzeptes ist im Herbst dieses Jahres zu rechnen. Es sind derzeit Gespräche mit der Gebietskrankenkasse im Laufen, um die sozialrechtlichen Absicherungen auch rechtlich entsprechend festzulegen.

Weiters ist ein Konzept für die Ausbildung in Ausarbeitung, wobei dies auch im Zusammenhang mit allfälligen Anstellungsverhältnissen von Pflegeeltern zu sehen ist. Eine Festlegung eines früheren Termins, wird mir von meiner Unterabteilung mitgeteilt, ist aus derzeitiger Sicht aufgrund der Personalsituation in der Abteilung durch das Ausscheiden eines Mitarbeiters, der in den Ruhestand gegangen ist und noch nicht nachbesetzt worden ist, unrealistisch.

Ob die Umsetzung dieses Konzeptes mit Herbst 2001 vorliegen wird, hängt davon ab, wie das Budget 2002 in diesem Bereich ausgestattet wird. Nach den derzeitigen Vorlagen wurden gerade im Bereich der Jugendwohlfahrt wesentliche Bereiche aus dem Budgetentwurf gestrichen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! - Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Frau Abgeordnete Mag. Scheucher-Pichler, ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Liebe Kinder auf der Tribüne! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Hängt die hohe Zahl der seit Jahren außerhalb von Kärnten untergebrachten Kinder mit den bisher in Kärnten nicht vorhandenen Voraussetzungen im Bereich der Pflegeeltern zusammen?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Die außerhalb von Kärnten untergebrachten Kinder im Bereich der Jugendwohlfahrt sind überwiegend im Bereich von Wohngemeinschaften untergebracht. Derzeit haben wir in Kärnten das Problem, über nicht ausreichend viel Plätze zu verfügen. Hier wäre es notwendig, im Investitionsbereich einige Maßnahmen zu setzen. Aber, wie gesagt, das sind im wesentlichen Fragen, die von der budgetären Ausgestaltung dieses Bereiches abhängig sind.

Zum anderen gibt es in einigen Fällen auch durchaus pädagogische Gründe, Kinder in anderen Bundesländern unterzubringen, sozusagen nach dem gemeinen Schlagwort einer Entfernungstherapie. Es ist manchmal auch erforderlich, außerhalb des eigenen Landesbereiches Unterbringungsmaßnahmen zu finden. Ich stimme Ihnen aber zu, daß es viele Bereiche gibt, wo wir auch in Kärnten Unterbringungsmöglichkeiten vonnöten hätten. Ich hoffe, daß im Budget 2002 diesem Erfordernis im Bereich der Jugendwohlfahrt auch Rechnung getragen werden wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*



Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Der Fragesteller hat keine Zusatzfrage mehr. *(Auf der Zuhörertribüne wird das Transparent „KELAG-Verkauf = Atomstrom in Kärnten“ ausgerollt.)* Bevor ich zur nächsten Anfrage komme, möchte ich ersuchen und darauf hinweisen, daß nach der Geschäftsordnung Transparente, Flugzettel sowie das Verteilen von anderen Dingen im Landtag nicht erlaubt sind. Ich bitte Sie, sie zu entfernen! *(Die auf der Tribüne Angesprochenen kommen der Aufforderung des Vorsitzenden nicht nach, sondern werfen sogar Flugzettel in den Sitzungssaal herab.)* Ich bitte den Ordner, in Tätigkeit zu treten! Ich weise noch einmal darauf hin, daß das, was Sie tun, verboten ist! Sie erweisen der ganzen Angelegenheit keinen guten Dienst! Papierkörbe stehen herunter reichlich zur Verfügung. *(Lärm auf der Galerie)*

Die nächste Anfrage ist die 9. Anfrage:

**9. Ldtgs.Zl. 219/M/28:**

**Anfrage des Abgeordneten Ing. Rohr an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger, Nachdem Projekte, die beabsichtigt sind, in Villach zu errichten, nicht immer die Freude freiheitlicher Regierungsmitglieder finden, frage ich Sie, was im Zusammenhang mit der Errichtung des „Putzi-Projektes“, das in Villach Federaun errichtet werden soll, für Sie der Anlaß war, daß Sie als Finanzreferent eine Studie von über zwei Millionen Schilling im Zusammenhang mit der Putzi-Arena für die Stadt Klagenfurt finanzieren und in Auftrag gegeben haben.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin ja Gott sei Dank auch Tourismusreferent des Landes. *(Lärm im Hause)* Als Tourismusreferent habe ich natürlich eine wichtige Aufgabe wahrzunehmen, daß wenn es um Großprojekte in Kärnten geht und hier die Möglichkeit besteht, Kärnten besser zu vermarkten und neue Gäste und Wertschöpfung nach Kärnten zu bekommen, natürlich auch meine Verantwortung hier greifen muß, damit wir vor allem für den Wörther See, für Klagenfurt, eine gleichberechtigte Ausgangssituation schaffen. Deshalb habe ich dem Gemeindereferenten vorgeschlagen, daß wir gemeinsam eine Studie in Auftrag geben, die zur Hälfte von beiden Referaten finanziert wird, um sozusagen auch eine Untersuchung einzuleiten, ob ein Standort für ein derartiges Projektes auch in der Nähe von Klagenfurt, in der Nähe vom Wörther See, machbar ist. Das war die Ausgangslage.

Ich glaube, daß schon eine Problematik dadurch entsteht, wenn wir sozusagen fern vom Wörther See derartige Infrastruktureinrichtungen errichten, daß wir dann auch das Problem haben, daß der Wörther See nicht so vermarktet werden kann, wie eine Möglichkeit es zulassen würde, die in der Nähe des Wörther Sees ist. Das war meine Ausgangslage. Deshalb haben wir diese Studie gemacht. Das Ergebnis dieser Studie wurde sozusagen jetzt endgefertigt und vorgestellt. Es gibt nur einen sehr kleinen Unterschied in der Bewertung der beiden Standorte. Das ist vernachlässigbar. Letztlich haben wir damit eine Grundlage, um darauf weitere Entscheidungen auszuarbeiten und zu treffen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Erster Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich

**Dipl.-Ing. Gallo**

frage Sie: Welche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Putzi-Arena planen Sie in der Zukunft?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

(*Abg. Lutschounig: Als Naturschützer bist eh dagegen!*) Für mich ist derzeit kein Handlungsbedarf für weitere Entscheidungen. Jetzt sind die Investoren am Zug. Jetzt wird die UVP, die Umweltverträglichkeitsprüfung, an beiden Standorten durchgeführt werden und dann wird es zu einer Entscheidung kommen, ob ein Standort in Kärnten in Villach oder in Klagenfurt zustande kommt. Das ist nicht meine Kompetenz. Das entscheiden jene Unternehmer, die auch dafür das Geld hergeben.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Hinterleitner, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie sagen jetzt in Ihren Ausführungen, daß es eine Entscheidung des Unternehmers ist, ein Projekt zu errichten und auch wo er es errichtet. Deshalb meine Frage, ob es nicht verantwortungslos ist, vorher Steuermittel auszugeben für eine weitere Standortuntersuchung zum ersten? Und zum zweiten, ob Sie nicht wissen, (*Vorsitzender: Bitte nur eine Frage zu stellen! -Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Nur eine Frage und die möglichst konkret!*) daß gerade bei Großprojekten das Einzugsgebiet ... Daher frage ich Sie: Ist Ihnen bewußt, daß bei Großprojekten das Einzugsgebiet des Klientels weit über den Wörthersee in den Osten und ebenso in den Westen hinausströmt und so der Standort aus der politischen Überlegung ja auch egal sein kann? (*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich bitte Sie, sich für eine Frage zu entscheiden! - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: FC Wien!*)

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Abgeordneter und zukünftiger Vizebürgermeister von Villach! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion - Lärm im Hause - Abg. Ing. Rohr: Das ist mangelndes Selbstbewußtsein der FPÖ!*) Ich darf Ihnen schon sagen, daß Kärnten natürlich mit dem Wörthersee als das Schaufenster hier eine Möglichkeit bietet und daß natürlich auch zu überlegen ist, daß wenn wir den Wörthersee beleben wollen, dann sollen wir ihn auch zeigen. Das heißt jene Verkehrsströme, die entlang dieser Autobahn, dieser Panoramastraße in der Zukunft stattfinden werden, werden ja hoffentlich auch dazu führen, diese Region zu beleben. Und deshalb glaube ich schon, daß der Herr Gemeindereferent Wurmitzer hier auch berechtigt in diese Strategie eingestiegen ist und auch das sehr befürwortet hat, daß wir diese Untersuchung machen. Ich habe meinen Beitrag dazu geleistet. Er war auch bereit, seinen zu leisten und damit haben wir auch gerechter Weise den Wettbewerb zwischen diesen zwei Standorten gleichgestellt und es gibt keine Ungerechtigkeit in dieser Frage. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht der Fragesteller noch eine Zusatzfrage? - Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Nachdem Sie in der letzten Fragestunde eine Liste von Fonds und Gesellschaften, an denen das Land beteiligt war, vorgelegt haben und uns versprochen haben, auch die entsprechende Liste der Namen der Geschäftsführer schriftlich bekanntzugeben und das bis heute ausgeblieben ist, frage ich Sie: Wann gedenken Sie, diese Liste nachzureichen? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das hat mit dieser Frage nichts zu tun!*)

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Ich werde auf diese Frage nur kurz antworten: die Finanzabteilung ist beauftragt. Die Finanzabteilung hat aber in der Zwischenzeit das Budget erstellt und wir werden bei der nächsten Landtagsitzung, wenn das Budget diskutiert wird, diese Liste schriftlich vorlegen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 9. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 10. Anfrage, Anfrage an Landesrat Schiller. Sie kann nicht aufgerufen werden, weil der Herr Landesrat nicht anwesend ist. Ich frage den Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo über die weitere Vorgangsweise? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich, in der nächsten Sitzung!*) Also, sie wird in der nächsten Sitzung aufgerufen.

Ich komme zur 11. Anfrage:

#### **11. Ldtgs.Zl. 221/M/28:**

**Anfrage des Abgeordneten Mag. Ragger an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sind Ihnen illegale Beschäftigungsverhältnisse im Amt der Kärntner Landesregierung bekannt?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mir sind solche Beschäftigungsverhältnisse bekannt geworden, daher haben wir sie korrigiert. Und zwar wurde eine Mitarbeiterin des Projektes "Tele-Soziales", die im vergangenen Juni nachdem das Projekt ausgelaufen war, über mehrere Monate in der Abteilung 13 der Kärntner Landesregierung, obwohl sie arbeitslos gemeldet war, illegal beschäftigt. (*Abg. Dr. Strutz: Das gibt es ja*

*nicht! Kannst dir das vorstellen?!*) Am 07. Februar 2001 wurde dieser Frau das Angebot gemacht, - es ist eine 56-jährige Frau - im Rahmen einer gemeinnützigen Einstellungsbeihilfe in der Abteilung 13 arbeiten zu können. Dabei wurde ihr mitgeteilt, daß sie so lange noch arbeitslos gemeldet bleiben soll, bis der zuständige Personalreferent den Dienstzettel bzw. die formalen Vorgänge geklärt und unterschrieben hat. In dieser Zeit gab es weder einen Antrag noch einen Dienstzettel, noch einen Antrag in der Personalabteilung, noch in der Landesamtsdirektion, noch eine Vorlage an mich. Die Dame wurde also bis zum Mai 2001 illegal beschäftigt und hat im Rahmen der Abteilung 13 Tätigkeiten entfaltet, für die sie nicht eingesetzt hätte werden dürfen. (*Abg. Dr. Wutte: Das ist ja unerhört! - Abg. Dr. Strutz: Unglaublich!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist auch nicht der Fall! Dann hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Würden Sie einen diesbezüglichen Akt unterschreiben, wenn Ihnen dies die Frau Landesrätin vorlegen würde? (*Heiterkeit im Hause*)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Ich hätte den Akt gerne unterschrieben. Ich bitte aber trotzdem, zu verstehen, daß die Sache nicht so lustig ist, wie Sie meinen. Die Sache ist deshalb nicht so lustig, wie Sie meinen, weil es sich hier um eine 56-jährige Frau handelt, die ihre Arbeit verloren hat, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen im Amt als Arbeitslose beschäftigt wurde, die beim Frauentag mitorganisiert hat und im Frauenreferat mittätig gewesen ist und die dann durch eine jüngere verdrängt worden ist. (*Abg. Dr. Strutz: So wird mit Frauen*

**Dr. Haider**

umgegangen in der SPÖ!) Das ist die Wahrheit! Es wurde nämlich dann im Mai plötzlich eine gewisse Frau Jenull, die jünger ist, gegen sie ausgetauscht und sie wurde nicht mehr weiter beschäftigt. Sondern man hat ihr mitgeteilt, der Landeshauptmann unterschreibt ihren Akt nicht und sie soll sich wieder beim AMS melden. Sie hat sofort das Büro zu verlassen. (Abg. Dr. Strutz: *Das ist unglaublich!*) Darüber hinaus wurde ihr mitgeteilt, daß die Frau Angerer einen Termin am 09. Mai beim AMS wahrnehmen soll und der zuständigen Beraterin mitzuteilen hätte, daß keine Chance bestünde, daß ihr Akt in der Landesregierung unterschrieben wird und sie daher weiterhin arbeitslos bleiben soll. Das halte ich also für eine im Prinzip nicht sehr faire Vorgehensweise. Denn einerseits wird sehr viel vom sogenannten Gender-Mainstreaming geredet, daß also Frauen gleichberechtigt behandelt werden müssen, daß ältere Arbeitnehmer bevorzugt behandelt werden müssen und gleichzeitig wird dann in der Abteilung für Soziales, die für Frauenangelegenheiten zuständig ist, genau das Gegenteil gemacht, indem eine ältere Arbeitnehmerin arbeitslos geschickt wird, um einer jüngeren, die vielleicht besser telefonieren kann, den Vorzug zu erteilen. (Abg. Dr. Strutz: *Pfui!*) Und das lehne ich ausdrücklich und nachhaltig ab! (Beifall von der FPÖ-Fraktion)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 11. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 12. Anfrage, Ldtgs.Zl. 222/M/28: Anfrage des Abgeordneten Stangl an Landesrat Wurmitzer. Sie kann nicht aufgerufen werden, da der Herr Landesrat nicht da ist. Ich frage den Herrn Abgeordneten Stangl, was mit seiner Anfrage passieren soll? (Abg. Stangl: *Mündlich, in der nächsten Sitzung!*) Mündlich, in der nächsten Sitzung. Dann wird das so vorgenommen. Ich komme zur 13. Anfrage: Anfrage des Abgeordneten Schlagholz an Landesrat Wurmitzer, ich frage auch ihn? (Abg. Schlagholz: *In der nächsten Sitzung!*) Wird auch in der nächsten Sitzung aufgerufen. Somit komme ich zur 14. Anfrage:

**14. Ldtgs.Zl. 224/M/28:**

**Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Land Kärnten hat um 25 Prozent mehr arbeitsmedizinische Anlaßfälle als das übrige Österreich, besagt eine Arbeiterkammerstudie. Die Studie besagt auch, daß bereits ein Viertel der Ansuchen für Frührenten auf psychosomatische Ursachen zurückzuführen ist.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy, ich frage Sie daher: Welche Maßnahmen wurden Ihrerseits getroffen, um den Landtagsbeschluß vom 16. November 2000 - Psychosoziales Konzept in der Arbeitsmedizin - in die Realität umzusetzen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Im Zusammenhang mit dieser Anfrage, was den betreffenden Beschluß des Landtages betrifft, darf ich Ihnen mitteilen, daß der Herr Präsident diesen Beschluß dem Herrn Landeshauptmann Dr. Haider übermittelt hat und dieser diesen Antrag dem Leitbild "Gesundheitsland Kärnten" weiter gegeben hat, so daß an sich in meinem Zuständigkeitsbereich dieser Antrag noch nicht gelandet ist und es vernünftiger gewesen wäre, diese Anfrage an den Herrn Landeshauptmann zu stellen, was im Rahmen des Leitbildes zu dieser Anfrage gemacht wurde. Aber unabhängig von der formalen Erledigung der Anfrage möchte ich dem Hohen Haus mitteilen, daß die Wichtigkeit des Problems, um das es hier geht, sehr wohl erkannt wurde und wir im Rahmen des Gesundheitsförderungsprojektes "Proges" bereits im Herbst 2000 ein Pilotprojekt, was gesundheitsfördernde Maßnahmen am Arbeitsplatz betrifft, eingeleitet haben. Es ist im besonderen in der Raiffeisenbank Eberndorf ein Modellprojekt für diese betriebliche Gesundheitsförderung in Kooperation mit der Kärntner

**Dr. Ambrozy**

Gebietskrankenkasse durchgeführt worden. Wobei das zentrale Anliegen dieses Projektes war, die psychosoziale Gesundheit am Arbeitsplatz herzustellen. Es ist dabei eine sehr tiefgreifende Mitgliederbefragung durchgeführt worden, was im Rahmen der Beschäftigung an störenden und möglicherweise zu verbessernden Problemen von den Mitarbeitern gesehen wird. Und es ist dann in Zusammenarbeit mit der Raiffeisenbank und natürlich mit einer entsprechenden Mediation durch die Fachkräfte des "Proges" ein Katalog erarbeitet worden, der die Verbesserungsmaßnahmen am Arbeitsplatz beinhaltet hat. Ich denke, daß das ein Weg ist, den man zukünftig beschreiten sollte. Nämlich daß solche Projekte auch in anderen Einrichtungen, Betrieben etc. durchgeführt werden. Das ist im Gange.

Ich hoffe, daß der Kärntner Landtag einem entsprechenden Antrag der Sozialdemokraten im Rahmen des Budgets die Zustimmung geben wird, wonach die Mittel für das Projekt "Proges" auch im nächsten Jahr zur Verfügung gestellt werden, damit diese Art der vernetzten Gesundheitsförderung vor Ort in den Gemeinden, in den Schulen, aber auch in den Betrieben entsprechend weitergeführt bzw. zum Teil erst implantiert werden kann. In diesem Sinne habe ich als Gesundheitsreferent unabhängig von der Erledigung dieses Antrages die entsprechenden Schritte, um auf diesem Sektor etwas weiterzubringen, eingeleitet. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? Jawohl, Frau Abgeordnete Mag. Scheucher-Pichler! Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Es gibt ja die Sozial- und Gesundheitssprengel, die dezentral, also vor Ort in den Bezirken, eigentlich die Aufgabe haben, den

Sozial- und Gesundheitsbereich zu vernetzen und zu koordinieren.

Glauben Sie nicht, daß es sinnvoller wäre, in dem Bereich die Zusammenarbeit zu forcieren oder neu zu überdenken und letztlich auch dort entsprechende Veränderungen vorzunehmen, um die Arbeit zu forcieren?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es geht bei dem Projekt Gesundheitsförderung nicht um die Koordination von Anbieterleistungen, die im Rahmen der Sozial- und Gesundheitssprengel koordiniert werden, sondern es geht hier darum, daß durch entsprechende Fachkräfte Projekte, die in Gemeinden ... Wir haben ja in den vergangenen eineinhalb Jahren in vier Gemeinden das Projekt "Gesunde Gemeinde" mit größtem Erfolg durchgeführt, wie auch die entsprechend sehr engagiert dabei gewesenen Bürgermeister berichtet haben.

Wir haben das Projekt "Gesunde Schule" an zwei Volksschulen im Kärntner Oberland und in einer Volksschule im Unterland und an der landwirtschaftlichen Fachschule in Eberndorf durchgeführt. Oder die betriebliche Gesundheitsförderung, die ich genannt habe, oder auch die entsprechende Ausweitung der Familienberatung.

Also es geht darum, daß in diesen Bereichen, wo auch auf der Definition der Weltgesundheitsorganisation Gesundheit gelebt werden muß - das heißt die Lebensbedingungen und die Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit der einzelne sein Bewußtsein so verändert, daß er gesundheitsfördernd zu sich selbst ist -, Projekte unterstützt und vernetzt werden, damit aus Eigeninitiative etwas entsteht. Das kann und muß sogar in engster Kooperation mit den bestehenden Einrichtungen passieren, also auch mit den Anbietern in vielen Bereichen, mit den Sozial- und Gesundheitssprengeln, mit den Behörden etc. Das bedeutet: Projekt "Proges" ist eigentlich eine Unterstützung von Qualität, was die Realisierung von Einzelprojekten betrifft und was vor allen Dingen auch die Sicherstellung der Nachhaltigkeit dieser Projekte betrifft.

**Dr. Ambrozy**

Daher sehe ich das nicht als ein Entweder Oder, sondern ich würde da ein klares Und setzen, daß in Zusammenarbeit mit den bestehenden Einrichtungen diese zusätzliche gesundheitsfördernde Komponente im Land Kärnten flächendeckend eingeführt wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wünscht die Anfragestellerin noch eine Zusatzfrage? - Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, der Beschlußtext vom 16. 11. enthielt zwei Punkte. Den einen, die Aufforderung an das „Leitbild Kärnten“, ein derartiges Projekt zu errichten und den anderen, daß mit dem Bundesministerium für Gesundheit und mit dem Arbeitsministerium zu verhandeln ist, das der psychosoziale Bereich in die Arbeitsmedizin integriert werden soll.

Wurden Ihrerseits Gespräche mit dem Ministerium diesbezüglich geführt?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wie Sie wissen, ist für die Verhandlungen mit der Bundesregierung der Herr Landeshauptmann zuständig. Mir sind keine Gespräche dieser Art mit dem zuständigen Ministerium bekannt. Mir sind aber auch keine Initiativen Ihrer Partei im Parlament bekannt, die in Richtung einer Änderung der gesetzlichen Bestimmungen im Bereich des Arbeitnehmerschutzes abzielen. *(Abg. Warmuth: Danke! - Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Es liegt keine weitere Anfrage mehr vor. Damit ist die Fragestunde geschlossen. Wir kommen zur Aktuellen Stunde.

**Aktuelle Stunde**

Es liegt ein entsprechender Antrag des Freiheitlichen Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die FPÖ auch an der Reihe. Das Thema lautet: „Budgetsanierung in Kärnten“. Ich erteile als erstem Redner dem Redner der Antragsteller das Wort. Es ist dies Klubobmann Abgeordneter Dr. Strutz. Ich weise darauf hin, daß eine Redezeit von fünf Minuten einzuhalten ist. Ich bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Der Weg zum Nulldefizit, das von FPÖ und ÖVP beschlossen wurde und heute vom Finanzreferenten dem Hohen Landtag übermittelt wird, ist gerecht, ist sozial ausgewogen und wirtschaftlich sehr weitblickend. Auf der Kärntner Bevölkerung drückte eine Schuldenlast von 14,6 Milliarden Schilling, aufgrund einer verfehlten Budgetpolitik, die einen jährlichen Zinsauf-

wand von über 720 Millionen Schilling erforderte; 700 Millionen Schilling, die direkt an die Banken wanderten, ohne daß die Kärntner Bevölkerung einen Nutzen davon hatte.

Jetzt - dank Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger - haben wir 100 Millionen Schilling zukünftig jährlich zu überweisen, das heißt 600 Millionen Schilling sind für sinnvolle Maßnahmen für die Kärntner Bevölkerung gerettet worden!

In den letzten zehn Jahren wurden die Schulden vervierfacht. Damit ist ein für allemal Schluß! Wir werden uns auch von einer SPÖ, die diese sinnvollen Maßnahmen torpediert und ablehnt, hier nicht bremsen lassen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Am besten wird das wohl dadurch offenkundig, daß man die Pro-Kopf-Verschuldung der Kärntner Bevölkerung vergleicht: vorher 27.000 Schilling für jeden Kärntner - jetzt 7.300 Schilling.

Es gilt, Hoher Landtag, aber vor allem jetzt zu

**Dr. Strutz**

handeln, die Gunst der Stunde zu nutzen, denn für eine Budgetsanierung ist jetzt der richtige Zeitpunkt. Zum konjunkturellen Aufschwung, den Kärnten in den letzten zwei Jahren genommen hat, kommt auch eine breite Unterstützung der Kärntner Bevölkerung für diesen Sanierungskurs des Landes dazu. In der jüngsten Umfrage eines renommierten Meinungsforschungsinstitutes sprechen sich 47 % der Kärntner Bevölkerung dafür aus, daß aus ihrer Sicht die Sanierung des Landeshaushaltes sehr wichtig ist und in Angriff zu nehmen ist. 42 % halten sie für wichtig. Die SPÖ liegt daher mit ihrem „Nein!“ zu diesem Budget, zu diesem Konsolidierungskurs sicher fernab jeglicher Wünsche der Kärntner Bevölkerung.

Mit dem heute vom Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger präsentierten Sanierungsbudget soll das Wirtschaftswachstum und die Konjunktur in Kärnten geschützt, sollen Arbeitsplätze gesichert und ein Offensivprogramm der Kärntner Landesregierung auch ermöglicht werden. Investitionen von Hunderten Millionen Schilling in das Kindergeld, in wichtige soziale Maßnahmen oder Einrichtungen der Gesundheitsversorgung sowie die Schaffung eines Zukunftsfonds sind nur einige Beispiele, welche die neue Art der Politik auch in Kärnten unterstreichen. Spielraum für Vollbeschäftigung schaffen, den Wohlstand der Bevölkerung steigern, die Armut bekämpfen und künftig auch Konjunkturschwankungen ausgleichen zu können, das sind die Ziele, die wir gemeinsam, mit Unterstützung der Österreichischen Volkspartei, verwirklichen wollen.

Daß die SPÖ-Genossen sich diesem zukunftsweisenden Kurs für Kärnten verweigern, der auf eine breite Basis der Kärntner Bevölkerung auch fällt, ist inhaltlich nicht nachvollziehbar, aufgrund der sturen Destruktionspolitik, zu der Sie sich entschlossen haben, aber mit Bedauern zur Kenntnis zu nehmen.

Ich sage das hier wirklich: Ich bedauere es, und es tut mir leid, daß wir diesen Konsens, den wir angestrebt haben - es sind ja zahlreiche Gespräche geführt worden -, nicht umsetzen und dieser auch nicht erzielbar ist. Und das nicht aufgrund von inhaltlichen Divergenzen. 15 Millionen Schilling, dieser Betrag ist letztlich in den Verhandlungen offen geblieben, die der Finanzrefe-

rent mit den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern geführt hat. Man war sich einig in der Sache. Es gibt keine inhaltlichen Unterschiede oder Divergenzen, sondern weil es halt nicht sein darf, was möglich ist: gleichzeitig eine Budgetsanierung vorzunehmen und das Geld für sinnvolle soziale Maßnahmen auch einzusetzen. Dies, weil auch nicht sein darf, daß das ein freierheitlicher Finanzreferent in zwei Jahren zustande gebracht hat, was Sie in den letzten Jahren nicht geschafft haben. Weil unter einem freierheitlichen Landeshauptmann hier ein Bundesland österreichweit mustergültig saniert wird, deshalb wird aus fadenscheinigem Grund ein Budget abgelehnt. *(Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!)*

Es ist, Hoher Landtag, unverständlich! Es finden sich viele Ihrer Forderungen, sozialdemokratischen Forderungen, in diesem Budget. Der Finanzreferent wird das heute ja noch ausformulieren und uns zur Kenntnis bringen. *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!)*

Abschließend, Hoher Landtag, appelliere ich wirklich an die Sozialdemokraten, über ihre Schatten zu springen! Kommen Sie endlich - nach zwei Jahren! - aus dem Schmolllwinkel heraus, in dem Sie sich befinden! Erwachen Sie aus der Lethargie! *(Lärm in der SPÖ-Fraktion)* Mein letzter Satz, lassen Sie mich den zu Ende führen! Sie brauchen nicht immer auf einen fahrenden Zug aufzuspringen und wie beim Kindergeld dagegen zu sein, zu torpedieren, aber letztlich zuzustimmen. *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!)* Laufen Sie dem Zug nicht nach! Fahren Sie mit, Genossen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Die Redezeit betrug 5 Minuten 30 Sekunden.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Unterrieder das Wort.)*

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Heute ist die Budgeteinbegleitungsrede des Herrn Finanzreferenten auf der Tagesordnung. Anscheinend hat er mit euch auch gar nicht gar so viel geredet, denn die Aktuelle Stunde vom Themenbereich her zu nehmen - und das stört uns nicht, sondern ist uns sehr

## Unterrieder

recht, daß die die Möglichkeit haben -, gerade an so einem Tag, der eigentlich dem Finanzreferenten gehört: Vertrauen muß hier keines mehr vorhanden sein zwischen der Fraktion der Freiheitlichen und dem Referenten.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, aufzuzeigen, daß die Politik, die in diesem Lande gemacht wird, eine Politik des Ausverkaufs ist. Herr Kollege Strutz, die Sozialdemokraten ... (Abg. Dr. Strutz: *Aber bei der KELAG habt ihr mitgestimmt!*) Wenn du aufpassen würdest, würde ich dir genau sagen, was läuft. Die Sozialdemokraten im Kärntner Landtag und in der Landesregierung sind dort bereit, mitzustimmen, wo es um für das Land wichtige Entscheidungen geht. Sprich: Wir haben in der Frage der Holding Verantwortung in diesem Hause mitgetragen. Wir haben jetzt, nachdem die Liberalisierung des Strommarktes stattfindet, hier Mitverantwortung getragen, um eben ein wichtiges Unternehmen und die Sicherung der Arbeitsplätze in unserem Lande gewährleisten zu können.

Aber wenn Sie hier eine Jubelrede halten, Herr Kollege Strutz, eine Jubelrede, daß Unheimliches passiert - Unheimliches passiert schon: Totalausverkauf des Landes in allen anderen Bereichen. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Wo denn?! - Abg. Dr. Strutz: Wo denn?!*) Die Verunsicherung der Menschen, die Wohnbauförderung ist weg! Die Wohnbauförderung ist verscherbelt. (Abg. Dr. Strutz: *Das ist Realitätsverweigerung, was ihr betreibt!*) 27 Milliarden Wohnbauförderungsmittel sind weg. Das ist Budgetsanierung. Okay! Vier Milliarden Erlös der KELAG. Gott sei Dank gibt es da vielleicht einen Zukunftsfonds, wo man mit dem Rest - drei Milliarden sind ja Schuldenabbau - dieses Geldes vielleicht doch für die Zukunft für Ausbildungsmöglichkeiten der Menschen hier schafft.

1,5 Milliarden Erlös wird aus der LIG (Landesimmobiliengesellschaft) erwartet. Die gehört auch wieder dem Land. Es sind die gleichen Leute, es sind die gleichen Schuldner in Wirklichkeit, von der Verantwortung; reine Budgetkosmetik. In Wahrheit ist das nicht die Budgetpolitik.

Budgetpolitik, wenn es ums Einsparen geht, muß schon so stattfinden, daß man gezielt nicht zu Lasten der Bevölkerung Einsparungen durch-

führt. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Ein Beispiel!*) Die Hypo-Erlöse sind wieder angesetzt, vielleicht mit einer Milliarde. Man redet in der öffentlichen Diskussion von 400 Millionen. Das heißt wir haben um 33,5 Milliarden in diesem Lande Vermögen verscherbelt. Das kann ich bei meinem Haus auch, wenn ich Schulden habe und ein neues Haus gebaut habe, schuldenfrei sein und dann der Mieter in meinem eigenen Haus sein. Das heißt, wir bauen die Schulden ab. Die SPÖ bekennt sich zu weniger Verschuldung, nur man muß wissen, daß man die Zukunft dieses Landes durch den Totalausverkauf nicht schädigt. Und das ist ganz wichtig, denn die Angst, die die Leute in den Wohnbaugesellschaften haben, die nicht mehr die Gemeinnützigkeit haben, die wird man nicht wegdiskutieren können. Die kann man nicht wegdiskutieren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Hohes Haus! Die Leute haben Angst: Was wird sein? Wie wird es in ihrem Wohnungsbereich weitergehen?

Die Leute in der KELAG werden wir aufklären. Wir werden mit ihnen darüber diskutieren, warum dieser Verkauf stattgefunden hat. Ich muß Ihnen sagen: Die Sozialpolitik - und es werden ja Kolleginnen aus meiner Fraktion auch zu diesem Themenbereich Stellung nehmen ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Strutz) Herr Kollege Strutz, die Sozialpolitik ist auch ein wesentlicher Bereich, den wir nicht aus den Augen verlieren dürfen! Das heißt, wir haben als Sozialdemokratie „Nein!“ gesagt zum Totalabverkauf. Wir haben aber als Sozialdemokraten verantwortungsbewußt in Regierung und auch im Landtag in wichtigen Themen- und Fragenbereichen für das Land Mitverantwortung getragen. Wir haben bei der ersten Tranche der Wohnbauförderungsmittel „Ja!“ gesagt. Wir haben „Ja!“ gesagt, weil wir gesagt haben, einen Teil der Wohnbauförderung sollte man verkaufen und damit Schulden abbauen und damit für das Land positive Maßnahmen setzen. (Vorsitzender 3. Präs. Mitterer: *Noch eine halbe Minute Redezeit!*)

Wir sagen „Nein!“, daß die gesamte Wohnbauförderung verscherbelt wird. Wir sagen „Nein!“, daß die Berufsschulen in die Landesimmobiliengesellschaft kommen, denn dort werden wir wieder Miete oder Leasingraten zahlen. In Wahrheit ist das die Augenauswischerei per excellence! Und Sie brauchen gar nicht da her-



## Unterrieder

stehen und groß und deutlich erklären, was da jetzt Gewaltiges passiert ist. Das ist keine Kunst, was Sie gemacht haben: Ich verkaufe des Haus, und ich bin lustig, habe ein bisserl Geld auf der Seite. Aber wie lange? Und was man verkauft hat, kann man nicht zurückkaufen. Das kommt nicht zurück.

Wenn ich an die Krankenanstalten denke, Herr Kollege Strutz, (*Vorsitzende: Die Redezeit ist zu Ende!*) die Krankenanstalten haben heuer vier Milliarden. Der Berg wird wachsen. Kurzfristige Politik, von einer Wahl zur anderen. (*Lärm im Hause*) Die Krankenanstaltenpolitik, die Sie jetzt machen, Herr Kollege, (*Abg. Dr. Strutz: Die Krankenanstalten brechen zusammen. Wir werden sie jetzt sanieren. Ihr habt die Krankenanstalten zusammenbrechen lassen. Das ist die Wahrheit: Das Krankenhaus Klagenfurt bricht zusammen. Da brechen die Balkone herunter! - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) jeden Tag eine andere Message, keine Entscheidung: Das ist eine Krankenanstaltenpolitik, die kostet dem Steuerzahler noch einmal eine Menge Geld und hilft dem Krankenhaus selbst nicht. Aus dem Grund, muß ich Ihnen sagen, brauchen Sie nicht besonders stolz sein auf das Budget, das Sie vorlegen; welches wir ablehnen werden. (*Abg. Dr. Strutz: Auf das sind wir stolz!*) Sie brauchen nicht stolz sein auf den Schuldenabbau, der ja nicht stattfindet. Sie haben den Ausverkauf der Heimat betrieben. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Die Redezeit war 5 Minuten 48 Sekunden. - Abg. Dr. Strutz: Immer dagegen!*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Dr. Wutte das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Es besteht kein Anlaß, von Horrorszenarien zu sprechen. Die Wahrheit liegt, wie so oft im Leben, in der Mitte und in der Mitte steht politisch die Kärntner Volkspartei und die ÖVP. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion - Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion*) Ja es ist so. Es ist so! (*Lärm im Hause*) Die Budgetpolitik ist gut ... Das rechnen wir dazu. (*Weiter Lärm im Hause - Vorsitzender: Am Wort ist der Klubobmann Dr. Wutte - Abg. Unterrieder: Wir sind nicht dabei, wenn alles verscherbelt wird!*)

Kollege Unterrieder! Kollege Unterrieder, das was ihr politisch macht, das ist halbherzig und hat keine klare Linie. Das Budget des vorigen Jahres, das Budget 2000, hat die Zustimmung der SPÖ gefunden. Damals habt ihr ja wahrscheinlich einen anderen Obmann und eine Strategie verfolgt. Das ist wahrscheinlich der Hintergrund. (*Lärm in der SPÖ-Fraktion*)

Jetzt ist der Einfluß oder der Auftrag ein bißchen ein anderer. Jetzt heißt es, zum Budget "Nein" zu sagen und ihr bleibt bei allen Dingen, die ihr am Beginn mitgetragen habt, halbherzig stehen. Ihr habt mitgetragen den Entschluß, die Wohnbauförderungsdarlehen zu veräußern und zu veranlagern. Ja! Plötzlich Kursänderung: Nein, sind wir nicht mehr dabei! Ihr habt vehement mit uns allen gemeinsam gefordert, die Finanzierung des Krankenanstaltensystems auf eine andere Basis zu stellen. Gerade eure Bürgermeister waren es - der Präsident weiß das ganz genau - die das haben wollten: Spielraum für die Gemeinden in der Krankenhausfinanzierung. Ihr wart dafür! Heute seid ihr dagegen. Das ist nicht nachvollziehbar und unverständlich. (*LH-Stv. Dr. Ambrozy: Die Wahrheit liegt nicht in der Mitte!*) Selbstverständlich, Kollege Ambrozy! Der Satz tut dir offenbar wirklich weh. (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion*)

Wir haben dem Budget 2000 nicht die Zustimmung gegeben und das aus gutem Grund. Das Budget 2000, meine Damen und Herren, war ohne Strukturreformen und Begleitmaßnahmen ausgestattet. Und wir haben erst im Vorjahr bei der Budgetbeschlußfassung für das heurige Jahr eben darauf gedrängt, daß in vielen notwendigen Bereichen auch Strukturveränderungen stattfinden müssen: im Krankenanstaltenbereich, im Sozialbereich, im Privatisierungsbereich. Und jetzt ist es endlich an der Zeit und die Gelegenheit ist da und es wird auch umgesetzt, daß Privatisierungsschritte erfolgen. Weil sie erfolgen müssen, weil wir in einer geänderten Marktposition sind.

Und in der Familienpolitik, das nicht zu vergessen, wo wir sehr darauf gedrängt haben, daß es einerseits ein finanzierbares Modell für die Kinderbetreuung gibt, daß es einen Ausbau der Familienförderung gibt und daß es erstmals mit heurigem Jahr auch ein Schulstartgeld für alle schulpflichtigen Kinder dieses Landes gibt.

**Dr. Wutte**

(*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Das waren Forderungen, wo wir gesagt haben, Konsolidierung ja, aber wesentliche Schwerpunkte müssen auch durch dieses Budget gesetzt werden können. Daher gehen wir mit, mit diesem Kurs und wir tragen auch sehr gerne die Mitverantwortung. (*Abg. Unterrieder: Ausverkauf der Heimat!*)

Ich sage aber auch ganz deutlich, ... (*Zwischenruf des Abg. Unterrieder*) Nicht nervös sein, Adi! Es ist natürlich so, daß die Konsolidierung zu einem großen Teil auch eine Saldierung des Budgets ist. Das wissen wir, daß viele der Forderungen insbesondere im Wohnbauförderungsbereich gegenverrechnet werden, die dann in der Bilanz Aktiva gegen Passiva gegenübergestellt werden. Daß man sagt, wir saldieren. Wir kommen zu einer neuen Ausgangslage und wir schaffen durch den Abbau der Schulden, die da sind, einen Spielraum für die Investitionen, die wir haben wollen. Und da weiß ich ja heute schon, dann wird die SPÖ - wenn der Spielraum einmal von zwei anderen Fraktionen geschaffen wird - die erste sein, als dritte Partei sozusagen, die sagen wird: das soll damit geschehen und das wollen wir haben und dafür muß das Geld eingesetzt werden. (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion*) Aber meine lieben Freunde! Verantworten heißt nicht nur dabei zu sein, wenn es um das Geldausgeben geht, sondern dann auch, wenn es Konsolidierungsmaßnahmen zu setzen gilt. Das bitte auch ins Stammbuch geschrieben. (*Abg. Ing. Rohr: Das habe ich vor zwei Jahren auch schon gesagt!*)

Ich möchte aber auch der FPÖ und ihrem Referenten doch das Ersuchen und die Mahnung mitgeben, auch im Budgetvollzug das umzusetzen und bei der Linie zu bleiben, die wir hier gemeinsam im Kärntner Landtag einschlagen. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Budgetkonsolidierung heißt auch straffer Budgetvollzug. Und wer kein Musterknabe in diesem Zusammenhang des straffen Budgetvollzugs war, das war der Kollege Reichhold. Bei dem es eine Reihe von Maßnahmen gibt, die auch nicht unsere Zustimmung finden werden in der Ausgabenpolitik. Er hat im Sportbereich viele Ausgaben getätigt, die nicht ganz im Sinne Kärntens sind, und eine halbe Million Schilling für ein Fußballer Vastic-Camp ausgeben will, oder ob man Investitionen in der Gemeinde St.

Georgen für die Ausstattung und Ausstopfung seiner Vereine, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist zu Ende, Herr Abgeordneter!*) ob es die Blasmusik oder die Feuerwehr in der Gemeinde ist, man hat manchmal den Eindruck gehabt, daß er als heimlicher Bürgermeister der Gemeinde St. Georgen und nicht als Sport- und Jugendreferent hier agiert. Diese Vorhalte werden wir selbstverständlich in der Debatte und im Rechnungsabschluß dann auch noch präzisieren und konkretisieren.

Ich schließe ab mit der Empfehlung und der dringenden Mahnung, einen von uns gemeinsam eingeschlagenen Budgetkonsolidierungsweg auch durch einen straffen Budgetvollzug zu begleiten. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten und 33 Sekunden.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Alle drei Klubobleute haben also etwas überzogen. Ich ersuche den nächsten Redner, die fünf Minuten diszipliniert einzuhalten. Ich darf als nächsten Herrn Abgeordneten Lobnig an das Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Eine Budgetsanierung hat etwas mit Bereinigung zu tun, nämlich Belastendes einmal zu beseitigen. Die hohen Schulden des Landes Kärnten haben uns wirklich Gestaltungsspielraum genommen und haben uns auch Einschränkungen im Bereich der Zukunftsinitiativen gebracht. Denken wir nur beispielsweise an die Versäumnisse im Bereich Forschung und Entwicklung, denken wir nur an den Technologiebereich oder auch den Bildungsbereich, (*Um 10.06 Uhr übernimmt I. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag den Vorsitz.*) der meines Erachtens ausgelegt ist wie eine Einbahnstraße, wodurch letzten Endes Absolventen aus vielen Ausbildungsbereichen vor dem Arbeitsamt landen. Andererseits aber in wichtigen Bereichen Fachkräfte-, Fachpersonalmangel herrscht. Das heißt für mich und auch die Freiheitliche Fraktion, daß gerade aus betriebswirt-

## Lobnig

schaftlicher Überlegung - und ich glaube, auch ein Landeshaushalt soll aus betriebswirtschaftlicher Überlegung geführt werden -, daß es hier dringendst geboten ist, um Schulden abzubauen, aktives Vermögen so gut wie möglich an den Mann zu bringen, um auch Gestaltungsspielräume zu bekommen, um das Land zu entschulden, um Zinsen zu reduzieren. Die Sanierung muß aber auch im Einklang stehen. Das heißt, wir müssen auch versuchen, sogenannte Schlüsselbereiche zurückzubehalten. Schlüsselbereiche und auch jene Maßnahmen natürlich, die langfristig Beschäftigung sichern und auch die Wirtschaftskraft im Lande stärken. Wie schnell und wie leicht Schulden zu machen sind, das brauche ich, ich glaube, den Kollegen der SPÖ und der ÖVP nicht zu sagen, denn auch die ÖVP war ja in den letzten Jahren dabei, wenn sie auch heute versucht sich in den Mittelpunkt der Politik in Kärnten stellen, so hat sie es doch begriffen und ist rechtzeitig auf das Trittbrett gesprungen, um mit uns hier mitzufahren. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Daher, meine Damen und Herren, wollen wir als Freiheitliche natürlich nicht in einer erfolglosen Vergangenheit rühren, sondern euch den richtigen Weg einer erfolgreichen und verantwortungsvollen Budgetpolitik zeigen und haben euch das auch schon vor Augen geführt, was in den letzten zwei Jahren freiheitlicher Finanz- und Wirtschaftspolitik rein in Kärnten passiert ist. Denken wir an die Beschäftigungspolitik, wo wir nicht nur im Jahre 2000, sondern auch heuer in den Monaten Februar, März herauf, solange uns die Statistiken zur Verfügung stehen, den höchsten Beschäftigungsstand seit 1945 vorweisen können. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion - Abg. Dr. Strutz: Bravo!)* Ich möchte dazu aber auch festhalten, daß wir es auch geschafft haben, im Land zum Unterschied zu jener Zeit, wo die Sozialdemokratie am Werk waren, auch wir die Verantwortung getragen haben, daß die Jugendarbeitslosigkeit gänzlich beseitigt werden konnte. Was früher unter einer SPÖ-Führung nicht der Fall war.

Geschätzte Damen und Herren! Mit dem Verkauf von Wohnbauforderungen oder auch dem Verkauf der Anteile des Landes Kärnten an der Kärntner Energieholding, so können wir sagen, daß hier die besten und, ich glaube, auch die

größten Erlöse erzielt worden sind, um hier endlich den Schuldenberg abzubauen. Wie wir gehört haben, eine Pro-Kopf-Verschuldung von 27.000 hinunter auf 7.000. Das wird uns allen Gestaltungsspielräume bringen und die Zinseinsparungen alleine können wir auch für große wirtschaftliche- und familienpolitische Projekte verwenden. Wenn in den Medien und wie auch hier vom Klubobmann Unterrieder gemeint wird, der Verkauf von Landesvermögen wird als Ausverkauf von Familiensilber bezeichnet, so kann ich die SPÖ nur als ein Unternehmen bezeichnen, das es heute noch nicht kapiert, das einen Betrieb nahezu in den Konkurs schickt und dann dagegen ist, daß dieser Betrieb mit einem Zwangsausgleich gerettet wird. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Meine Damen und Herren der SPÖ! Lassen Sie Vernunft einkehren und tragen Sie die Mitverantwortung für das Land. *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Hören Sie endlich auf mit Angst- und Panikmache!

Mit der Einführung des Kindergeldes wurde auch ein familienpolitischer Meilenstein in der Geschichte der Familienpolitik in Kärnten gesetzt, obwohl es von SPÖ und ÖVP totgesagt wurde. *(Abg. Mag. Scheucher-Pichler: Wir haben mitgestimmt! - Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion)* Mit dieser und anderen familiären Maßnahmen wird daher auch versucht, die Bevölkerungsentwicklung mit der Budgetentwicklung in Einklang zu bringen. Kindergeld und Altersversorgung sind daher auch Bereiche, *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!)* wobei die Altersversorgung über die Spitäler natürlich die teuerste ist, wobei hier auch Handeln angesagt ist. *(Unruhe in der SPÖ-Fraktion)* Hier ist nicht nur wie gesagt zu wenig Geld, sondern hier müssen neue Überlegungen angestellt werden. *(Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion)*

Abschließend gesagt, meine Damen und Herren, werden wir Freiheitliche den erfolgreichen Budgetsanierungskurs aus Verantwortung für unsere Kärntnerinnen und Kärntner konsequent weiterverfolgen, fortsetzen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion - Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten 30 Sekunden.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.)*

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wundere mich wirklich darüber, was Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Freiheitlichen Fraktion, Ihrem eigenen Finanzreferenten da antun. Irgendwie wird er jetzt gleich hinausgehen und nicht mehr wiederkommen, weil alles, was er uns heute sagen wollte, eigentlich von Ihnen schon vorweggenommen wurde und ... (*Abg. Dr. Strutz: Dann wissen Sie nicht, was er alles zu sagen hat! - LH-Stv. Ing. Pfeifenberger: Ich habe so viel Stoff, daß ich drei Stunden reden kann!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der derzeitige budgetpolitische Ansatz stellt unter dem Deckmäntelchen Budgetkonsolidierung das Zurückdrängen des öffentlichen Sektors als ganz wesentliches Element in den Mittelpunkt seines Handelns. Es werden alle Bereiche öffentlicher Infrastruktur, die zu einer einigermaßen sozial ausgewogenen Gesellschaftspolitik beigetragen haben, demontiert. Das gilt für das öffentliche Schulsystem gleichermaßen wie für das öffentliche Gesundheitssystem, genauso wie für den öffentlichen Wohnbau. (*Zwischenrufe aus der FPÖ- und ÖVP-Fraktion*) Ich denke, daß diese Entwicklung jene begünstigt, die ohnehin wirtschaftlich stark sind, und diese Vorgangsweise wird mit Sicherheit die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößern. In letzter Konsequenz werden Ihre Verhaltensweisen bedeuten, daß es für einen breiten Teil der Bevölkerung nur mehr Mindeststandards geben wird und nur diejenigen, die über ausreichende Mittel verfügen, werden sich eine bessere Versorgung zukaufen können. (*LH-Stv. Dr. Ambrozy: So ist es!*) Es muß uns also schon bewußt sein, daß die derzeitige Form der Budgetkonsolidierung nur vordergründig der Einsparung gilt. Tatsächlich geht es aber dabei um den Beginn eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, der die Entwicklung hin zu einer Zweiklassengesellschaft verschärfen und zu einer gewissen Elitenbildung führen wird, was durchaus dem rechten Gedankengut entspricht. Wir dürfen nur nicht vergessen, daß es Eliten auf der einen Seite nur geben kann, wenn auf der anderen Seite die große Masse der Bevölkerung steht, deren soziale Absicherung nicht mehr durch rechtliche Ansprüche gesichert ist.

Für die SPÖ stellen bei dieser Entwicklung insbesondere die Verschlechterungen auf dem Gebiet von Bildung und Ausbildung eine Katastrophe dar. Bildung erfüllt für uns auch einen emanzipatorischen Anspruch. Das heißt, der freie Zugang zur Bildung ist für uns ein wesentliches Instrument, um jedem Menschen eine Chance zu geben, seine Verhältnisse zu verbessern und das unabhängig von seiner Herkunft.

Zum zweiten wissen wir ganz genau, daß wir in den nächsten Jahren in Europa mehr und mehr sehr gut qualifizierte Arbeitskräfte, sehr gut ausgebildete Menschen brauchen werden. Und die meisten anderen europäischen Länder hüten sich davor, auch in Phasen der Budgetkonsolidierung die Budgets für Bildung und Ausbildung zu kürzen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ständige Jammerei!*)

Im Gegenteil! Diese Budgets werden in anderen europäischen Ländern ausgeweitet. Das heißt also, daß wir sowohl den individuellen Anspruch, die individuelle Chance auf eine gute Ausbildung als auch die Ausbildungsqualität generell durch den Sparkurs, den Sie verfolgen, ganz wesentlich gefährdet sehen.

Sie haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, seit Jahrzehnten die notwendigen strukturellen Veränderungen im österreichischen Schulsystem blockiert. Die „Flächendeckende Ganztageschule“, das war für Sie immer ein schreckliches Reizthema, obwohl diese Schulform international sehr erfolgreich ist und sich durchaus bewährt hat. Die Einführung der Fünftageschule hat jetzt in Österreich quasi durch die Hintertür dazu geführt, daß die Schülerinnen und Schüler (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) nachmittags auch sehr häufig in der Schule sind und diese Ganztageschule jetzt auch haben, aber ohne die notwendige begleitende Infrastruktur.

Sie wissen auch, daß die Schule der Zukunft flexiblen Unterricht braucht, nicht nur mehr der Wissensvermittlung dienen darf, sondern Problemlösungskompetenzen und Teamfähigkeit vermitteln muß. Das erfordert praxisnahes, fächerübergreifendes Arbeiten. Und das ist in der Schule, wie Sie sie jetzt entwickeln, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) mit Frontalunterricht und mit starren 50-Minuten-Einheiten

**Mag. Cernic**

und mit den Riesenklassen, die sich durch Ihre Absichten ergeben werden, nicht mehr möglich.

Daher bin ich der Meinung, daß ein gutes öffentliches Schulsystem allen Schichten den Zugang zur Bildung ermöglicht. Es muß (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Frau Abgeordnete, ich bitte, zum Ende zu kommen! Sie haben schon eine halbe Minute überzogen!*) ein gutes Angebot frei zugänglich erhalten bleiben. Es muß die Kernaufgabe des Staates bleiben, dieses Angebot zu liefern. Schule, Ausbildung, Bildung kann man nicht privatisieren. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten 48 Sekunden.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.*)

**Abgeordneter Sablatnig (ÖVP):**

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Das, was der Abgeordnete Lobnig vorher gemeint hat, das war nicht blauäugig, sondern einäugig. Ich meine, daß man in diesem Land nur etwas verkaufen kann, wenn man vorher etwas besessen hat.

Zum zweiten sind wir der Auffassung, daß es wichtig ist, das Geld zu beschaffen, um jene Dinge zu finanzieren, die in diesem Land notwendig sind. Wir haben uns verantwortungsvoll dieser Budgetpolitik gestellt und wissen ganz genau, warum wir es tun: Weil die Bevölkerung von der Politik erwartet, daß sie Probleme nicht nur diskutiert, sondern auch löst. Die Problemlösung ist, in der ÖVP jedenfalls, ganz oben angesiedelt. (*Abg. Dr. Wutte: Jawohl!*)

Es ist für uns wichtig, daß das Kindergeld eingeführt wird. Wir haben auch dazu beigetragen, daß die Finanzierung sichergestellt ist. Es ist für uns wichtig, daß das Schulstartgeld in diesem Jahr erstmalig in Kärnten eingeführt wird und auch finanziert ist. Es ist für uns wichtig, daß es Strukturmittel für die Kärntner Gemeinden gibt. Es ist für uns wichtig, daß wir im Bereich der Bildung und Kultur neue Wege gehen, und es ist für uns wichtig, daß wir die Krankenanstaltenfinanzierung dahingehend umgestellt haben, daß die Krankenanstalten finanzierbar geblieben sind und daß sich die Gemeinden in der ersten Phase bis zu 700 Millionen Schilling im Jahr

ersparen, um ihre Strukturmaßnahmen in den Gemeinden setzen zu können.

Geschätzte Damen und Herren! Budgetkonsolidierung ist jetzt angesagt: auf der Bundesebene wie auf der Landesebene. Das ist keine Erfindung irgend eines einzelnen Politikers, das ist einfach notwendig, wenn wir haben wollen, daß es Budgetspielräume gibt, die künftighin für die neuen Strukturen eingesetzt werden können und nicht für die Bezahlung von Zinsen. Das halten wir jedenfalls für wichtig. Ich möchte ganz kurz sagen, daß es aber ohne Reformen in der Sache selbst nicht gehen wird. Wir können nicht nur Budgets sanieren, wir müssen auch Politik reformieren.

Ich möchte zu meinem Schwerpunkt kommen. Das ist der Bereich der Krankenanstalten. Es ist unerhört, wenn man weiß, daß 500 Millionen Schilling Budgetmittel liegen geblieben sind und Klagenfurt einige wesentliche Punkte im Krankenhaus nicht erfüllen hat können, weil die Geschäftsführung der Auffassung war, daß das Geld nicht einzusetzen ist, weil man nachher die Möglichkeit hat, um fünf bis sieben Milliarden Schilling ein neues Krankenhaus zu bauen. Das war der Grund, warum wir ein alternativ ein Gegenmodell zu dieser Gigantomie entwickelt haben. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Wir reden jahrelang hier in diesem Haus zu den Krankenanstalten. Es gibt also die Angebotsentwicklung noch nicht. Es gibt die EDV-Vernetzung noch nicht. Es gibt den stärkeren Einsatz für den Niedergelassenenbereich noch nicht. Es ist aus unserer Sicht die Gesundheitspyramide, die wir neu bauen wollen, noch nicht, (*Abg. Ing. Rohr: Willst du ein Krankenhaus oder eine Pyramide bauen?*) das heißt die Grundversorgung in den Regionen, die Grundversorgung beim niedergelassenen Arzt und die Schwerpunkte in den Krankenanstalten zu setzen, weil sie dort notwendig sind und weil die Nichtschwerpunktmedizin jedenfalls dezentral günstiger zu organisieren ist.

Ich meine, wenn ich den Dienststellenplan hernehme, es ist nicht ganz erfreulich, wenn ich hier sehe, daß in der Budgetvorschau 2001 bis 2005 im Bereich der Krankenanstalten keine Einsparungen zu erkennen sind. Es ist für mich jedenfalls nicht der richtige Weg. Ich weiß, daß

**Sablatnig**

die Medizin in Zukunft mehr Geld kosten wird, aber wir müssen jedenfalls reformieren, um die Schwerpunkte neu zu setzen, damit auch das Gesundheitssystem sich adäquat qualitativ weiterentwickeln kann, im Interesse der Menschen unseres Landes! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 3 Minuten 56 Sekunden.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.)*

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich werde mich auf jene Wortmeldung beschränken, die zum Ausdruck bringt, was heute von den Vorrednern und den Klubobmännern noch nicht gesagt wurde. Es wird im neuen Konsolidierungsbudget für das Jahr 2002 die Umstellung vom Schilling auf den Euro geben. *(Abg. Dr. Wutte: Das haben wir schon gesagt!)* Zu meinem Bedauern, muß ich sagen. *(Abg. Dr. Wutte: Schwierig zum Umrechnen.)* Ich bin ein vehementer Vertreter des österreichischen Schillings immer gewesen. Mir tut es leid, daß wir zu dieser Weichwährung kommen, aber es ist unabänderlich.

Es wurde zu diesem Kurs angemerkt, den der freiheitliche Finanzreferent und die freiheitlichen Regierungsmitglieder - zugegebenermaßen mit Unterstützung der Österreichischen Volkspartei - fahren, wobei ich etwas nicht verstehen kann, Klubobmann Unterrieder, wir wissen - und du weißt das genauso wie ich -, daß die Schulden das Unsozialste sind, was ein Staat machen kann, daß aber unter SPÖ-Regierungen (ob das im Land war oder im Bund war) dem nie Rechnung getragen wurde. Im laufenden Jahr noch zahlt der Bund 97 Milliarden Schilling nur an Zinsen für die Schulden zurück. *(Abg. Unterrieder: Ihr wollt alles verkaufen!)* Jetzt muß man denken, was man mit diesem Geld alles machen könnte. Klubobmann Strutz hat eingangs schon gesagt: In Kärnten sind es immerhin auch bei 700 Millionen Schilling, die wir jetzt mit diesem Konsolidierungskurs zur Verfügung haben und dann für die Bürger dieses Landes dieses Geld einsetzen könnten.

Ich möchte aber aus der Sicht der Bürgermeister

dieses Landes und aus der Sicht ... *(LHStv. Dr. Ambrozy: Wieso machst du dann drei Milliarden Schilling Schulden?!)* Zu dir komme ich schon noch, wart lei, *(Heiterkeit im Hause)* weil du bist äußerst säumig in deinen zuständigen Bereichen! Es ist nicht recht, wenn ein zuständiger Referent auf andere Regierungsmitglieder die Schuld dann abwälzt, wo er selbst zuständig ist. Aber zu dem komme ich noch. *(Abg. Unterrieder: Kollege Schwager, eine Frage nur ... - Lärm im Hause.)* Es ist aus der Sicht der Gemeinden zu sagen, daß der Gemeindeferent für die Bedarfszuweisungsmittel über 700 Millionen Schilling zur Verfügung hat, was besonders dem Finanzreferenten zu verdanken ist, daß er im laufenden Jahr das mit Sonderbedarfszuweisungsmitteln von über 54 Millionen Schilling in Gemeinden verstärkt. Besonders bei von der SPÖ geführten Gemeinden - ich habe mir das genau angeschaut -, wo tatsächlich ein zusätzlicher Bedarf für Investitionen ist, hat er das aufgewendet und dann den Gemeinden zur Verfügung gestellt.

Bei den Bedarfszuweisungsmitteln ist Kritik anzubringen. Eines geht hier nicht an. Ich bin jetzt acht Jahre Bürgermeister, habe des öfteren Referentenwechsel mitgemacht. Jeder Referent setzt als Gemeindeferent - es gibt dort weder einen Beirat noch eine sonstige Kontrolle - irgendwelche Schwerpunkte, von den Bürgermeistern schwer nachvollziehbar. Und da gibt es dann meistens Unmut. Der jetzige Referent, Wurmitzer, hat irgendein gestörtes Verhältnis zu den Kultursälen und Kulturhäusern *(Abg. Ramsbacher: Gott sei Dank!)*. Für Sanierungen in diesem Bereich gibt es von ihm so gut wie keinen Schilling. *(Lärm im Hause)* Es wird so auch nicht gehen! Auf der anderen Seite werden an den Gemeindevertretern, Vereinen und Verbänden vorbei Zusagen für BZ-Mittel gemacht. Diese stehen ja den Gemeinden zu - es sind ja keine Geschenke des Landes Kärnten -, sie stehen ja fix den Gemeinden zu *(Abg. Unterrieder: Deshalb habe ich gesagt, es gehört ein Beirat her!)* und haben richtig eingesetzt und verwendet zu werden, so daß der größte Effekt für die Bevölkerung erfüllt wird.

Nun komme ich zur Ablehnung des kommenden Budgets durch die SPÖ. Ihre Argumente vorweggenommen, besonderes die eures Landespar-

**Schwager**

teiobmannes und Landeshauptmann-Stellvertreter, der ja eben angeführt hat, was er jetzt als Zwischenruf auch gemacht hat, daß besonders im Spitalsbereich Schulden aufgebaut werden. Ich weiß noch, weil ich in die Verhandlungen über den Gemeindebund ja eingebunden war, wie das zustande gekommen ist. Ich muß dir sagen, daß dieses System der Krankenhausfinanzierung von den Bürgermeistern und vom Gemeindebund, aber auch vom Kärntner Städtebund abgesegnet wurde, daß aber begleitende Maßnahmen in diesem Bereich zu setzen sind. Wir sind davon ausgegangen, daß der Referent versuchen wird, die Abgänge im Krankenanstaltenbereich einzudämmen. Das muß er machen! *(Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit noch!)* Es werden ja Wege aufgezeigt. Man kann zu Prim. Köck stehen wie man will. *(Abg. Arbeiter: Er ist kein Primarius, bitte!)* Ja, aber zum Dr. Köck. Ist recht, Herr Betriebsratsobmann. Dann ist er eben Arzt, aber ein profunder, der sich im Spitalswesen auskennt. Man muß ja vielleicht nicht alles vollziehen, was er da anregt, aber ich glaube schon, daß die einen oder anderen 100 Millionen Schilling möglich sind. *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß, daß die Villacher SPÖ besonders links und besonders FPÖ-feindlich ist. Ihre Sprecherin, die Frau Kollegin Cernic, soll aber nicht so weit gehen, im Schul- und Lehrerbereich die Kinder zu vergessen und nur für die Erhaltung der Direktenposten einzutreten! Das wäre, abschließend, doch ein Wunsch, *(Vorsitzender: Bitte, schließen Sie ab!)* Frau Kollegin! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten 32 Sekunden.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort. - Abg. Schwager: Ich war genau! - Vorsitzender: Genau eine halbe Minute zu lang, Herr Abgeordneter Schwager!)*

**Abgeordneter Arbeiter (SPÖ):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe die Zeitung oder einen Teil der Zeitung natürlich mitgenommen, weil darin brandneue Aussagen des Herrn Köck sind, mit denen ich mich dann etwas beschäftigen und einige Informationen dem Kärntner Landtag mitteilen wer-

de, die Sie vielleicht noch nicht wissen; auch der Kollege Gallo nicht.

Ich könnte jetzt eigentlich nur noch einen Satz wiederholen, den der Kollege Lobnig gesagt hat, um das politische Bild der FPÖ und der ÖVP hier zu zeigen. Jetzt zu behaupten, daß der Sinn der Budgetpolitik in Kärnten ist, das aktive Vermögen so gut wie möglich an den Mann zu bringen!? Das war deine „Standard“-Aussage, lieber Kollege Lobnig. *(Abg. Lobnig: Das ist ein unzulässiger Vergleich, den du da gebracht hast!)* Ich werde dir eine andere „Standard“-Aussage gerne mitgeben. Gerade in deinem beruflichen Bereich solltest du einmal vielleicht ... *(Abg. Lobnig: Der Satz steht womöglich schon in der Zeitung!)* Den Satz hat er wortwörtlich gesagt. Das ist im Protokoll nachzulesen. *(Lärm im Hause.)* Auch in seinen Unterlagen, Kollege Gallo, hat er das Ganze aufgeschrieben, so wie ich den Kollegen Lobnig kenne. Aber man könnte heute einmal über die Milliarden Schulden diskutieren, die über das Finanzamt aus der Wirtschaft nicht eingebracht werden können, über die du auch hier im Haus schon einige Male gesprochen hast. Dann hätten wir in Kärnten überhaupt keine Schulden mehr. Wir hätten überhaupt keine Schulden mehr, wenn nur ein Teil dieser bereits von der Wirtschaft eingenommenen Steuern auch wirklich abgeführt werden würden. Und du bist einer der Hauptverantwortlichen aus dem Bereich der Finanzämter, die da einiges dazu beitragen könnten. Das will ich dir nur gerne mitgeben, weil ich auch andere Wortmeldungen von dir kenne.

Jetzt frage ich, ist der Kärntner Landtag darüber informiert, daß der Herr Köck ein Teilhaber einer sogenannten KABEG ist? *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Gallo)* ... KABAG richtig gesagt. Kollege Gallo, wenn in deinem Bereich du dich auskennst, dann höre ich dir immer zu. Horch einmal mir zu, weil in meinem Bereich kenne ich mich ein bißchen besser aus als du. *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Gallo - Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Arbeiter!)* Meine Frage: Kollege Gallo, kennst du die KABAG? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wir haben jetzt keine Fragestunde!)* Kennst du die KABAG? Das ist eine Krankenanstalten- und Beteiligungsaktiengesellschaft, deren Teilhaber unter anderem euer von euch so hochgepriesener Köck ist. Und ich frage

## Arbeiter

jetzt einmal: Läßt sich das vereinbaren, in dieser privaten Beteiligungsgesellschaft zu arbeiten und hier in Kärnten eine Prüfung zu übernehmen, die großzügiger Weise Wurmitzer angekündigt hat, daß er sie bezahlen wird und wir hier gehört haben, daß das nicht der Fall sein wird oder sein soll, sondern daß die Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft diese Millionen - wie hoch sie immer sein mögen - zu bezahlen haben wird?

Aber vielleicht noch interessant: Wer ist in dieser Beteiligungsgesellschaft noch dabei? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Wulz vielleicht!*) Einer von euch ... Nein, ich kann dir einen anderen sagen, der einmal bei euch war, dann nicht mehr bei euch war und dann wieder vielleicht irgendwann einmal zu euch kommen wird, nämlich der bekannte Baulöwe Hans-Peter Haselsteiner, die ehemalige Bundesländerversicherung, die Raiffeisenbank Niederösterreich und Wien, der Herr Professor Christian Köck und - man hört - ein ganz bekannter Chef eines Krankenhauses in Kärnten, nämlich der Doktor Samonig von Spittal. Interessant, ganz interessant! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Lauter ganz gute Leute!*) Und diese Herren und diese Leute werden die öffentlichen Krankenanstalten in Kärnten zerteilen, zerstückeln und in alle Winde verjagen. (*Abg. Sablatnig: Der Masterplan, der noch nicht erfüllt ist!*) Und jetzt verstehe ich schön langsam, Kollege Sablatnig, zu deiner Rede komme ich gar nicht, weil die ist inhaltlich schon so alt gewesen, daß wir darüber gar nicht mehr diskutieren brauchen. (*Abg. Sablatnig: Der Masterplan ist noch nicht erfüllt!*) Ich frage noch einmal: Läßt es sich vereinbaren, hier Jubel zu hören über das Budget und auf der anderen Seite wissen wir nicht, wie weit verhandelt eigentlich diejenigen Berater in Richtung ÖVP hier ihre Politik betreiben. Ich wundere mich, daß potente Ärzte aufgrund des Artikels gestern in der Woche nicht den Herrn Köck klagen, der da behauptet, daß Mandeloperationen überflüssig sind und zu viele gemacht werden, daß die Behandlung von Frauen, ob jetzt Gebärmutter oder sonst irgend etwas ... (*Abg. Dr. Strutz: Weißt, warum sie nicht klagen? Weil es stimmt!*) Ja, Kollege Strutz, du bist so gut informiert, daß ich ruhig sein würde, weil deine Frau kennt sich da besser aus als du! (*Abg. Dr. Strutz: Hoffentlich!*) Und andere Dinge, die hier gesagt worden sind,

wo er weiter bestätigt, daß jeder Zweihundertste, der in die Krankenhäuser kommt, stirbt. Auch diese Behauptung sollte man sich einmal wirklich anschauen, weil ich glaube, daß diese Behauptungen nicht dazu beitragen, um über ein Gesundheitsbudget, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) über ein Krankenhausbudget da reden zu können. Ich weiß, die fünf Minuten sind leider sehr kurz. Wir werden ja beim Budget und beim Rechnungsabschluß noch genügend Gelegenheit haben, darüber zu reden.

Dem Herrn Sablatnig ins Stammbuch geschrieben: Ich habe das Wort "Masterplan" noch nie gebraucht und habe auch hier andere Vorstellungen von einem strukturellen Ausbau in den Krankenhäusern und darüber werden wir noch sehr eingehend und lang diskutieren. (*Abg. Sablatnig: Treffen wir uns?!*) Ich habe der Jubelwortmeldung vom Kollegen Strutz sehr genau zugehört. Ich habe aber nichts darin gefunden, was es wert wäre, jetzt noch einmal politisch darauf einzugehen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten 12 Sekunden.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Scheucher-Pichler das Wort.*)

### Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Arbeiter, ich kann das nicht ganz nachvollziehen. Die SPÖ-Fraktion stimmt ohne Vorbehalte dem KELAG-Verkauf zu und Sie jammern hier. Ich komme aber zurück auf Kollegen Unterrieder, der gemeint hat, daß es im Sozialbereich große Budgetprobleme gibt, daß wir hier große Herausforderungen zu bewältigen haben. Ich bin Ihrer Meinung. Wir haben hier wirklich große Herausforderungen zu bewältigen. Deswegen fordern wir ja auch seit langem für Strukturformen gerade im Sozialbereich wirtschaftliche Kriterien. Und ich muß sagen, ich bedauere es zutiefst, daß wir gerade im sozialen Bereich den Konsens der Zusammenarbeit, den Konsens der Vernunft verlassen haben. (*LH-Stv. Dr. Ambrozy: mit eurem Parteiobmann!*) Und das liegt sicherlich nicht an uns. (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Na bitte!*) (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)



**Mag. Scheucher-Pichler**

Die Frau Landesrätin ist wieder herinnen, was mich sehr freut. Ich darf sie also wirklich einladen, diese konstruktive Zusammenarbeit, die ihre Vorgängerin immer gesucht hat zwischen den sozialen Organisationen aber auch zwischen den sozialen Parteien, diese konstruktive Zusammenarbeit wieder zu suchen. Denn für mich ist gerade im Sozialbereich parteipolitisches Agieren und politisches Hick-hack fehl am Platz. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Und dies ist ganz einfach festzuhalten. Wir brauchen Strukturveränderungen, um die Herausforderungen, die auf uns zukommen, um jene Hilfe für Menschen, die Hilfe brauchen, zu organisieren. Und das steht außer Frage. Es gibt eine Studie, die das untermauert. Ich komme da noch darauf zurück.

Budgetkonsolidierung bedeutet eben auch strukturelle Veränderung. Im Sozialbereich fehlen diese Strukturveränderungen. Gehen wir sie doch endlich gemeinsam an. Wir sind dazu bereit. Und wenn es jetzt zur Einführung eines Sozialfonds kommen soll, dann ist das letztlich die letzte Rettung. Denn ich würde mir wünschen, daß es in der Landesregierung hier eine solide und eine konstruktive Basis der Zusammenarbeit gibt. Ich stehe zu diesem Sozialfonds und ich bedauere eigentlich, daß in diesem Budget 2001 die Voraussetzungen für diesen Sozialfonds noch nicht gegeben sind. *(LR Wurmitzer: Jawohl! - Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Budgetkonsolidierung bedeutet aber auch, auf geänderte Gesellschaftsstrukturen und demokratische Entwicklung einzugehen. Auch das fehlt mir bis jetzt im Sozialbereich. Und Budgetkonsolidierung bedeutet auch Gesamtkonzepte. Das unterstreicht das, was ich vorhin gesagt habe: Gesamtkonzepte, referatsübergreifend gerade im Gesundheits- und Sozialbereich und auch im Finanzierungsbereich.

Ich habe vorhin bereits darauf Bezug genommen, es gibt eine Studie, eine fast 500 Seiten umfangreiche rechtswissenschaftliche Studie im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen, die einen hochinteressanten Vergleich der Sozialhilfesysteme der österreichischen Bundesländer angestellt hat. Frau Landesrätin, Sie haben uns diese Studie zur Verfügung gestellt. Dieser Studie ist zu entnehmen, daß es österreichweit ein ganzes Bündel

von inhaltlichen distrukturellen Änderungen im Bereich der Sozialhilfesysteme bedarf, um wieder eine effektive und effiziente materielle Existenzsicherung zu gewährleisten. Diese Studie beweist und unterstreicht auch unsere Forderungen, unterstreicht die Forderungen der Österreichischen Volkspartei wissenschaftlich. Und ich bin froh darüber, daß wir den Sozialbaufonds in diesem Budget haben, denn letztlich sichern wir damit die Einrichtung von Altersheimen und Pflegeheimen. Hier mußte auch der Gemeindeferent und der Finanzreferent einspringen, um letztlich die Finanzierung zu ermöglichen. Auch hier ist nicht vorgesorgt worden, Frau Landesrätin! *(LH-Stv. Dr. Ambrozy: A so ein Quatsch! - Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Diese von uns und auch von der FPÖ-Fraktion, *(Lärm in der SPÖ-Fraktion)* von der ÖVP-Fraktion und von der FPÖ-Fraktion seit langem geforderten Maßnahmen sind dringend notwendig. Ich wiederhole es noch einmal und auch wenn sie noch so laut schreien. Tatsache ist, daß wir die Herausforderungen gerade auch im Bereich der Altenbetreuung aber auch in anderen sozialen Bereichen nur dann positiv bewältigen werden können, wenn hier umgedacht wird, bitte. Und ich weiß nicht, wieso Ihnen von der Sozialdemokratie das so schwer fällt. Wieso wollen Sie nicht gerechte Subventionsvergabe? Wieso wollen Sie nicht, daß alle Anbieter gleiche Voraussetzungen haben? Wieso wehren Sie sich so dagegen? Für mich ist das nicht nachvollziehbar. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion - Abg. Unterrieder: Ich weiß nicht, was Sie als gerecht ansehen! - Vorsitzender: Na bitte! Herr Abgeordneter, bitte lassen Sie die Frau Abgeordnete sprechen!)* Wir fordern wiederholt Vergleichsstudien, die auch wirtschaftliche Kriterien und Strukturen mitberücksichtigen. Wir sind zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit. Ich habe das immer wieder gesagt: Wir sind dazu bereit! Und wir wollen, daß das Ganze transparent wird und wir scheuen auch keinen Vergleich. Ich bin überzeugt davon und wünsche mir das wirklich, daß wir in Kärnten wieder, gerade im sozialen Bereich, zu dieser konstruktiven Zusammenarbeit finden, die ich in den letzten Monaten sehr, sehr vermisste. Letztlich geht das auf Kosten jener Menschen, die Hilfe brauchen, auf Kosten der Benachteiligten, auf Kosten der Alten, auf Kosten jener Menschen, die ohnehin ganz, ganz

**Mag. Scheucher-Pichler**

dringend die Unterstützung von uns brauchen würden. *(Vorsitzender: Frau Abgeordnete, die Redezeit ist abgelaufen! Beifall von der ÖVP-Fraktion - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten und 7 Sekunden!)*

**Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):**

Als nächster hat sich der Herr Finanzreferent Landesrat Pfeifenberger gemeldet. Er hat mir mitgeteilt, daß er Ihnen ein kleines Präsent im Zusammenhang mit der Übergabe des Landesvoranschlages für 2002 überreichen wird und es wird Ihnen somit gleich übergeben. Ich bitte ihn, zu sprechen!

**LH-Stv. Ing. Pfeifenberger (FPÖ):**

Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Präsident! Es sind hier einige Aspekte angesprochen worden. Ich nehme nur die wichtigsten heraus, vor allem die Argumentation, daß die Wohnbauförderung nicht mehr im ausreichenden Maße vorhanden wäre, stimmt einfach nicht. Kärnten hat hier einen Gesamtkapitalansatz von drei Milliarden Schilling zur Verfügung. Das sind Mittel aus der Kreditübertragung und die laufenden Zuwendungen des Bundes, die ein Wohnbauprogramm in der gewohnten Form und in ausreichender Dotierung in Kärnten umsetzen läßt. Und ich darf schon sagen, daß diese Argumentation eigentlich nur von der SPÖ geführt wird, weil sie hierin einen Weg sieht, Kleingeld zu wechseln auf dem Rücken der Wohnungsmieter und der Wohnbauförderungsbezieher.

Ich glaube, daß wir hier sehr konsequent und sehr verantwortungsvoll mit der Verwendung unseres Vermögens umgehen. Kärnten hat hier gezeigt, daß durch dieses Vermögen ein Weg gegangen wird, wo Schulden abgebaut werden. Aus diesem Schuldenabbau resultiert eine wesentlich geringere Belastung an Zinsen. Kärnten erspart sich hier im Jahr mehr als 600 Millionen Schilling und kann mit diesen Freiräumen auch zukünftig wichtige Investitionen für die Jugend, für die Ausbildung und für alle wichtigen Zukunftsprogramme finanzieren. Es ist kein Verkauf von Familiensilber, wenn wir heute darüber

reden, daß die Anteile an der KELAG mit einem Wert von 4,2 Milliarden Schilling veräußert wurden und daß letztendlich auch alle Garantien für das Land, nämlich die Erhaltung eines Headquarters in Kärnten, die Erhaltung einer Vertriebsplattform und - was wichtig ist für Kärnten - auch die Erhaltung aller Arbeitsplätze gesichert ist. Ich glaube, wir werden mit unserem Partner RWE-Plus auf Dauer eigentlich nur Gewinner sein, weil wir auch exklusiv alle Aktivitäten, die die KELAG in Kärnten und in Österreich machen wird, abgesichert sind. Das heißt, alle Entscheidungsprozesse werden im Rahmen der KEH und der KELAG getroffen. Es wird ohne die Zustimmung des Landes keine wie immer geartete negative Auswirkung zu erwarten sein.

Ich darf auch zum Sozialfonds und zu den Sozialinvestitionen Stellung beziehen. Es ist so, daß insgesamt knapp 80 Millionen Schilling bereits heuer, bereits für 2001 vorgesehen sind, und daß alle Projekte, die geplant sind und die durch den Gemeindereferenten festgelegt wurden, auch heuer investiert werden können. Dieser Sozialaufonds wird Bestandteil eines Sozialfonds sein. Dort werden Gemeinden und Land, wie auch Bund und andere Finanziere wie die Gebietskrankenkasse und die Sozialversicherungsträger gemeinsam festlegen, welche Standards, welche Pflegegelder in Zukunft bezahlt werden. Und es wird vor allem möglich sein, ohne Abhängigkeit von der zuständigen Referentin Entscheidungen zu treffen, wie und wo wir investieren und in welchem Ausmaß wir investieren. Diese Exklusivität einer einzelnen Person wird es in diesem Bereich nicht mehr geben. Der Sozialfonds ist eine Einrichtung, die demokratisch Entscheidungen herbeiführt und demokratisch festgelegt werden wird, wie die Mittel eingesetzt werden. Geldverschwendung hat auch dort ein Ende.

Diese Verschwendungspolitik der letzten zehn Jahre werden wir nicht mehr so hinnehmen. Deshalb ist es erforderlich, daß wir mit diesem Sozialfonds alle diesbezüglichen Maßnahmen festlegen. *(Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit noch.)*

Ich darf dem Hohen Haus auch berichten, daß wir einiges, was wir zum Schuldenabbau in Kärnten noch umsetzen müssen, auch jetzt beschließen werden: die zweite Tranche Wohnbau-

**Ing. Pfeifenberger**

forderungen steht kurz vor der Fertigstellung. Wir werden deshalb auch das Gesetz kurzfristig anpassen, damit es keine Ungerechtigkeiten gibt. Wir haben eine sehr günstige Zinssituation. Wir werden dieses Konsolidierungs- und Sanierungsprogramm konsequent und dynamisch fortführen, um Kärnten hier eine optimale Voraussetzung zu schaffen, die Zukunftsinvestitionen dieses Landes aus eigener Kraft zu bewältigen! (Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion. -Vorsitzender: Die Redezeit betrug 5 Minuten 20 Sekunden.)

(Der Vorsitzende erteilt als letztem Redner in der Aktuellen Stunde Abg. Kollmann das Wort.)

**Abgeordneter Kollmann (SPÖ):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zusammenfassend dürfen wir heute die Feststellung treffen, daß das Budget 2002, so wie es sich zu diesem Thema gehört, ganz im Zeichen der Erreichung eines Nulldefizits stehen soll. Wir haben ganz sicherlich heute aber die Möglichkeit, das aufzuzeigen, was dieses Nulldefizit mit sich bringt, wenn man das so erreichen will, wie es derzeit von der Regierung betrieben wird.

Wir wissen, daß überdurchschnittlich stark wachsende Steuereinnahmen sind und überdurchschnittlich stark ausgabenseitig gespart wird. Das bedeutet für die Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Rückgang geht auf den Verzicht auf eine aktive Wirtschaftspolitik, auf eine aktive Arbeits- und Sozialpolitik und speziell auch auf einen Rückgang in der Bildungspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wenn heute in der Einleitung gesagt wird: „Das Land Kärnten wird sich in Zukunft 700 Millionen Schilling an Zinsen ersparen, nur an Zinsen ersparen, dann möchte ich dagegenhalten, daß allein im Bereich der Wohnbauförderung durch den Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf Rückflüsse von rund 600 Millionen Schilling verzichtet wird. Das hebt sich schon fast im Zinsendienst wieder auf. Wir haben aber eine Verpflichtung mit dem Verkauf der Wohnbauforderungen mitübernommen. Wir haben das ausgelagert, die Verwaltung von Tausenden

Akten bleibt aber in der Landesregierung. Die Aufgabenstellung wird in der Landesverwaltung nicht kleiner, sondern größer, weil keine Rückflüsse zu erwarten sind und die Akten trotzdem bis zum Auslaufen der Darlehen verwaltet werden müssen.

Das gleiche, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt für den Verkauf von Grundstücken. Wir wissen, daß das Grundstück nur einmal verkauft werden kann. Das ist heute schon des öfteren betont worden. Ich glaube aber auch, daß hier immer wieder davon gesprochen wird, daß ja auch jemand das zahlen muß; wenn ich das als Betrieb nutze, für ein Büro nutze, daß hier Mieten, Pachtungen und dergleichen auch zu finanzieren sein werden. Das gleiche, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt für das politische Versprechen für die Einführung des Kindergeldes; 2001 bei uns eingeführt. Wir wissen, daß die Finanzierung des Kindergeldes im Budget 2001 nur möglich war, indem man Liegenschaften verkauft hat, Landeseigentum verkauft hat, um dieses Geld wieder den Familien zur Verfügung zu stellen. Wenn nicht der Bund einspringen würde, hätte das Land gar keine Möglichkeit, diesen Budgetkurs, der vorgeschlagen wurde, und das Kindergeld weiter zu finanzieren. Das wird hier wohlweislich verschwiegen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wohlweislich verschwiegen! Hier muß man ganz genau sagen: Das war ein politisches Versprechen. Das war nur möglich, indem man Grund und Boden verkauft hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Finanzierung im Bereich der Krankenanstalten ist auch angesprochen worden. Kollege Schwager hat gemeint, daß auch hier begleitende Maßnahmen notwendig sind. Wir wissen, daß bis zum Jahr 2005 keine begleitenden Maßnahmen in der Budgetbegleitung drinnen sind. Wir stellen nur eines fest: daß wir mit dem Beginn des Jahres 2002 - ich drücke das jetzt in Euro aus - 310 Millionen Euro als Schuldenstand in den Krankenanstalten haben werden. Bereits im Jahre 2005 werden es 9.500 Millionen Schilling sein, rund 730 Millionen Euro. Das sind 9,5 Milliarden Schilling, meine sehr verehrten Damen und Herren! 9,5 Milliarden Schilling! Der Zinsendienst für die Gemeinden und für das Land wird sich für diesen Zeitraum - das sollte

**Kollmann**

auch einmal gesagt werden -, auch vorgeschrieben im Budget, der Zinsendienst für den Landesanteil von 0 im Jahr 2001 wird sich auf 36 Millionen, nahezu 37 Millionen Euro bewegen; der Gemeindeanteil auf rund 22 Millionen Euro. Das sind rund 300 Millionen Schilling. Das ist nur der Zinsendienst, ohne Kapitalrückzahlung, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das hat man sich sehr teuer eingekauft, meine sehr verehrten Damen und Herren. Man hat eingekauft, und die ÖVP ist in diesem Bereich halt käuflich. (*Abg. Dr. Wutte: Aber, Blödsinn! Was ihr für einen Blödsinn redet!*) Es sind 200 Millionen Schilling an Sonderbedarfszuweisungen, die der Referent an die Gemeinden politisch verteilen wird. Das hat er in der Vergangenheit ja auch schon bewiesen.

Wenn die Kollegin Scheucher in ihrer Wortmeldung hier heraußen „wir“ gemeint hat, so habe ich das nicht ganz verstanden. Hat sie hier die ÖVP mit ihrer Forderung im Sozialbereich gemeint oder hat sie das Hilfswerk gemeint? (*Abg. Dr. Wutte: Nein! Dich hat sie gemeint!*) Das ist sie schuldig geblieben. Sie hat nur gesagt: „Wir“.

Ich glaube, daß hier besonders notwendig ist, (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit noch!*) daß im Sozialbereich arbeits- und sozial-

rechtliche Absicherung von Pflegeeltern gemeint waren, die bessere Qualitätssicherung, auch der Bau von Pflegeheimen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir die demographische Entwicklung sehen, haben wir mit 90 Millionen Schilling nur einen Tropfen auf dem heißen Stein. Wir brauchen im nächsten Jahr Investitionen von 600 bis 800 Millionen Schilling, um den Bedarf von Pflegebetten für die Zukunft sicherzustellen. Damit auch das gesagt ist.

Zum Abschluß: (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Wir haben nicht nur einen Schuldenabbau, sondern auch eine Schuldenverschiebung im Lande Kärnten festzustellen. Wir haben einen Ausverkauf der Heimat. Eines sei auch hier festgestellt: Niki Lauda hat es praktikabel vorgezeigt, wie man es machen kann. Er hat auch seinen Betrieb verkauft, hat ihn wieder geleast. Wir wissen heute, wo der Betrieb Niki Lauda landet, nämlich er besteht nicht mehr. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. (*Abg. Dr. Wutte: Den Vergleich mit Lauda habe ich nicht verstanden!*) Wir kommen zur Tagesordnung.

**Tagesordnung**

Ich darf berichten, daß in der Obmännerkonferenz eine Erweiterung der Tagesordnung vereinbart wurde, nämlich als 2. Tagesordnungspunkt ausnahmsweise wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit den Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Verkauf der Gesellschaftsanteile des Landes an der Kärntner Energieholding Beteiligungs GmbH an die RWE PLUS AG und Abschluß des Optionsvertrages. Wer mit der Erweiterung der Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen! Es wird so vorgegangen.

Ich komme nun zum 1. Tagesordnungspunkt:

**1. Ldtgs.Zl. 177-57/28:**

**Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes Kärnten für das Jahr 2002 sowie der Stellenpläne des Landes Kärnten 2002, dem Budgetbericht im Sinne des Art. 61 Abs. 3 und 4 K-LVG und zum Budgetprogramm 2002 bis 2004 gem. Art. 61 Abs. 2 K-LVG Änderungen zum Landtagsbeschluß vom 21. 12. 2000 und Budgetvorschau 2005 sowie Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zu-**

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

**stimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2002 erteilt werden Einbegleitung durch den Landesfinanzreferenten Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Karl Pfeifenberger**

Ich ersuche Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger, zu sprechen! Ich möchte noch einmal hinweisen, auch für die Zuhörer und die Journalisten: Handyverbot gilt im Hause des Landtages. Eine Dame der „Kärntner Tageszeitung“ ist hier erwischt worden und soll die 100 Schilling Bußgeld zahlen. Die Herren auf der Tribüne sind bereits verschwunden. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Es war der „Standard“!*) Oder „Standard“ - entschuldigen Sie!

Ich bitte Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter, zu sprechen!

Finanzreferent Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Hohes Haus! Das Land Kärnten wird, erstmals in der Landesgeschichte nach der Einführung des österreichischen Schillings, ein Budget in einer für Europa und die Nationalstaaten einheitlichen Währung darstellen und abwickeln.

Das Budget 2002 ist in Euro gerechnet. Damit wird sich nicht nur die Politik und die Wirtschaft sondern vielmehr auch die Gesamtbevölkerung dieses Landes umgewöhnen müssen. Ein so interessantes Projekt erfordert ein interessantes Geschenk. Politiker sollen Vorbilder sein. So gesehen wünsche ich mir, daß Sie den Eurokurs vorbildhaft umrechnen und dazu den vor Ihnen liegenden Eurorechner auch verwenden.

Für viele wird dies nicht einfach sein. Der beliebte Schilling wird durch eine Währung ersetzt werden, die nur ein knappes Viertel des ehemaligen Kurses darstellt; für viele Landesbürger ein bis dato unvorstellbares, aber letztlich notwendiges Projekt eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes Europa. Die Verantwortung liegt hier bei der Politik, ehrliche und gründliche Aufklärung zu leisten, um Ängste und negative Befürchtungen zu nehmen. Ich

werde als Finanz- und Wirtschaftsreferent des Landes im Herbst ein Kommunikationsprojekt vorlegen, um den Menschen den Umstieg in die neue Währung zu erleichtern.

Der Entwurf zum Voranschlag 2002 ist gemäß verschiedenster Verordnungen und bereits beschlossener Vorschriften der EU und der nationalen Normen aufgrund des EU-Vertrages in Euro erstellt worden. Außerdem ist dies auch durch die „Voranschlags- und Rechnungsab-schlußverordnung 1997“ bereits gültige Gesetzesmaterie, welche die Umstellung in Euro ab 2002 in allen Voranschlagssätzen festlegt.

Drei wesentliche und finanzpolitisch grundlegende Schwerpunkte zeichnet das Budget 2002 aus.

Erstens geht es um die nachhaltige und seriöse Reduktion des Nettodefizits. Der von uns im Jahre 2000 eingeschlagene Kurs einer konstanten und konsequenten Haushaltssanierung und langfristigen Schuldenverhinderung ist die wichtigste aller drei Maßnahmen.

Schulden abbauen und keine neuen Schulden mehr zulassen! Diese Botschaft, geschätzte Damen und Herren, versteht jeder, der im privaten wie auch im öffentlichen Sektor Verantwortung mit Herz und Verstand trägt. Dieser jahrelange Schuldenaufbau hat Kärnten an den Rand der Bedeutungslosigkeit und somit wirtschaftlichen Isolation gebracht. Fehlende Freiräume im Budget für Zukunftsinvestitionen haben diesem Land die rote Laterne gebracht. Unsinnige und unsoziale Budgetpolitik auf der Basis von Krediten zu Lasten unserer Jugend und regionalen Entwicklung sind durch eine unternehmerisch begründete, vorsorgliche und den Chancen Kärntens angepaßte Budgetpolitik ohne Schulden gewichen. Das Schuldenmachen im großen Stil hat ein Ende gefunden. Der Rechnungsab-schluß 2000 zeigt, daß das Nettodefizit um 400 Millionen Schilling reduziert wurde und die Kreditaufnahmen um 545 Millionen Schilling niedriger sein werden, als geplant. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Dieses positive Ergebnis war nur möglich, weil sparsam gewirtschaftet wurde und keine sinnlosen und einer Verschwendung von Steuergeldern zuzuordnenden Maßnahmen zugelassen wurden. Ein strenger Budgetvollzug ist in einem modernen Unternehmen und in einem zukunftsorientierten Land eine wichtige

**Ing. Pfeifenberger**

Voraussetzung.

Zweitens sind die durch den Stabilitätspakt festgeschriebenen Maastricht-Vorgaben, das heißt die Erzielung eines Überschusses, in den Vordergrund der Budgetpolitik gerückt. Nach diesen Vorgaben waren die Haushaltsziele des Landes für das Budget 2002 und die Legislaturperiode neu zu definieren. Die Länder verpflichten sich, mindestens 1,671 Milliarden Euro an Überschuß im Durchschnitt während der FAG-Periode zu erbringen. Für das Land Kärnten heißt das, einen Mindestüberschuß von 110 Millionen Euro (0,75 % des BIPs) im Jahre 2002, mit steigender Tendenz in den Folgejahren, zu erbringen. Dazu kommt noch die außerbudgetäre Finanzierung des KWF mit rund 28 Millionen Euro an jährlichen Fondsmitteln für die Wirtschaftsförderung. Der jährliche Tilgungsaufwand für KWF-Darlehen ist bei der Berechnung des Überschusses zu berücksichtigen.

Bei den sehr intensiv geführten Budgetverhandlungen ist die Einhaltung der von uns festgelegten und im Vorjahr beschlossenen Budgettrichtlinien gelungen. Der „Referentenentwurf“ war, wie alle Jahre, ein „Wunschkonzert“ mit unerfüllbaren finanziellen Vorstellungen. Das ausverhandelte Nettodefizit beträgt somit 59 Millionen Euro und ist um 29 Millionen Euro geringer als die Vorstellungen der einzelnen Referenten. Damit liegt das Budgetnettodefizit 2002 exakt um 0,33 Millionen Euro (das sind 4 Millionen Schilling) über dem „Budgetprogramm 2001 bis 2004“. Die Punktlandung des Budgetkurses ist somit bestätigt und dokumentiert. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Bei der Bewertung des Maastricht-Überschusses kann Kärnten den anderen Bundesländern ein Musterbeispiel liefern. Durch intelligente Finanzierungsmethoden und Umstellungen in der Förderpolitik - hin zu rückzahlbaren Darlehen - hat das Budget 2002 einen außerordentlichen, über die Vorgaben hinausgehenden Finanzüberschuß von 28 Millionen Euro nach der Maastricht-Darstellung. Ein bedeutender Aspekt ist dabei, daß dieses gute Ergebnis zu einem Großteil auf die Verringerung der Kosten für den Schuldendienst (das heißt weniger Zinsen) und die Verbesserung durch das Verhältnis Einnahmen/Ausgaben bei den laufenden Dotierungen zurückzuführen ist.

Diese Finanzpolitik bringt Kärnten Erfolg. Die Vorgabe nach FAG ist ein Überschuß von 151 Millionen Euro, das Budget weist einen Maastrichtüberschuß von 179 Millionen Euro aus. Der Schuldenzuwachs weist zwar nach dem Voranschlag ein Plus von 0,48 % aus, wird aber im Rechnungsabschluß 2002 ähnlich dem Jahre 2001 deutlich geringer ausfallen. Wir werden mindestens 50 %, das sind wiederum 400 Millionen Schilling des derzeitigen Voranschlages 2002 einsparen und den Schuldenstand nur geringfügig damit erhöhen.

Im Budgetprogramm waren für 2002 die sogenannten „Ertragsanteilepakete“ und § 22-Mittel insgesamt 547 Millionen Euro vorgesehen. Aufgrund der oben angeführten Annahmen werden nunmehr im Landesvoranschlag 2002 dafür 535 Millionen Euro, somit um rund 11,7 Millionen Euro weniger als im Budgetprogramm für 2002 vorgesehen veranschlagt. Diese Mindereinnahmen von rund 11,7 Millionen Euro, das heißt 161 Millionen Schilling, konnten im Zuge der Budgeterstellung durch Ausgabeneinsparungen, vor allem im Finanzreferat sowie durch bescheidene Mehreinnahmen ausgeglichen werden.

Drittens und enorm wichtig für unser Land ist die Investition in die Zukunft mit den im außerordentlichen Budget dargestellten Schwerpunkten im sogenannten Aufholprogramm. Diese Schwerpunktsetzung ist die vereinbarte Umsetzung der einzelnen Schritte beginnend mit dem Familienpaket und dem Kindergeld, dem Schulstartgeld, der Kindergartenförderung im Jahre 2001, gefolgt vom Schwerpunkt Wirtschaft, Gemeinden, Infrastruktur, Technologie, Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Tourismus, Produktentwicklung und Schaffung von Humanressourcen sowie das wichtige Thema Gesundheitsvorsorge im Jahre 2002.

Das Land setzt hier Kapitalvermögen so ein, daß ein nachhaltiger Aufschwung auf allen Ebenen gesichert und neue Chancen beansprucht werden können. Investitionen in erwähnte Bereiche werden Kärntens Aufholprozeß rapide beschleunigen und zu internationaler Bedeutung bringen. Die Menschen und deren persönliche Entwicklungschance stehen hier im Zentrum aller Überlegungen - nur so kann Kärnten trotz der Kleinheit den Wettbewerb mit modernsten

## Ing. Pfeifenberger

Regionen Europas aufnehmen und gewinnen. Die vorhandene Intelligenz optimal auszuschöpfen und dem Zustrom neuer Intelligenz einen fruchtbaren Boden aufzubereiten, das verstehe ich als die wichtigsten Aufgaben dieses Landes. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Zu den einzelnen Bereichen des Budgets 2002 kann auf einige wichtige Kennziffern hingewiesen werden. Der Personalbereich wurde sehr sparsam bewirtschaftet, die Steigerung von nur 1,58 % ist lediglich die Valorisierung der gesetzlichen Regelungen. Hier zeigen konkrete Einsparungs- und Ausgliederungsmaßnahmen konkrete Ergebnisse und weisen auf den zukünftigen Weg hin. Der Rückbau der öffentlichen Verwaltung und allen halböffentlichen Sektoren, wie Krankenanstalten, LIG, Kärnten Werbung, Schulwesen, Hoheitsverwaltung, Gemeinden, Straßen und auch Sozialbereiche, bedingt eine konsequente Umsetzung der bereits in Angriff genommenen Maßnahmen. Nur so kann ein modernes Dienstleistungsunternehmen mit hoher Qualität und Bürgernähe geschaffen werden. Kärnten ist auch hier vorbildhaft.

Für den durch die Pensionsreform ausgelösten rasanten Anstieg der Neupensionierungen wurde im Haushaltsjahr 2002 für insgesamt 2.890 Pensionsempfänger Vorsorge getroffen. Der Stellenplan im Bereich "Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung" sieht eine Reduktion im Aktivbereich von insgesamt 160 Planstellen vor.

Der wichtige und für Kärnten bedeutende Sozialbereich ist auch 2002 höher dotiert als im Budgetprogramm 2001 bis 2004 vorgesehen. Die Steigerung für soziale Leistungen beträgt 14,2 Millionen Euro, das sind genau um knapp 9 % mehr als im Jahre 2001. Damit wurde dem steigenden Bedarf für soziale Hilfeleistung zu 100 % Rechnung getragen und beweist auch die Verantwortung des Finanzreferenten für die Unterstützung von hilfsbedürftigen und alten Menschen in Kärnten. *(Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Anderslautende Äußerungen zu dieser sehr positiven Entwicklung sind polemisch und dienen nur dem Zweck, politisches Kleingeld auf dem Rücken der Betroffenen zu wechseln. Unsere Solidarität ist für viele Menschen klar zum Ausdruck gebracht.

Ein besonderes Augenmerk wurde von mir als Wirtschaftsreferenten auf die Unterstützung der Alternativenergie und deren Entwicklungsmöglichkeiten gelegt. Die Steigerung in diesem Ansatz beträgt 59,5 % zum Vorjahr. Kärnten als umweltbewußtes Land kann mit dem Stärkefeld Solarenergie, Biomasse, Biodiesel aber auch die Erzeugung von Bionahrungsmittel österreichweit Vorreiter sein und sich international mit unseren Paradeunternehmen hier auch ganz klar profilieren. Deshalb gibt es auch eine mit 2002 beginnende Offensive in diesen interessanten Geschäftsfeldern und die Absicht, mit dem neuen KELAG Partner der RWE gemeinsam in Kärnten in diesem Bereich auch zu forschen.

Ein wesentlicher und für den ländlichen Raum wichtiger Faktor bleibt die Förderung des Umweltschutzes, sprich die Abwasserentsorgung außerhalb der Ballungszentren. Hier wurde ebenfalls ein Zuwachs an Förderungen für Einzelentsorgungsanlagen festgelegt, der sich mit einem Plus von 5,4% darstellt. Durch die Neuausrichtung bei der Finanzierung von öffentlichen Entsorgungsanlagen konnte dem ländlichen Raum pro Liter eine Ermäßigung um zwei Schilling eingeräumt werden. Diese Entscheidung ist vor allem mit der Erkenntnis der sicherlich wesentlich niedrigeren Kaufkraft und der höheren Berufsausübungskosten (lange Fahrtstrecken zum Arbeitsplatz) in den ländlichen Regionen verbunden. Verantwortungsvolle Regionalpolitik muß auf derartige Benachteiligung großer Bevölkerungsschichten Rücksicht nehmen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Wir greifen dort ein, wo Hilfe verlangt wird.

Es ist auch deshalb notwendig, daß wir im Bereich Landwirtschaft auch einen deutlichen Zuwachs festgelegt haben. Für unsere Bauern ist eine Steigerung von 6,53 % oder 2,8 Millionen Euro vorgesehen. Wünschenswert wäre eine verstärkte Förderung des derzeit von breiten Bevölkerungsschichten befürworteten Biolandbaues und der Produktion von Bionahrungsmitteln. Eine Umstellung der Förderkriterien zugunsten heimischer Bioproduktion ist zukunftsweisend aber auch erforderlich. Durch die Beschlußfassung der EU-Kommission des neuen Ziel 2 Programmes fungiert der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds als Verwaltungsbehörde und federführende und hauptverantwortliche

## Ing. Pfeifenberger

Förderstelle. Die Gesamtkosten des Ziel 2 Programmes einschließlich phasing-out betragen im Programmplanungszeitraum 2000 bis 2006 457 Millionen Euro. Die von der EU eingesetzten Mittel in Höhe von rund 87 Millionen Euro werden von Bund und Land Kärnten in Höhe von je 16 Millionen Euro kofinanziert.

Für die Gemeinschaftsinitiativen Interreg III Kärnten-Slowenien und Kärnten-Italien sowie Leader III ist die Abteilung 20 koordinierende Geschäftsstelle. Die Gesamtkosten des Kärnten-Slowenien-Programmes betragen im Zeitraum 2000 bis 2006 24 Millionen Euro, jene für Kärnten-Italien mehr als 8 Millionen Euro.

Die Gesamtaufteilung des Budgetkuchens nach UNO-Kennziffern stellt sich wie folgt dar:

Unterricht und Erziehung: 18,84 %; soziale Wohlfahrt: 13,6 %; übrige Hoheitsverwaltung: 39 %; Wohnungsbau: 7,5 %. Der Rest verteilt sich zwischen 0 und 5 % auf Gesundheit und alle übrigen Sparten.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Das Budget 2002 hat neben vielen maastrichtrelevanten und finanzpolitisch technischen Veränderungen auch für die nächsten Jahre einige wesentliche Schwerpunkte zur Finanzierung wichtiger Zukunftsentscheidungen vorgesehen.

Der Sozialfonds: Ein Meilenstein in der Ausfinanzierung von künftigen Sozialeinrichtungen wird die Einrichtung eines Sozialaufonds darstellen. Dieser Sozialaufonds wird Bestandteil des bereits in Begutachtung befindlichen Gesetzes zur Schaffung eines Sozialfonds werden. Erstmals werden Richtlinien und Förderkriterien auch vor allem von allen finanzierenden Partnern, das heißt Gemeinden, Land, Bund, Krankenanstalten-Fonds sowie Gebietskrankenkasse und Sozialversicherung auszuverhandeln und einvernehmlich festzulegen sein. Bereits 2001 ist ein Finanzierungsvolumen von insgesamt 5,5 Millionen Euro vorgesehen. Damit werden bereits beschlossene Standorte heuer noch bauseitig begonnen. Das sind genau doppelt so viel Mittel, wie wir sie vorher im Budget hatten! Für 2002 sind mindestens 8,5 Millionen Euro im Budget vorbereitet und leitet eine Investitionsoffensive für Sozialeinrichtungen ein. Wir machen damit auch Politik mit Herz und Verantwortung für die sozial schwachen Bevölke-

rungsschichten. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Gleichzeitig wird auch dem in den folgenden Jahren erhöhten Bedarf an derartigen Pflegeeinrichtungen voll Rechnung getragen. Die Kritik der SPÖ geht damit ins Leere und ist nicht mehr als Polemik und Miesmacherei. *(Abg. Dr. Strutz: So ist es!)* Wichtig ist dabei die Qualität des Einsatzes von öffentlichen Mitteln. Gleichberechtigung innerhalb der Anbieter, ob gemeinnützige oder private, Standards für Ausstattung und Pflegeangebot sind neu zu definieren und im Zuge eines Ausschreibungsverfahrens ist der Bestbieter zu ermitteln. Damit ist der Weg für einen vernünftigen Wettbewerb geebnet und die Abhängigkeiten von der Referentin bei der Mittelvergabe werden damit ausgeschaltet. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Parteipolitisch besetzte Sozialhilfeverbände haben die gleichen Voraussetzungen zu akzeptieren wie Privatunternehmer, welche heute schon mit der Hälfte der Fördermittel derartige Einrichtungen bauen. In den letzten Jahren wurden hier Steuermillionen an bestimmte Betreiber verschenkt, um sich gewissermaßen Einflußspähren zu sichern. Diese Verschwendungspolitik muß ein Ende haben! Wir treten für mehr Transparenz und Controlling ein. Verantwortungsvoller und kluger Einsatz von Steuermitteln werden von der Bevölkerung erwartet. Handeln wir danach. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Das Aufholprogramm, geschätzte Damen und Herren, 2001 wurde mit dem Kinder- und Familiengeld ein für Europa revolutionäres familien- und gesellschaftspolitisches Projekt in Kärnten gestartet. Internationale Nachahmer dieses Projektes wie Bayern oder Gesamtdeutschland bescheinigen uns in Kärnten den richtigen Weg. Mit der Einführung des Kindergeldes ab 01.01.2001 haben wir einen Grundstein für eine deutliche Verbesserung für unsere Familien und Kinder gesetzt. Das war die Vereinbarung für 2001 und das für uns wichtigste Projekt dieser Legislaturperiode.

Der zweite wichtige Punkt in dieser Vereinbarung ist die Stärkung unserer Wirtschaft in den Gemeinden und damit des ländlichen Raumes. Knapp 35 Millionen Euro stellen wir dafür im Jahre 2002 zur Verfügung. An die Gemeinden sollen für maßgeschneiderte Projekte zur Erhöhung der Wertschöpfung und Beschäftigung



## Ing. Pfeifenberger

insgesamt 14,5 Millionen Euro, das sind 200 Millionen Schilling fließen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Damit sollen Wirtschaftsprojekte, Infrastruktur, Ausbildung und Bildungseinrichtungen sowie dringend notwendige Einrichtungen für Forschung und Entwicklung aufgebaut werden. Der ländliche Raum wurde von der Vorgängerregierung schändlich vernachlässigt! Der Bedarf am Land ist groß und muß deshalb auch erfüllt werden.

Auch spezielle Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaftsinfrastruktur, wie Technologievernetzung und Kooperationsförderung innerhalb der Unternehmen, Beiträge zur Bereitstellung von modernst ausgestatteten Industrieansiedlungsflächen für Investoren mit neuen Kernkompetenzen können zukünftig aus diesem Topf finanziert werden.

Finanziert sollen aber auch vor allem Projekte der Gemeinden werden, die dem Allgemeinwohl dienen und die zur Verbesserung der Lebensbedingungen für unsere Menschen am Land dringend notwendig sind. Eine verstärkte Unterstützung der Gebiete außerhalb der Zentralräume, das heißt in den entlegenen und damit bis dato benachteiligten Talschaften und Regionen, ist unser erklärtes Ziel für die nächsten Jahre. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Dort, wo die Kaufkraft und die Durchschnittseinkommen durch jahrelange Versäumnisse der Politik einen massiven Nachholbedarf aufweisen, werden wir durch eine gezielte Regionalentwicklung unterstützend eingreifen.

Gerechtigkeit vor Egoismus, eine Verteilung der Finanzmittel aus Sondereinnahmen zu den Menschen hinaus, das ist der gerechte Weg, den wir gehen wollen. Das ist unsere Politik!

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Förderung der Wirtschaftsinfrastruktur mit 7,27 Millionen Euro sein. Die Entwicklung von Technologie und Gewerbeparks, bei denen sich ganze Täler zusammenschließen und gemeinsam Synergien nutzen, ist hier vorgesehen. Vor allem die Kooperationsförderung ist auch im Bereich des Tourismus ein wesentlicher Schwerpunkt. Dieser Weg ist oft auch dann die einzige Überlebenschance, wenn sich kleine und mittlere Betriebe zusammenschließen, um im Wettbewerb nicht auf der Strecke zu bleiben. Auch spezifi-

sche Betriebsansiedlungsmaßnahmen mit Leitbetriebsfunktion sind geplant, um regional Investitionen anzukurbeln und motivierend auf Unternehmerentscheidungen zu wirken. Vor allem der Tourismus wird hier hauptsächlich davon betroffen sein.

Eine Weiterentwicklung des Netzwerkaufbaues durch die Kärnten Technologie GmbH ist hier eine der Hauptaufgaben für die Entwicklung von Unternehmerkooperationen wie das SIT, der Electronic Cluster, das Netzwerk Holz, das Netzwerk Kunststoff und Fahrzeugbau. Auch am Sektor Umwelttechnologie ist eine Initiative mit Centric Austria in Vorbereitung. Hier werden mit Unterstützung der Netzwerkkompetenz der Kärnten Technologie gemeinsam internationale Projekte ausgearbeitet und durch KWF oder Technologiefonds gefördert. Viele Unternehmen sehen hier erstmals neue Ansatzpunkte, mit anderen Betrieben im In- und Ausland im Produktions- und Absatzbereich zusammenzuarbeiten, gemeinsame Problemlösungen auszuarbeiten und in der Produktentwicklung gemeinsame Forschungsarbeit zu betreiben.

Zu diesem Zweck ist unter meiner Federführung die Sanierung und der Weiterbestand des CTR (des Carinthian Tech Research) jetzt endgültig abgesichert worden und wird daher mit einer Gesamtfinanzierung von Land, Bund, KWF, Stadt Villach, Industriellenvereinigung und dem Fraunhofer Institut ein Jahresbudget von mehr als 5,8 Millionen Euro haben. Damit haben wir die wichtigste Kärntner Forschungseinrichtung für die Anwendungsfelder Sensorik und Autorik auf Dauer gerettet. Mit den vorhandenen Personalressourcen werden wir unseren Leitbetrieben enorme wissenschaftliche Unterstützung anbieten können. Derartige K-Plus-Zentren sind noch für die Bereiche Software, Holz und für den Bereich Umwelttechnik und Alternativenergieforschung in Arnoldstein geplant. Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in Kärnten aufbauen, das ist eines der wesentlichen Merkmale einer dynamischen Wirtschaftspolitik, auf die wir setzen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Geht es den Unternehmen gut, dann profitiert auch das Land davon. Für besondere Investitionen im Gesundheitswesen und im Straßenbau ist die Errichtung von Sonderfinanzierungs- und Errichtungsgesellschaften des Landes geplant.

## Ing. Pfeifenberger

Vor allem die Neuerrichtung von Versorgungsschwerpunkten am LKH Klagenfurt erfordert eine Kapitalzufuhr als Basisausstattung für solche Kapitalgesellschaften. Ebenso wichtig ist eine Schwerpunktsetzung für längst fällige Verkehrserschließungsprojekte in Südkärnten, in Oberkärnten und die Weiterführung der Planungsarbeiten der Hochleistungsbahn zwischen Arnoldstein und Klagenfurt - Althofen. Dafür sind im „Aufholprogramm“ insgesamt 7,27 Millionen Euro vorgesehen und auch dafür einzusetzen. Nach beispielhaften PPP-Modellen (private public partnership) sind beispielsweise in Linz und anderswo solche Großprojekte langfristig und budgetschonend bereits finanziert worden. Auch eine Vorfinanzierung für solche Großvorhaben in Kärnten könnten damit gelöst und durchgeführt werden. Etwa 5,81 Millionen Euro werden letztlich als Rücklage für bestimmte notwendige Projekte im Tourismus und im Sport oder im Erlebnisbereich gewidmet. Das Hauptaugenmerk muß hier auf die Produktentwicklung im Tourismus für die Vermarktung Kärntens als Erlebnis- und Urlaubsland gelegt werden. Großveranstaltungen für den Tourismus, in Verbindung mit einem Mehrtagesaufenthalt in Kärnten, Sportereignisse mit hoher Medienwirksamkeit und internationalen Fernsehausstrahlungen, ebenso kleine Veranstaltungen in Talschaften und Orten in der Vor- und Nachsaison sind von Bedeutung und für die Steigerung der Wertschöpfung insgesamt notwendig. Dazu kommen verschiedenste Kultur- und Musikschwerpunkte in ganz Kärnten, getragen von den vielen ehrenamtlichen Vereinen und Kulturträgern, welche mit wenig Mitteln enorme Leistungen erbringen und deshalb auch finanzielle Unterstützung brauchen.

Gedacht ist auch an eine sogenannte „Wirtschaftsförderung Film“, wie sie in Tirol, Salzburg, Niederösterreich seit vielen Jahren erfolgreich und wertsteigernd umgesetzt worden ist. Bis zu maximal 15 % Zuschuß für Filme über und von Kärnten bringen einerseits hohe Marketingergebnisse und Bekanntheitsgrade und andererseits sofort zusätzliche Wertschöpfungen bis zum Zehnfachen in die Drehorte bestimmter Regionen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Für mich ist das wesentlich besser als eine reine Imagewerbung, welche uns in den letzten acht Jahren - trotz enormem Geldmitteleinsatz! -

nur Rückgänge im Tourismus gebracht hat. Ich glaube, daß einer der wesentlichen Schwerpunkte dieses Budgets 2002 der Kärntner Zukunftsfonds sein wird. Durch den großen Erfolg anlässlich der Privatisierung der KELAG, bei welcher dem Land ein Mehrertrag von ganzen 86 Millionen Euro (das sind 1,183 Milliarden Schilling) zugute gekommen ist, wird durch intelligente Entscheidungen die Möglichkeit zu schaffen sein, einen sogenannten „Kärntner Zukunftsfonds“ einzurichten. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Dieser Fonds wird die Aufgabe haben, langfristig veranlagtes Kapital optimal zu bewirtschaften und die daraus resultierenden Jahreserlöse, sprich Renditen, bestimmten Zukunftsinvestitionen zuzuführen. Als Grundausrüstung sind vorerst jene 86 Millionen Euro vorgesehen. Weitere Erlöse durch Privatisierungen können nach und nach eingebracht werden. Wir privatisieren nicht politisch, sondern mit Intelligenz und maximalen Garantien für Kärnten!

Erstmals in der Geschichte Kärntens gibt es so etwas wie ein Kapitalsparbuch mit jährlichen Ausschüttungen, bei dauerhaftem Erhalt des eingesetzten Vermögens. Damit gefördert werden können vor allem Investitionen in unsere Humanressourcen, das heißt in die Aus- und Weiterbildung, in die Umschulung (zum Beispiel im Lehrerbereich), in die Finanzierung von Ausbildungsspezialisten im IT-Bereich, in Lehrlings- und Jugendprogramme, in die Erweiterung der Ausbildungsstrukturen bei der Uni, bei den FH, Colleges, Berufsakademien und HTL's.

Der Bereich der Wissensvermittlung für den technischen Sektor kann ebenso gefördert werden wie die konsequente Aufbauarbeit von F- & E-Einrichtungen für verschiedenste Branchen. Es muß damit gelingen, daß hier ausgebildete Intelligenz auch im Lande verbleibt und neues Wissen durch interessante Projekte dazukommt. Wer viel Forschung betreibt, wird zunehmend attraktiver und interessanter für internationale Investoren. Wer jederzeit verfügbare Humanressourcen stellen kann, gewinnt den Wettbewerb bei erfolversprechenden Betriebsansiedlungen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Aber auch der fehlende Zugang zu internationalen Märkten für unsere heimische Wirtschaft muß mit öffentlicher Unterstützung gefördert

## Ing. Pfeifenberger

werden. Marketing- und Markterschließungsprogramme sind ebenso erforderlich wie die Bereitstellung von Betriebsassistenten für Schlüsselfunktionen. Damit werden auch unsere Klein- und Mittelbetriebe schneller aufholen können. Weg von der reinen Struktur - hin zu einer für Kärnten sehr wichtigen Intelligenzförderung.

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Kärntner Zukunftsfonds soll die Bereitstellung von Geldern zur Gesundheitsvorsorge sein. Es ist laut einer Studie ein erstrangiges Anliegen der Österreicher, gesund zu leben und sich bis ins hohe Alter auch gesund zu erhalten. Neben einer erstklassigen medizinischen Gesundheitsversorgung ist vor allem der Präventivbereich im Gesundheitswesen von steigender Bedeutung. Dieser Erwartung der Bevölkerung soll Rechnung getragen werden. Die Kosten einer optimalen Vorsorge sind ein Bruchteil einer dann zu späten Versorgungsleistung mit teuren Strukturen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Die wirtschaftliche Situation in Kärnten ist, genau genommen, ein glücklich nachvollziehbarer und echter Erfolg! Wir haben die höchsten Beschäftigungsziffern! Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit! Wir haben enorme Steigerungen in der Sachgüterproduktion! Wir haben ein Spitzenwachstum in der Informations- und Kommunikationstechnologie! Wir haben eine enorme Investitionsfreudigkeit unserer Unternehmer! Es gibt keine Belastungen der öffentlichen Hand in Kärnten. Es gibt optimale Förderkriterien und eine professionelle Dienstleistungskompetenz durch die Landesgesellschaft Kärnten Technologie und des KWF.

Internationale Investoren kommen vermehrt nach Kärnten und siedeln Betriebe mit neuen Kernkompetenzen an. Mediaprint oder Gefenix sind nur einige der erfolgreichen Beispiele. Viele Projekte sind in Vorbereitung, werden von meinem Referat auch optimal bedient und erhalten durch die Mitarbeiter der Kärnten Technologie beste Standards auf allen Ebenen. Neben der förder technisch zulässigen Maximalunterstützung stellen wir eine Besonderheit in der Bereitstellung von Schlüsselarbeitskräften hier zur Verfügung. Diese exzellent professionelle Vorgehensweise hat uns beispielsweise diese zwei erwähnten Projekte gebracht. Das war letztlich

der entscheidungsbeeinflussende Zusatznutzen, den Kärnten gegenüber seinen Mitbewerbern anzubieten hatte und damit dieses Match für sich entschied.

Durch eine Reihe von innovativen Maßnahmen wie die Ausbildung von Förderungsberatern, Unternehmensassistenten und die Gründerinitiative „Bizplan“ sowie die F- & E-Einrichtungen mit den Netzwerken gelangen bestehende Unternehmer und Jungunternehmer zu optimierten Dienstleistungsangeboten.

Die unternehmensorientierte Politik in Kärnten bringt positive Stimmung, bringt erfolgreiche Entscheidungen, wie der Schuldenabbau es beweist und bestätigt. Kärnten hat als einziges Bundesland innerhalb eines Jahres elf Milliarden Schilling Schulden abgebaut! (*Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Kärnten hat gleichzeitig ein Budget in Sanierung und setzt ein für Österreich und Europa revolutionäres Kinder- und Familienprogramm um! Kärnten hat zur Sanierung des Bundeshaushaltes einen Beitrag von 50,8 Millionen Euro (das sind 700 Millionen) in bar geleistet. Kärnten hat damit auch die sauberste und sicherste Maastricht-Budgetierung aller Bundesländer und erwirtschaftet zudem auch höhere Quoten.

In Kärnten gelten soziale Gerechtigkeit und Solidarität! Das, geschätzte Damen und Herren, macht eine Zukunftspolitik aus. Wir belasten keinen Landesbürger mit neuen Steuern! Wir nehmen unseren Kindern nicht ihre Chancen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Wir sichern Wohlstand und die Lebensqualität eines florierenden Landes mit einer bürgernahen und freundlichen Politik.

Durch die sehr günstige Zinsentwicklung wird auch der Verkauf der zweiten Tranche der Wohnbaurlehensforderungen ein voller Erfolg werden. Wir wollen sparsam, aber klug mit dem Geld unserer Steuerzahler umgehen. Deshalb: Weg mit den Schulden! Sie sind höchst unsozial und nehmen uns den Spielraum für die Zukunft. Kärnten hat hier einen Erfolgskurs eingeschlagen, der sicher ist und auf der Basis einer unternehmensorientierten Finanzpolitik aufbaut.

Deshalb: Stärken wir auch das Rückgrat unseres Landes und der Wirtschaft, nämlich die vielen fleißigen und tüchtigen Unternehmer durch be-

**Ing. Pfeifenberger**

reits fixierte Großinvestitionen! Durch die erfolgreichen Verhandlungen unseres Landeshauptmannes ist für die nächsten Jahre die Verkehrs- und Straßenbauprojektfinanzierung in einem Gesamtvolumen von 0,25 Milliarden Euro (das sind 3,5 Milliarden Schilling) gesichert und kann somit rasch in Angriff genommen werden. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Auch im Bundesstraßenbau gibt es eine massive Aufstockung der Mittel in einer Höhe von 15,11 Millionen Euro (das sind 208 Millionen Schilling). Damit werden viele notwendige Straßenbauprojekte ausfinanziert, neue Abschnitte begonnen, Großbaustellen wie Koralmbahn, Hauptbahnhof, Drautalstraße, Plöckenstraße und ähnliche rasch einer Realisierung zugeführt.

Ein überaus großer Investitionsschub ergibt sich durch die Errichtung des Veranstaltungs- und Kongreßzentrums in Klagenfurt mit einem Bauvolumen von 43,6 Millionen Euro und die Neuerrichtung eines für internationale Bewerbe ausgerichteten Fußballstadions mit noch einmal 10,2 Millionen Euro in der Landeshauptstadt Klagenfurt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Auch im Tourismus planen wir Großinvestitionen rund um die Kärntner Seen und für den Wintertourismus in Bad Kleinkirchheim und am Naßfeld. Hier kann davon ausgegangen werden, daß etwa eine Größenordnung von 0,15 Milliarden Euro (ungefähr 2 Milliarden Schilling) an Investitionen zustande kommt; vorausgesetzt, daß auch die Betreiber ihr Geld setzen.

Diese Maßnahmen, geschätzte Damen und Herren, werden auf die nächsten vier bis fünf Jahre verteilt erfolgen und bedürfen einer analytischen Planung und Wirtschaftlichkeitsberechnung. Ohne eine fundierte wirtschaftliche Gesamtplanung mit nachhaltig abgesicherten Betriebserfolgen werden wir keine Zusagen machen wollen und können. Abgangsbetriebe gab es ohnehin genug in Kärnten, diese Verantwortung nehmen wir ernst und lehnen deshalb Geldverschwendung ab.

Ein großer Wurf, meine Damen und Herren, ist auch der Vertrag mit dem Bund. Mit unserem Bundesfinanzminister Karl-Heinz Grasser wurde schriftlich abgesichert, daß insgesamt 43,6 Millionen Euro, das sind 600 Millionen Schilling, Zukunftsinvestitionsmittel nach Kärnten fließen.

Diese Zahlen betreffen vor allem die Übernahme des Flughafens mit einem Wertzuwachs von 11,63 Millionen Euro, der Kapitalaufstockung bei der BABEG Betriebsansiedlung 18,2 Millionen Euro, einer Bundesförderung für das Stadion Klagenfurt von 2,9 Millionen Euro, einer Aufstockung der Abstimmungsspende von 1,9 Millionen Euro, der Sanierung des Gamsgrubenweges mit 0,7 Millionen Euro und einen Beitrag zur Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in Kärnten von 8,35 Millionen Euro. Das zeigt, geschätzte Damen und Herren, daß auch der Umstand, wie wichtig es für Kärnten ist, in Wien einflußreiche Minister zu haben, die Kärnten wohlgesinnt sind und jene Benachteiligungen der letzten zehn Jahre wettmachen, die Kärnten die "rote Laterne" gebracht haben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Diese Zeit, wo Kärnten in Wien keinen Einfluß hat, ist endgültig vorbei. Kärnten holt dank der Unterstützung der freiheitlichen Minister stark auf und kann so den Wettlauf mit anderen Ländern aufnehmen.

Gesamt gesehen ergibt das in Summe ein Investitionsvolumen von 530 Millionen Euro, das sind 6,6 Milliarden Schilling, für die nächsten fünf Jahre und bringt durch Studien belegbar, Folgeinvestitionen bis zum Vierfachen des eingesetzten Wertes. Also für die nächsten zehn bis 15 Jahre einen kumulierten Investitionswert von bis zu 15, 20 Milliarden Schilling. Das ist ein Erfolg für Kärnten, der nicht wegzudiskutieren ist.

Gestützt durch diese zusätzlichen Impulse, wird der Aufwärtstrend der Kärntner Wirtschaft ungebremst voranschreiten. Damit verbunden ist die kontinuierliche Steigerung der Durchschnittseinkommen und gekoppelt daran auch die höhere Kaufkraft im Lande.

Ein Land mit so hoher Lebensqualität wie Kärnten muß aber auch im Problemfeld Tourismus eine Trendumkehr herbeiführen. Die ersten positiven Anzeichen stehen bereits für diese Trendumkehr. Erstmals in der Tourismusgeschichte Kärntens haben wir im Winterhalbjahr mehr als drei Millionen Nächtigungen zu verzeichnen. Eine Steigerung von soliden 3,3 % zum Vorjahr, trotz der geringen Schneemengen, aber exzellenter Pistenverhältnisse war die Auslastung in den Wintersportzentren absolut gut. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Mit durch-

## Ing. Pfeifenberger

schnittlich mehr als 1.000,-- Schilling Tagesausgaben pro Person konnte eine zusätzliche Wertschöpfung von rund 102 Millionen Schilling in Kärnten erzielt werden. Durch die Investitionen im infrastrukturellen Bereich vor allem bei den Liften und Beschneiungsanlagen, der Sanierung und des Ausbaues von Schigebieten, aber den Auswirkungen durch gezielte Maßnahmen, wie beispielsweise die Gratis-Schulsportwochen-Aktion mit vier Wochen kostenlosem Schivergnügen in Kärnten sind wir erfolgreich. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Aber auch der Kärntner Familienschipaß für alle 41 Aufstiegshilfen ist ein international beliebtes Produkt und hat Kärnten bekannt gemacht. Diese Aktion wird wiederholt durchgeführt und bringt uns viele neue Gäste nach Kärnten. Ich habe auch in dieser Frage mit den getroffenen Entscheidungen Recht behalten.

Vor allem für die kommende Sommersaison bin ich auch als Tourismusreferent sehr optimistisch. Allein das Ergebnis vom April mit 6,6 % Steigerung gegenüber dem Vorjahr zeigt die Wirkung der von uns getroffen Maßnahmen. Die von Landeshauptmann Dr. Haider initiierten Projekte wie die Seebühne mit einem Musical-Schwerpunkt und die Landesausstellung in Friesach sind sowohl kulturelle als auch touristische Qualitätsprodukte mit Seltenheitswert. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Der Besuch der Seebühne läßt die Behauptung zu, *(Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion)* daß gerade Klagenfurt deshalb einen gewaltigen Zuwachs an Nächtigungen im abgelaufenen Jahr zu verzeichnen hatte. Dasselbe spielt sich auch in der heurigen Saison ab und bringt durch ein Zusatzangebot wie der erstklassigen Inszenierung des Themas "Schauplatz Mittelalter" im Rahmen der Landesausstellung in Friesach zusätzliche Gäste. Bereits mehr als 30.000 Besucher zählt diese Ausstellung und gereicht damit zur erfolgreichsten aller bisherigen Landesausstellungen zu werden. Auf diese Weise wird Kärnten wieder interessant, neue Gästeschichten entdecken dieses wunderbare Land mit den vielen Attraktionen und Sehenswürdigkeiten, mit den freundlichsten Menschen Österreichs. Daran, geschätzte Damen und Herren, erkennt man auch die erfolgreiche Kulturpolitik unseres Landeshauptmannes. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Dazu gibt es durch die Gratisaktion der Kärnten Power Card erstmals für alle Kärntnerinnen und Kärntner im Lande die Möglichkeit, alle sehenswerten Ausflugsziele in Kärnten kostenlos zu genießen. Ein Weg, wie man gesellschaftspolitisch erfolgreich dazu beitragen kann, den Jugendlichen mit den Eltern das Erlebnisland Kärnten näher zu bringen. Hier zeichnet sich ein besonderer Erfolg bei bereits 150.000 verkauften Karten ab, der vor allem der Gastronomie gewaltige Umsatzzuwächse bringt und der natürlich den Neid der nicht teilnehmenden Betriebe auf sich zieht. Kärnten ist hier wiederum federführend und vorbildhaft in Österreich und Europa. Kärnten ist innovativ und setzt in revolutionärer Weise Visionen mit großem Erfolg um. So kann man Tourismuspolitik auch machen - konsequent und mit geringem Einsatz von öffentlichem Geld. Die Weiterentwicklung dieser Idee läuft auf Hochtouren, alle Betriebe sind an Bord, draußen zu bleiben heißt keinen Erfolg zu haben. Wer kann sich das heute noch leisten. Deshalb wird auch eine Kreditfunktion mit einheitlichen Lesegeräten 100 % für alle Gewerbebetriebe in Kärnten verfügbar sein, um auch bei der endgültigen Umstellung auf den Euro problemlos zahlen zu können. Um diese Bequemlichkeiten werden uns andere Länder beneiden. Wir lösen das Umstellungsproblem der neuen Währung auf unsere Art - effektiv und sparsam.

Die Tourismusorganisation des Landes ist sowohl personell und organisatorisch als auch strategisch neu festgelegt. Wesentliche Teile des Verkaufs wurden privatisiert. Mit Eurotours ist der größte Spezialist am europäischen Markt in Kärnten eingestiegen. Mit einem jährlichen Wachstum von durchschnittlich 17 % im Incominggeschäft liegt dieses Unternehmen an der Spitze der Tourismusbranche. Kärnten kann sich durch diese Partnerschaft einen zusätzlichen Umsatz von 560 Millionen Schilling erwarten. Das ist umgerechnet der zusätzliche Aufbau von knapp 1 Million Übernachtungen in den nächsten vier Jahren. *(Gemurmel im Hause - Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit!)*

Ein für mich wichtiger und wesentlicher Vorteil, nämlich die Bindung mit Partnern im Tourismusgeschäft, ist Voraussetzung für den Erfolg im Betrieb. Das werden auch unsere Tourismus-

## Ing. Pfeifenberger

unternehmer irgendwann akzeptieren müssen, international ist das gang und gäbe. Auch eine spezielle Qualitätsverbesserungsfinanzierung für die Beherberger ist gemeinsam mit dem KWF in Ausarbeitung. Auf der Basis von rückzahlbaren Darlehen mit Niedrigverzinsung können Betriebe in Kooperationsgemeinschaften ein Entschuldungsprogramm fahren und mit den neu erwirtschafteten Cash flows qualitätserhöhende Investitionen tätigen. Damit gibt es organisierte Zusammenschlüsse von Betrieben, wesentliche bessere Verkaufsmöglichkeiten für alle. Auch Pensionen und Privatzimmervermieter werden in diese Aktion einbezogen. Gerade bei Veranstaltungen in der Vor- und Nachsaison werden auch solche Quartiere gerne beansprucht, wenn sie Mindeststandards aufweisen und vom Preis-Leistungsverhältnis entsprechen. Es wird aber eine Reihe von Betrieben geben, die keine Überlebenschance haben, diese werden auslaufen oder stillgelegt werden. Eine Strukturbereinigung ist hier auch eine ganz normale Sache, alle anderen Wirtschaftszweige haben diesen Prozeß auch durchmachen müssen. Man kann nicht künstlich am Leben erhalten, was nicht lebensfähig ist.

Den Regionen und Gemeinden sei ins Stammbuch geschrieben, daß in erster Linie die Produktentwicklung für buchungsentscheidende Angebote in Angriff genommen werden muß. Neue Methoden der Vermarktung via Internet sind selbstverständlich anzuwenden, wie ein volles Rahmenprogramm für den Gast rund um die Uhr. Ein Bett, ein gutes Essen, freundliche Mitarbeiter und optimale Preise bekommt man überall. Aber ein tolles Erlebnis während eines Urlaubsaufenthaltes in Kärnten wirkt nachhaltig und ist die billigste und effizienteste Werbung.

Kärnten muß als Urlaubsdestination für viele Produkte und Angebote stehen. Kärnten braucht ein jugendliches Flair mit hohem Erlebniswert. Die Werbung sollte sich dieser Schwerpunkte genau bewußt werden und die Präsentationsgrundlagen demgemäß erstellen. Die Zeiten reiner Imagewerbung sind endgültig vorbei. Die Mitsprache der Leistungsträger, sprich der Hoteliers, der Beherberger, der Gastronomen ist unabdingbar erforderlich und wird von mir eingefordert.

Deshalb bin ich unter den jetzigen Vorausset-

zungen nicht bereit, die Anteile der Kärnten Werbung, welche das Land hält, an die Regionen ohne Sicherheiten abzugeben. Entscheidend ist jener Partner, der die Bettenkapazitäten zu vergeben hat. Dieser entscheidet, ob Tourismus stattfindet oder nicht. Ich möchte deshalb auch den Versuch machen eine Art "Tourismuspolitischer Beirat" ähnlich des "Wirtschaftspolitischen Beirates" hier einzusetzen. Hier sollen die besten Fachleute und die besten Vertreter aus dem Unternehmensbereich der Leitbetriebe hier auch die Möglichkeit haben die Politik und die Kärnten Werbung professionell zu beraten. Damit ist auch gesichert, daß eine Vernachlässigung von wichtigen Bereichen wie Familie, Jugend, Golf und andere Dinge, wie sie in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurden, ausgeschlossen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Letztendlich geht es auch beim Internetauftritt Kärntens um mehr Professionalität und Wettbewerb. Die derzeitige Situation ist ein Skandal, wenn man bedenkt, daß TIScover für ein Exklusivrecht noch dazu Geld bekommt. Der Mitbewerber Feratel wurde vertraglich ausgetrickst, obwohl er für eine gleichberechtigte Zugangsmöglichkeit im Kärnten-Portal eine Summe von 15 Millionen Schilling auf den Tisch gelegt hätte. Jetzt wird dieser Vertrag, gestützt durch ein Rechtsgutachten, offiziell für nichtig erklärt, die Kärnten-Domäne www.kärnten.at offiziell dem Land übertragen und ein professioneller Internetauftritt des Landes mit dem Software-Cluster erarbeitet. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Wir haben vor zwei Tagen einen Let-off-intent von Feratel über eine Summe von 15 Millionen Schilling bekommen, Bedingung ist die gemeinsame Aufbereitung eines buchungsfähigen Internetportales ... *(Unruhe im Hause - Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Meine Damen und Herren, Herr Landesrat! Die Budgeteinbegleitung ist ja nicht irgend etwas. Ich bin erschüttert ... - LH Dr. Haider zu LH-Stv. Dr. Ambrozy: Du kannst auf deinem Platz reden, aber nicht dort schwätzen! - LH-Stv. Dr. Ambrozy: Bist du Schulmeister?! - LH Dr. Haider: Das ist keine Art! - Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, am Wort ist der Herr Präsident! - Ich möchte wirklich sagen, die Budgeteinbegleitung ist eine wichtige Angelegenheit. Ich glaube wir sollten ihr mehr Aufmerksamkeit zumitteln, wenn auch die Rede etwas länger ist,*

**Ing. Pfeifenberger**

*aber sie ist von großer Wichtigkeit. Ich darf alle Abgeordneten bitten, hier doch aufmerksam zu sein. Es ist auch nicht nur eine Höflichkeit sondern ich glaube auch unsere Pflicht. - (Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Wir haben deshalb vor zwei Tagen einen Let-off-intent von Feratel über eine Summe von 15 Millionen bekommen. Bedingung ist der gemeinsame Aufbau eines buchungsfähigen Internetportales für den Tourismus mit der Möglichkeit, gleichberechtigt mit allen anderen Providern Buchungsgeschäfte und Informationsübertragung zu machen. Diese Sache hat damit auch wiederum ein positives Ende gefunden. Jeder neue zusätzliche Partner wird die gleiche Summe aufbringen müssen, wenn er diese Plattform nützen möchte. Damit haben wir auch bewiesen, daß die seinerzeitige Strategie der Privatisierung des "Kärnten Verkauf" völlig richtig war und zudem der Kärnten Werbung eine beträchtliche Summe Geld bringen wird. Herr Posnik ist leider über seine eigenen Fehler und die seiner Freunde gestolpert. Wer so schädlich gegen seinen Eigentümer agiert, hat keine Berechtigung einer Weiterbeschäftigung, sondern hat die Konsequenzen zu tragen und für den Schaden aufzukommen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Deshalb hat es für ihn auch keine Entlastung in der Generalversammlung der Kärnten Werbung gegeben. *(LH-Stv. Dr. Ambrozy: Wer ist die Generalversammlung?!)* Wir werden uns die Dinge jetzt im nachhinein genau anschauen. Möglicherweise gibt es noch ein paar Leichen im Keller in Velden.

Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Erfolg haben nur funktionierende Strukturen, die ohne Einfluß von Parteien und Interessengruppen ihren Auftrag erfüllen können. Jetzt ist die Tourismusstruktur fertiggestellt, jetzt kann sie unbehindert an die Arbeit gehen, Projekte und Partnerschaften entwickeln, die zum gewünschten Erfolg führen. Das einzige, was noch zu tun ist, daß auch ein neuer Aufsichtsrat bestellt wird. Es gibt da verschiedene Landesvertreter, die ihren Job als Aufsichtsrat dazu mißbrauchen, um den neuen Geschäftsführer parteipolitisch zu erpressen.

Ich sage das heute bewußt hier, weil ich das auch nicht zulassen werde, *(Lärm im Hause)* und ich fordere denjenigen Herrn auf, deshalb auch seinen Hut zu nehmen! Der Tourismus hat es

nicht verdient, mit derartiger Mittelmäßigkeit konfrontiert zu werden! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Meine zukünftige und sehr wichtige Aufgabe wird es sein, die notwendigen Programme für die Qualitätsoffensive und die Errichtung von Erlebnisinfrastruktur zu entwickeln sowie finanzielle Vorsorge zu schaffen. Es wird gerade an einer Machbarkeitsanalyse gearbeitet, an welchen Standorte solche Tourismusprojekte realisiert werden könnten. Es gibt sehr attraktive öffentliche Seegrundstücke, die sich bestens für derartige Investitionen eignen. Notwendig dazu sind die richtigen Investoren und Betreiber solcher Betriebe. Das Land und die Gemeinden sind dazu nicht geeignet. Wir werden bis Herbst die Standortfragen einer Klärung zuführen, dann Investoren ansprechen und im nächsten Jahr erste Umsetzungsschritte setzen.

Der Tourismus hat auch in Kärnten große Bedeutung! Er hat viele Beschäftigte und hilft uns, vor allem in entlegenen Regionen Kaufkraft zu erhalten und Existenzgrundlage für viele kleine Gewerbetreibende zu bleiben. Deshalb auch von meiner Seite ein klares Bekenntnis zur Erhaltung dieser Strukturen. Ich bin gerne bereit, hier genügend Mittel einzusetzen - vorausgesetzt, daß das eingesetzte Geld wirtschaftlichen Erfolg für den Ort bringt.

Ein letzter und wichtiger Bereich ist die öffentliche Verwaltung. Dieser Kernbereich wurde und wird durch die Verwaltungsreform im Lande einer strukturellen, organisatorischen, aber auch personellen Veränderung zugeführt. Die Ergebnisse der Verwaltungskonzentration können sich sehen lassen! Wird das real umgesetzt, erreichen wir den Qualitätsstatus eines modernen Dienstleistungsbetriebes. Neue Managementmethoden, schlanke Organisation, flache Hierarchien und rundum alles mit integrierter Kostenermittlung und Kostenverrechnung sind neben Kompetenzausweitung und Zuständigkeitsvereinfachung die wesentlichen Merkmale dieser Reorganisation. Ausgliederungen wie bei der LIG oder anderen institutionellen Einrichtungen bewirken Einsparungspotentiale auf Personal- und Organisationsaufwand. Einige hundert Mitarbeiter in verschiedenen Abteilungen und Förderstellen könnten durch die Einrichtung einer sogenannten Förderbank, nach dem Modell der

**Ing. Pfeifenberger**

Landeskreditbank Baden Württemberg, zusammengefaßt und ausgegliedert werden. Diese Bank kann das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben unterstützen sowie im Interesse des Landes liegende Maßnahmen finanzieren und durchführen. Insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Siedlungswesen, Gemeinden, Wirtschaftsförderung, mit Bereitstellung von Risikokapital, Förderung der Forschung und Entwicklung, Betriebsansiedlung, Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz, wettbewerbsverbessernde Maßnahmen für die Wirtschaft, Förderung der Familien, Durchführung von Förderungsvorhaben des Landes und im Rahmen der erteilten Aufträge für Kultur und Wissenschaft.

Dieses Modell ist bereits vorgestellt worden. Ich glaube, wir sollten uns über diese Entscheidung gründlich unterhalten! Es wäre auch ein Ansatz gegeben, daß hier die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik durch eine Möglichkeit einer solchen Förderbank abgewickelt werden könnten. In diesem Modell sitzt im Aufsichtsrat die Landesregierung und sitzen weitere Spezialisten und Fachleute. In Kärnten wäre eine Zusammenlegung deshalb des Wirtschaftsförderungsfonds mit den Wohnbaugesellschaften als Wohnbaubank und den Förderabteilungen des Landes ein interessantes Vorhaben, das viele Synergien bringt. Im Hinblick auf eine zukünftige Partnersuche für die Hypo ist die Abwicklung von Wohnbauförderungsmitteln in einer neuen landeseigenen Förderbank ein Weg, auf dem privatwirtschaftliche Interessen nicht mit öffentlichen kollidieren.

Außerdem wäre durch die Einbringung der beiden Wohnbaugesellschaften eine ausreichende Kapitalausstattung und Bonität gegeben. Der Vorteil wäre die effiziente und evaluierte Vergabe von Förderungen, Haftungen und die Bereitstellung von Finanzierungen unter der Voraussetzung von Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Sparsamkeit! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Ich sage das deshalb so deutlich, weil es genügend Studien gibt, wo der Effekt von Wirtschaftsförderungen und anderen Förderungen unter 2 % liegt. Das ist weitestgehend eine reine Geldverschwendung und deckt oftmals nicht die Interessen der Bevölkerung. Die Bevölkerung zieht daraus oft sehr wenig Nutzen.

Ich schlage vor, daß wir dieses Modell einmal offiziell präsentieren und auch hier dem Landtag vorstellen.

Ich glaube, daß parallel dazu auch die Möglichkeit bestünde, wie auf der Bundesebene eine eigene Beschaffungsgesellschaft mit Zahlungskompetenz einzurichten, um auf diesem Wege beste Einkaufsmöglichkeiten und Konditionen und vor allem Sonderkonditionen bei der Skontierung zu lukrieren, die wiederum zweckgebunden für die Forschungsförderung eingesetzt werden sollten. Das Land Kärnten benötigt im Durchschnitt sage und schreibe mehr als drei Monate, bis eine Rechnung geprüft, verbucht und schließlich bezahlt wird. Da kann man keinesfalls von einem modernen Dienstleistungsunternehmen sprechen. Das ist maximal mittelalterliche Zahlungsmoral.

Ein letzter großer Bereich sind die Krankenanstalten. Kraft meiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates in der KABEG bin ich hier legitimiert, einige Überlegungen auszusprechen. Es ist höchste Zeit, eine klare, gut durchdachte und durch vorliegende Analysen bestätigte Entscheidung über die künftigen Gesundheitsstrukturen in Kärnten zu treffen. Wir haben fast zwei wertvolle Jahre des Nichtentscheidens vertan, erste Umsetzungsschritte zu vollziehen und alle wesentlichen Spieler im Kärntner Gesundheitswesen in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Diese Verhaltensweise der Gesundheitsreferenten hat dazu geführt, daß sie heute nicht federführend und maßgeblich an der Neugestaltung dieser Gesundheitseinrichtungen beteiligt sind. Die Menschen haben für politische Ränkespiele kein Verständnis! Die Patienten wollen optimal versorgt und betreut werden. Genau das wollen wir bewerkstelligen, indem wir rasch Entscheidungen herbeiführen und die Baumaßnahmen in Gang setzen. Am 15. Juni 2001 wird der Aufsichtsrat mit Mehrheit die Beschlüsse fassen. Sollte es einer politischen Gruppe hier vorschweben, diesen Entscheidungsprozeß noch einmal einzubremsen, dann wird diese Gruppe auch die Verantwortung für Nachteile und Mißstände zu Lasten der Patienten haben! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Wir haben durch sehr genaue Beobachtungen und Vorträge, durch Analysen und durch die



**Ing. Pfeifenberger**

Präsentation und Vorgabe von Experten wie Lohfert präzise Entscheidungsgrundlagen bekommen, mit denen wir die ersten wichtigen Grundsatzbeschlüsse fassen können.

Klagenfurt wird rückgebaut. Die Struktur muß freundlich ausgestaltet werden, so daß sich Patient und Bediensteter während der Pflege- und Arbeitszeit wohl fühlen und beste Leistungen erbringen können. Möglichst aufgelockerte Bau-substanz und viel Tageslicht sind unverzichtbare Erfordernisse. Diese Aufgabe obliegt den beauftragten Architekten. Alle anderen Krankenhäuser sind mittelfristig verstärkt einzubinden; bei genauer Untersuchung, Kostenanalyse und Personalstruktur zu analysieren. Auch die niedergelassenen Ärzte werden zukünftig mehr Arbeitsleistungen des öffentlichen Gesundheitswesens erbringen müssen. Einzelpraxen sind nicht in der Lage, kostenmäßig und qualitativ Standards auf Dauer zu sichern und den Patienten bestmöglich zu versorgen. Ebenso schade ist es, daß die Leistungsangebotserstellung zwei Jahre nicht umgesetzt wurde. In der Zwischenzeit wird immer noch versucht, hausgemachte Vorschläge mehrheitlich durchzuboxen und so praktisch uns den Weg für eine zukunftsorientierte Entscheidung zu nehmen.

Deshalb hat die Landesregierung mehrheitlich Dr. Köck beauftragt, diese Leistungsangebotserstellung dringend erstellen zu lassen. Ohne diese Bewertung ist eine Strukturplanung nicht möglich. Ohne die Bereitschaft, „Königreiche“ im Gesundheitswesen aufzugeben und die Synergien durch optimale Ablauf- und Personalorganisation positiv und kostensparend zu nutzen, wird es keine neuen Freiräume für Zukunftsinvestitionen im Gesundheitswesen geben.

Die Verantwortung liegt bei der Politik, den handelnden Personen im Management die Aufträge zu erteilen und dann Ergebnisse einzufordern. Kein Standort muß zugesperrt werden, wenn wir hier langfristige Überlegungen anstellen und wirtschaftliche kostenschonende Versorgungsleistungsangebote umsetzen. Auch die eingesparten Geldmittel im Bereich der KABEG und des Krankenanstaltenfonds sollten wiederum zweckgebunden für den Investitionsbereich eingesetzt werden. Ein neues Dienstrecht ist hier eine Mußvorgabe an die Politik. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Das Landeskrankenhaus Klagenfurt wird zum Schwerpunktkrankenhaus ausgebaut, wo medizinische Spitzenleistungen angeboten werden können. Das kann aus Kostengründen nur einmal angeboten werden. Überlegungen, in Regionalkrankenhäusern teure Spitzenmedizin anzubieten, halte ich für ausgeschlossen und unfinanzierbar; vielmehr müssen Kooperationen zwischen den peripheren und den Zentralkrankenhäusern zustande kommen, um Auslastungsprobleme der sogenannten kleinen Häuser zu kompensieren. Voraussetzung ist aber auch, daß unter denselben Bedingungen Leistungen erbracht und abgerechnet werden. Transparenz und vergleichendes Controlling durch ein einheitliches KKF-Schema ist unbedingt erforderlich und vom Mitteleinsatz logisch. Auch der extramurale Bereich muß parallel dazu mitentwickelt werden.

Dort ist es dringend notwendig, mit der Gebietskrankenkasse neue Vereinbarungen über Leistungshonorierungen zu gestalten. Ein modernes Gesundheitssystem ist gesamtheitlich, mit allen vorhandenen Anbietern und Dienstleistern, unter einer klaren Aufgabenteilung und präzisen Leistungsvorgaben und Leistungsabgeltungen darzustellen. Diese Frage hat der Aufsichtsrat unter meinem Vorsitz im nächsten Jahr zu bewältigen. Die Dienstnehmer haben ein Recht auf Sicherheit in der Zukunft. Sie haben ein Recht auf eine rasche, gut durchdachte Umsetzung des Umbaus des LKHs Klagenfurt und geben damit anderen Kollegen in den Regionalkrankenhäusern auch die Chance, dort ihren Arbeitsplatz zu erhalten. Denn der akkordierte Rückbau der Kapazitäten in Klagenfurt ist in Wirklichkeit die Überlebenschance der anderen Häuser. Diese Botschaft sollen alle aufnehmen! Die Politik muß hier ein klares Commitment abgeben, was in den nächsten Wochen und Monaten zu tun ist. Ich habe kein Interesse, mich hier in langen Diskussionen aufhalten zu lassen. Wichtig ist, daß Information intensiv bewältigt wird, daß alle medizinischen und kaufmännischen Leiter der einzelnen Phasen des Entscheidungsprozesses eingebunden sind und hier auch mitarbeiten. Es wird für alle eine win-win-Situation geben.

Aber auch der Betriebsrat ist aufgefordert, hier nicht destruktiv zu arbeiten, sondern sich seiner Verantwortung für die Mitarbeiter bewußt zu

**Ing. Pfeifenberger**

sein. Ich halte nichts davon, alles zu verlangen, alles zu torpedieren und zu bekämpfen, aber wenn es um Budgetbeschlüsse und Grundsatzentscheidungen geht, sich dann dagegen zu verwehren. Das ist eine Politik der verbrannten Erde. Diese Vorgangsweise werden wir nicht akzeptieren! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Zwischenruf des Abg. Arbeiter.)*

Wir werden auch allen Mitarbeitern eine sachliche Information auf den Tisch legen, um dann die Akzeptanz und die Zustimmung für unsere Entscheidungen zu bekommen. Wir sitzen hier alle im selben Boot. Bauen wir ein modernes, menschenfreundliches, patientenorientiertes Krankenhaus Klagenfurt - nicht ein fabrikmäßiges, mit Fließbandorganisation ausgestattetes, finsternes Gebäude mit wenig Tageslicht und ewig langen Gängen!

Geschätzte Damen und Herren! Das war ein relativ kurzer Auszug aus verschiedenen Kapiteln des in Zahlen gegossenen Budgets 2002. Es ist das in Zahlen gegossene Willensbekenntnis der demokratischen Mehrheit dieses Landes, welches die Verbesserung der Lebenssituation der Kärntnerinnen und Kärntner anstrebt. Diese Verbesserung wird deutlich erkennbar, wenn man die vielen Schwerpunkte dieses Reformwerkes analysiert. Für die Familien viel mehr Geld durch das Kindergeld, das Schulstartgeld und die erhöhte Familienförderung. Für die Hilfsbedürftigen und sozial Schwachen eine massive Aufstockung der Mittel. Das Aufholprogramm für den ländlichen Raum. Dort, wo die Kaufkraft und Arbeitsplatzsituation schlecht ist, greift dieses Budget ein und bringt einen gerechten Ausgleich. Das ist Zukunftspolitik für Kärnten!

Durch den enormen Schuldenabbau von elf Milliarden Schilling bekommen wir zusätzliche Freiräume zur Zukunftssicherung unseres Landes. Diese soziale und belastungsfreie Finanzpolitik bringt dem Land und den Menschen wieder Zuversicht und Vertrauen in die Politik insgesamt. Keine einzige Belastung im Budget, Milliarden an neuen Investitionen, mehr Geld für die Kinder und Familien, Verstärkung der Bildungsinvestitionen für die Jugend, zusätzliches Geld für die Gemeinden - das sind wesentliche Eckpunkte einer modernen und auf die Bedürfnisse der Menschen eingehenden Finanzpolitik. Die-

ses Land blüht auf! Die Stimmung und Motivation ist so gut wie noch nie! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Die Wirtschaft schöpft wieder Mut zu verstärkten Investitionen, weil sie erkennt, daß hier unternehmerisch und kompetent gearbeitet wird. Alle Strukturen sind umgestellt und einflußfrei von Parteipolitik arbeitsfähig. Fachleute entscheiden bei wichtigen Weichenstellungen und beraten die Politik. Dieses Land gewinnt jeden Tag neue Chancen dazu. Wir sind nicht mehr die „Verlierer der Nation“; wir befinden uns bereits im guten Mittelfeld des Wettbewerbs. Auch internationales Interesse bei Betriebsansiedlungen ist durch namhafte Investoren bestätigt worden. Kärnten befindet sich auf einem guten Weg. Kärnten hat den turn-around geschafft, Kärnten holt auf! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Ich fordere alle Kollegen und Kolleginnen auf, diesen Weg mit uns zu gehen. Diese Leistungen können sich sehen lassen, diese Leistungen können auch Sie nach außen vertreten. Genieren Sie sich nicht, das anzuerkennen, zum Wohle der Bevölkerung und der vielen Gäste, die bei uns auf Urlaub weilen. Kärnten hat ein solches Image nicht verdient. Das sollten auch die geschätzten Medienvertreter berücksichtigen. Auch die Berichterstattung kann einen positiven Beitrag zu unserem Image leisten. Wo Streit gesät wird, bleibt immer was hängen.

Ich ersuche Sie, geschätzte Damen und Herren auf der Medienbank, im Namen des Landes, tun Sie das nicht mir zuliebe, sondern bringen dieses Wohlwollen dem Lande gegenüber auf. Wir bemühen uns alle redlich, wir haben auch Familien und Freunde, wir arbeiten auch fleißig und uneigennützig jeden Tag mehr als 14 Stunden für dieses Land und für diese Menschen. Wir halten das schon aus, wenn man uns berechtigterweise kritisiert. Haben Sie aber auch die Fairneß, gemeinsam erbrachte Leistungen für das Land auch als solche sachlich darzustellen. Das funktioniert in anderen Bundesländern auch, vergleichen Sie dazu einmal die Steiermark.

Ich wünsche mir, daß die getroffenen Entscheidungen, welche diesem Budget zugrunde liegen, den Menschen im Lande neue, ernstzunehmende Chancen bringen. Die gesetzten Schwerpunkte

**Ing. Pfeifenberger**

werden mit Sicherheit zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen aller Landesbürger beitragen. Wir wollen weiterhin eine Politik für die Bürger, für eine gerechte Verteilung der Finanzmittel und für mehr Solidarität für die Schwachen eintreten. Damit legen wir den Grundstein zu einem Neuanfang in Kärnten, der mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätze und mehr Einkommen schafft und Kärnten interessant macht. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Ich bin fest überzeugt, daß diese Erneuerung wirklich gelungen ist. Ich bedanke mich beim Herrn Landeshauptmann, bei meinen Regierungskollegen, bei den Damen und Herren Abgeordneten für die freundschaftliche Zusammenarbeit und empfehle Ihnen zum Schluß meiner Ausführungen, das Budget 2002 für Kärnten zu beschließen.

Danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit ! *(Der Landeshauptmann und die Abgeordneten der FPÖ-Fraktion erheben sich und applaudieren heftig!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Das war die Budgeteinbegleitung zum Voranschlag für das Jahr 2002, die der Herr Landesfinanzreferent, einer langjährigen Tradition entsprechend, nicht von der Regierungsbank sondern vom Rednerpult aus gehalten hat. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt und wir kommen zum 2. Tagesordnungspunkt.

**2. Ldtgs.Zl. 290-5/28:**

**Bericht und Antrag des Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Verkauf von Gesellschaftsanteilen des Landes an der Kärntner Energieholding Beteiligungs GmbH an die RWE PLUS AG und Abschluß des Optionsvertrages**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Lobnig. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technolo-

gieausschuß ist die erste Lesung erfolgt. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren! *(Unruhe in der SPÖ-Fraktion)* Die Kärntner Energieholding und Beteiligungs GmbH wurde am 11. Jänner 2000 gegründet, Alleineigentum des Landes Kärnten am Kapital und zwar zu 100 %. So wurde damals im Wege des Sacheinlageverfahrens begründet, daß die Anteile des Landes Kärnten an der KELAG hier eingebracht wurden und hier zu 100 % vom Land Kärnten gehalten werden. Kaufgegenstand dieser heutigen Beschlußfassung des Vertrages ist eben der Verkauf der 49 % Anteile am Stammkapital und zwar entspricht das dem Nennbetrag von Euro 18,206.579,02. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 4.183 Millionen Schilling und wurde eben an den Bestbieter oder günstigsten Bieter, an die Firma RWE Aktiengesellschaft erteilt. Es gibt in der Anlage dazu auch einen Optionsvertrag mit einer put & call-Option, wonach eben die restlichen Anteile nur von 50 %, das heißt ein Prozent soll im Eigentum des Landes nach wie vor verbleiben, daß die 50 % frühestens nach Ablauf von drei Jahren spätestens nach Ablauf von acht Jahren auch von der Käuferin erworben werden können. Soweit meine Ausführung.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

*(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Dr. Wutte das Wort.)*

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frage der Energiepolitik in Kärnten kann, glaube ich, nicht losgelöst sein von einer kurzen historischen Betrachtung und einem kurzen Ausblick auch auf das Umfeld der energiepolitischen Situation und die Rahmenbedingungen, wie sie sich in Kärnten, in Österreich und Europa darstellen. *(Um 12.06 Uhr übernimmt 2. Präs. Ferlitsch den Vorsitz.)*

Ich glaube, wir sind jetzt an einem Umbruch der Rahmenbedingungen angelangt, insofern als wir

**Dr. Wutte**

gerade auch im Bereich der Stromversorgung und des Stromverkaufs mit dem Beitritt zur Europäischen Union und damit auch mit der Liberalisierung des Strommarktes zu einer völlig neuen und geänderten Situation gekommen sind. War es nach dem Krieg so, daß im Rahmen des Wiederaufbaus doch der Staat auch die Frage der Grundversorgung, des Aufbaus und der Zurverfügungstellung von Elektrizität, wie es damals noch eher - möchte ich sagen - semantisch veraltet geheißen hat, so geht es heute darum, andere Ziele auch in der Energiepolitik zu verfolgen und auch zu erreichen. Es hat sich insofern auch einiges gewandelt, daß wir ja durch die Liberalisierung keine monopolartige Mangelsituation mehr haben, sondern daß wir durch die Entwicklung auch der Stromerzeuger in ganz Europa auch durch alternative Formen, die ja in Österreich keine Möglichkeit der Erzeugung haben, zu einem - möchte ich fast sagen - Überfluß auch des Angebots gekommen sind. Zu einem Zeitpunkt, wo es monopolartige Grundversorgungsstrukturen in der Form, wie sie vor vierzig, fünfzig Jahren notwendig und gerechtfertigt waren, nicht mehr gibt, ist dafür ein Umdenken erforderlich.

Die Kärntner Volkspartei hat schon seit Jahren darauf hingewiesen, daß eine Sanierung der KELAG unabdingbar notwendig ist, weil sie ja auch als Geschäftsstelle sozusagen der Politik in vielen Jahrzehnten im Lande Kärnten mißbräuchlich verwendet worden ist. Das darf man politisch auch einmal anmerken. Und daß hier nicht nur Energiepolitik, sondern auch Personal- und Parteipolitik gemacht wurde in der KELAG, so daß wir schon vor langer Zeit angemerkt haben, daß auch die KELAG eine Strukturveränderung erfahren muß; in Hinblick auf eine schlankere, effizientere, objektivere und weniger parteipolitisierte Struktur erhält. Wir haben daher schon seit Jahren darauf gedrängt, eine Privatisierung durchzuführen. Diese kann aber nur erst jetzt erfolgen, weil ja in den letzten Jahren erst die Vorbereitung der Attraktivität der KELAG, die Struktur sozusagen, auch gesundet werden mußte. Jetzt ist es so weit, daß wir hier im vergangenen Jahr den Schritt gesetzt haben. Es war im Mai des Vorjahres, daß wir als Kärntner Landtag auch die Zustimmung gegeben haben, die Anteile des Landes an der KELAG in eine eigene Holding zu übertragen, in die KEH, kurz

gesagt: Energie Holding Kärnten, und daß wir gleichzeitig seitens des Landtages auch den Auftrag gegeben haben, von dieser Holding 49% an einen strategischen Partner abzugeben. Ich glaube, daß man heute nach einem Jahr nach Findung dieses Partners und nach Abschluß dieser Durchführungsmaßnahme sagen kann, daß die Partnersuche richtig verlaufen ist, daß es eine weitgesteckte Suche war, daß man keine Möglichkeiten außer Betracht gelassen hat, daß man sich aber doch auch auf wichtige Zielvorstellungen konkretisiert hat und hier auch deponiert hat, was uns wichtig ist. Wichtig ist uns, und da sind wir uns gemeinsam einig, wichtig ist uns die Aufrechterhaltung jener Strukturen, die im Lande vorhanden sind, insbesondere was den Standort der Energieagentur, oder des Energieunternehmens betrifft, was die qualitativen Arbeitsplätze, aber auch quantitativen Arbeitsplätze betrifft und was die Kooperationsmöglichkeiten der KELAG mit einem strategischen Partner bedeutet. Es ging darum, den Nachteil der geographischen Randlage, den wir in vielen anderen verkehrs- und wirtschaftspolitischen Themenstellungen als Kärntner haben, daß wir diesen Nachteil auch einmal zu einem Vorteil werden ließen. Nämlich insofern, daß man einen strategischen Partner sucht, der diesen Standort Kärnten als Randregion auch für den hereinstrebenden, wirtschaftlich hereinstrebenden Süden und Südosten Europas nutzen kann. Und dieses Esset wurde logischerweise auch in den Verhandlungen bei der Partnersuche ausgespielt.

Wenn es nicht zu einer österreichischen Lösung gekommen ist, dann liegt das sicher nicht an Kärnten, nicht an den Verhandlern, nicht an der Landungspolitik - ich sag das explizit - sondern dann liegt das an dem Mangel der Durchsetzung oder auch an der Phantasie jener, die für die österreichische Energiepolitik insgesamt zuständig sind. Ich sage das durchaus offen und auch kritisch in Richtung der Bundesregierung, insofern als es nicht sein kann, daß man von allen Bundesländern österreichische Lösungen erwartet, insbesondere von einem kleinen Bundesland, aber in den großen Bundesländern nichts dazu beiträgt, diese österreichische Lösung zu unterstützen und ihr zum Durchbruch zu verhelfen.

Es hat auch im Bereich des Verbundkonzernes sicher einen Mangel an Flexibilität gegeben und

**Dr. Wutte**

einen Mangel an innerer Veränderungsbereitschaft insofern, daß man gemeint hat - so wie es jetzt auch gestern im Wirtschaftsblatt gestanden ist, was die oberösterreichische Energieunternehmung betrifft: der Verbund steht nach wie vor auf dem Standpunkt "Wir wollen 51%, alles andere interessiert uns nicht." Das heißt, man ist seitens des Verbundes von völlig falschen Voraussetzungen ausgegangen. Landesrat Wurmitzer hat es plakativ so formuliert, in dem er gesagt hat: der Verbund hat sich beim falschen Fenster hinausgelehnt. Das stimmt leider. Es wäre durchaus auch wünschenswert und sinnvoll gewesen, eine österreichische Gesamtlösung zu erzeugen, aber mit dieser Verhandlungseinstellung des Verbundes war es letztlich bedauerlicherweise nicht möglich. Und es wird auch der oberösterreichischen Gesellschaft nichts anderes übrigbleiben, als andere Partner zu suchen, wie man gestern auch hier nachlesen konnte. Es ist zweitens so, daß auch die Steiermark einen anderen Partner außerhalb der Grenzen Österreichs gesucht und gefunden hat, so daß wir hier wirklich nicht schuldhaft vorgegangen sind, das Land Kärnten, sondern in Wahrheit keine Alternativen hatten zu dieser Partnerlösung, die mit der RWE ansteht.

Was mich in dem ganzen Zusammenhang ein wenig überrascht hat, aber letztlich doch auch gefreut, weil es ja eine einstimmige Entscheidung in der Regierung, im Aufsichtsrat gegeben hat und wahrscheinlich auch im Kärntner Landtag geben wird, daß die SPÖ diesen Schritt sehr rasch und sehr vorbehaltlos mitvollzogen hat. Es hat ja eindringliche Schreiben auch der Belegschaftsvertreter gegeben, einer RWE-Lösung zuzustimmen. Es steht in einem gewissen Widerspruch und in einem gewissen - ich möchte sagen - ja in einem Widerspruch und in einem komischen Verhältnis dazu, daß der Bundesparteiobmann der SPÖ gleichzeitig seinen Unmut darüber geäußert hat, daß die Kärntner SPÖ dieser Lösung so kritiklos und ansatzlos zugestimmt hat. Ich bin erfreut ... (*LH-Stv. Dr. Ambrozy: Unserer redet wenigstens was!*) Ja, aber nichts gescheites, das ist das Problem! (*Heiterkeit in der ÖVP- und FPÖ-Fraktion*) Es ist vielleicht gut so, daß er sich erst jetzt eingeschaltet hat, wo die SPÖ Kärnten diesen Weg erfreulicherweise gemeinsam mittragen möchte.

Wir haben noch einen Punkt besonders zu behandeln. Es ist jener, der ja konsequent analysiert über den vom Landtag gefaßten Gundsatzbeschluß hinausgeht, nämlich: war unser Beschluß vor einem Jahr jener, 49% der Anteile an die KEH abzutreten, dann ist heute die Situation so, daß wir diesen 49%igen Abtretungsbeschluß ergänzen durch eine Optionseinräumung, im Sinne einer put & call-Option für den strategischen Partner auch bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, was eine Änderung der gesetzlichen Voraussetzungen bedeuten würde, auch eine Möglichkeit des Anbietens oder des Abnehmens der weiteren Anteile des Landes in der KEH bedeutet. Das heißt, konkret und deutsch gesagt, daß es am Bund liegt und da wieder an einer Zweidrittelmehrheit des Nationalrates, die Voraussetzungen so zu belassen, wie sie sind oder sie zu verändern, um im Rahmen der bundesgesetzlichen Vorgaben eine weitere Übernahme von Anteilen durch einen Partner, der RWE heißt, rechtlich zu ermöglichen oder zu verhindern.

Das heißt aber auch, daß das Angebot letztlich in diese Richtung zielt, heißt auch, daß das durchaus eine Chance für das Land ist, im richtigen Zeitpunkt beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, das anzubieten, was dem Kärntner Land dann noch gehört. Es ist ja nicht so, daß wir für alle Zeiten einen strategischen Vorteil beziehen, daß die Gesellschaftsanteile auch im Land Kärnten sind. Es kann bei diesem liberalisierten Markt und Wettbewerb eine Situation eintreten, daß wir vielleicht auch möchten, daß eine Gesellschaft uns weitere Anteile abnimmt.

Was mich ein bißchen nicht irritiert, aber was ich auch angemerkt habe, bei der Durchsicht der Unterlagen, ist, daß wir alles unternehmen sollen, daß eine Strompreissenkung durch die Herannahme des strategischen Partners möglich ist und wir alles unterlassen sollen, was eine solche erschwert oder behindert. Ich bin also nicht ganz glücklich über die Einschränkung oder Änderung des Gesellschaftsauftrages im Bereich der KEH, wo wir unter Position 1 die Formulierung gehabt haben: „Ziel des Unternehmens ist eine Minimierung der Kosten für die Stromabnehmer.“ Jetzt ist das Ziel doch ein wenig verändert, in Richtung Marktkonformität der Bedingungen

**Dr. Wutte**

für die Stromabnehmer umformuliert. Ich hoffe nicht, daß das die notwendigen und wünschenswerten Strompreissenkungen erschwert, für die wir, glaube ich, auch alle gemeinsam politisch eintreten, was ich hier für die Kärntner Volkspartei auch klar und deutlich definieren möchte. Der Spielraum ist besser und größer geworden. Wir haben hier die Möglichkeiten, Kostensenkungen für die Stromabnehmer in der Wirtschaft und in den Privathaushalten vorzunehmen. Das sollten wir daher auch ohne Aufschub tun und uns nicht in die falsche Richtung drängen lassen.

Was die Situation betrifft, was der Ursprungsauftrag in Richtung Abtretung von 49 % bedeutet und daß wir heute einen Optionsvertrag auch für put & call-Optionen einräumen, da möchte ich vielleicht anregen, daß der Aufsichtsrat der Kärntner Energieholding auch die Überlegung anstellt, die Geschäftsführerprovisionen, die ja aufgrund des Erstauftrages des Kärntner Landtages ermittelt und errechnet worden sind, auch dahingehend anzupassen, daß es ja das jetzt vorliegende preisliche Angebot ist, das auch auf der Einräumung der Option für die weiteren Anteile beruht. Ich meine, man sollte die Geschäftsführerprovisionen um diese Optionsprämie bereinigen und daher vielleicht zu adäquateren Provisionszahlungen für die sonst durchaus erfolgreich tätigen Geschäftsführer kommen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Ich glaube, daß das durchaus auch ein Teil wäre, der im Aufsichtsrat, in dem ja die Kärntner Landesregierung vertreten ist, noch einmal behandelt werden kann, um hier auch eine transparentere oder noch einfacher nachvollziehbare Lösung in diesem Punkt zu finden.

Wenn ich zum Schluß noch den Ausblick auf die Frage der weiteren Zukunft der Landesholding machen darf, dann deshalb, weil auch der Finanzreferent hier eine Brücke in diese Richtung geschlagen hat. Ich meine, wir sollten auch was die weiteren Privatisierungsschritte bedeutet, insbesondere die Frage der Hypo Kärnten oder anderer Beteiligungen, die das Land noch hält, hier in ähnlicher Weise behutsam und professionell Schritt für Schritt vorgehen.

Wir waren ja selbst jene, als Kärntner Volkspartei, die vor einem Jahr auch den Vorschlag gemacht haben, bei der Hypo einen weiteren Privatisierungsschritt zu setzen, und zwar in einer Zeit, wo wir von anderen Fraktionen eher kritisiert worden sind für diesen Vorschlag. Mittlerweile zählt er zum Allgemeingut. Ich glaube, daß es doch vernünftige Gründe gibt, im Bereich der Hypo zu weiteren strategischen Überlegungen zu kommen. Ich meine nur, die sollten nicht seitens des Finanzreferenten, oder durch wen immer, hier kategorisch und etwas unüberlegt in die Öffentlichkeit gebracht werden, sondern das muß ein klares Konzept haben. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Die erste Voraussetzung ist die Struktur der Holding selbst. Die Holding wird ja in den nächsten Wochen die effektive Arbeit aufnehmen. Es soll dort - wieder gemeinsam mit Experten und Beratern - ein Weg gesucht werden, wie wir zu einer bestmöglichen Lösung für die Bank des Landes, für die Beteiligung des Landes an dieser Bank, aber auch für die Gestionierung des Landes selbst kommen können.

Wenn wir uns einen Maßstab nehmen aus dem, wie die KELAG-Sache abgewickelt wurde, dann kann das durchaus auch ein Vorbild für die weitere Abhaltung der Privatisierungsschritte im Bereich der Hypobank sein. Ich bin daher zuversichtlich, daß wir auch in der Holdingfrage und den übrigen Landesbeteiligungen zu ähnlich guten Lösungen kommen werden. Als Kärntner Volkspartei werden wir jedenfalls sehr darauf schauen, daß hierbei die Spielregeln eingehalten werden und daß am Ende unterm Strich das bestmögliche Ergebnis für Kärnten herauskommt. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Unterrieder das Wort.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Unterrieder das Wort.)*

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Kurz einige Anmerkungen zu meinem Vorredner. Ich glaube, das ist jetzt sehr gut gelungen, nachdem es eine interne starke Diskussion in der Österreichischen Volkspartei gegeben hat, welche Richtung man gehen sollte. Es hat dann eine Abstimmung gegeben, und jetzt hast du das eigentlich sehr verantwortungsbehaftet als Klubobmann für deine Partei hier deponiert, *(Abg. Dr. Wutte: So, wie üblich, Adi!)* den Verkauf der KELAG an den Bestbieter, der

## Unterrieder

eigentlich aufgrund der Rahmenbedingungen erfolgt ist, die ja die KELAG zu erstellen hatte. In den Ausschreibungsverfahren war halt der jetzt ... Der jetzt die Anteile kaufen kann, der hat halt in den Punkten - das war ein sehr neutrales Verfahren - diese Voraussetzungen am besten erfüllt.

Wir als Sozialdemokraten haben größten Wert darauf gelegt. Der KELAG-Verkauf war ja schon einmal Thema in diesem Kärntner Landtag. Da sind wir im Hof unten gestanden und haben den Verkauf der KELAG verhindert, weil es damals keine neue Situation am Strommarkt gegeben hat. Jetzt ist natürlich eine neue Situation österreichweit und europaweit zu sehen, daß man eben, wenn es um die Liberalisierung des Strombezuges geht, schauen muß, daß unser Unternehmen, die KELAG, nicht unter die Räder kommt. Das war eigentlich die Grundintention.

Ich möchte ganz an den Beginn meiner Ausführungen stellen: Die KELAG ist ein modernst geführtes Unternehmen. Da haben die Leute, die dort Verantwortung tragen, bis hin zu den untersten Bereichen, in den vielen Jahren große Verantwortung gezeigt. Die KELAG ist modern strukturiert. Sie hat von den Schaltzentralen her, vergleichbar mit dem jetzigen Käufer, modernsten Standard, das heißt die KELAG ist eine interessante Braut für die gewesen, die eben Ausschau gehalten haben, aus dem europäischen oder dem österreichischen Bereich.

Ich möchte etwas feststellen: Der Verbund hat damals die ÖDK gekauft. Das Bild, das entstanden ist, ist eigentlich das gewesen, daß die Leute nicht mehr vertrauen. In der ganzen Diskussion, die jetzt stattgefunden hat, muß man auch eines feststellen: Der Verbund hat in diesem Bereich halt 51% haben wollen. Das war nicht möglich. Das war auch nicht Grundlage dieser Ausschreibung. Worum es uns als Sozialdemokraten geht ... (*Zwischenruf des Abg. Ramsbacher*) Nein, man kann nicht zwei Sachen machen, Herr Kollege Ramsbacher. Entweder man gibt Leuten den Auftrag, daß sie nach Bedingungen klare Ausschreibungen machen; dann haben die, die anbieten, diese Bedingungen zu erfüllen. Wenn sie sie nicht erfüllen, dann sind sie normal auszuschneiden. So ist es im Geschäft. So ist es in der Wirtschaft. Deswegen ist diesmal sehr klar

und deutlich auf dem Tisch gelegen, in welche Richtung das Ganze geht. Das ist eben so gewesen. Aus dem Grund ist die Entscheidung auch von unserer Seite so mitzutragen.

Wir haben zum Beispiel das „KELSTRAT“ gehabt. Das war ein modernes Konzept, welches in der KELAG realisiert worden ist. Ich war selbst in vielen Diskussionen dabei, mit den Belegschaften draußen, mit den Leuten. Es war gar nicht so einfach, dieses Konzept zu erstellen - das von allen mitgetragen wird -, aber dieses Konzept hat natürlich unser Energieunternehmen in eine Topsituation gehabt. Wir haben gute Kraftwerke, wir haben moderne Einrichtungen und wir haben gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen wir auch in Zukunft einen Schutz bieten wollen. Gerade aus dem Grund ist auch der jetzige Partner der, der am ehesten das gewährleisten wird können, weil eben der Standort für diesen Partner, für die RWE, interessant ist für den Süden Europas und vor allem, weil der Standort und das Personal, das hier zur Verfügung steht, Garantie ist in die Richtung, daß sie am Strommarkt weiterhin punkten werden.

Wenn wir darüber diskutieren: Wir sind natürlich als Sozialdemokraten für eine Strompreissenkung. Man soll nur die Strompreissenkung nicht jedesmal versprechen, und dann kommt sie nicht. (*Abg. Dr. Strutz: Stimmt ja gar nicht. Ist noch jede gekommen!*) Wir wollen, wenn man jetzt wieder von einer Strompreissenkung spricht, endlich haben, daß die Leute etwas davon spüren und daß der Strompreis gesenkt wird, aber nicht nur im gewerblichen und industriellen Bereich, sondern vergessen wir nicht die Haushalte, die den Strom auch zu bezahlen haben! (*Abg. Dr. Strutz. Haben wir alle schon gespürt. Jeder Haushalt!*) Nicht, daß dann die die Zahler für Strompreissenkungen sind, die unter Umständen in anderen Bereichen erfolgt - gegen das ich nichts habe. Wenn Strompreissenkung, dann Strompreissenkung in allen Bereichen.

Herr Kollege Wutte, du hast dir heute wegen der Provisionen große Sorgen gemacht. Ich muß auch sagen, das ist natürlich für die Menschen in unserem Lande unverständlich, wenn man dann die Summen liest. Hoffentlich kommst du und Kollege Strutz nicht demnächst in die Situation, nachdem ihr jetzt die Hypo-Angelegenheit mit

## Unterrieder

zu behandeln habt, daß ihr unter Umständen auch Provisionsverträge kriegt. *(Abg. Dr. Wutte: Keinen Schilling!)* Ich mache mir große Sorgen, zu deinem eigenen Schutz. *(Abg. Dr. Wutte: So kannst aber nur du denken!)* Ja, ja. *(Der Redner lacht.)*

Abschließend darf ich feststellen, und das ist genau das, was ich heute in der Aktuellen Stunde gesagt habe: Dort, wo es um Einrichtungen des Landes geht, dort wo wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen sind - ob das die Holdingangelegenheit ist, ob es jetzt die KELAG ist, ob es die vier Milliarden Schilling bei der Wohnbauförderung waren, die erste Tranche -, sind wir als Sozialdemokraten bereit, zum Schutz eben der Beschäftigten in den Betrieben für die Zukunft eines Unternehmens hier mitzutragen. Was in der Wirtschaft sich entwickelt, wo etwas hinführt, in einer so schnellebigen Zeit, das weiß kein Mensch. Jede Voraussage und Prognose ist sehr schwierig. Aber ich glaube, daß wir mit dem jetzigen Partner für die KELAG, als unser Energieversorgungsunternehmen in diesem Lande, einen exzellenten Partner gesucht und gefunden haben. Mit dem sollten wir gemeinsam schauen, daß sich die KELAG weiterentwickelt: in Richtung günstigerer Strom und in Richtung unter Umständen auch mehr Beschäftigung, weil es strategisch interessante Bereiche gibt, die diese große Organisation auch brauchen.

In diesem Sinne werden wir als Sozialdemokraten natürlich diesem Punkt zustimmen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag das Wort.)*

Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der heutige Beschluß, der zu fassen ist, umfaßt sicherlich eines der größten Geschäfte, welches das Land Kärnten bisher in die Wege geleitet hat und umzusetzen beabsichtigt. Ich meine, das, was wir heute machen - darauf hat mein Vorredner schon hingewiesen -, ist über zehn Jahre zu überschauen. Wir können heute nicht sagen, was in zehn Jahren wiederum sein wird. Aber insgesamt, glaube ich, haben wir hier in Kärnten mit großer Voraussicht und mit gro-

ßer Verantwortung diese Angelegenheit gemeistert.

Wenn man in den anderen Bundesländern die Troubles und die Probleme betrachtet, die jetzt anstehen, kurz vor der Öffnung der Strom-Liberalisierung, dann können wir mit Stolz sagen: Kärnten hat hier sicherlich einen Weg beschritten, der beispielhaft ist, vorbildlich für Österreich, aber in erster Linie vorteilhaft für Kärnten, für die Bevölkerung und für die Kärntner Wirtschaft.

Wenn wir heute von einem 49%igen Verkauf unserer Anteile des Landes an die RWE sprechen, dann ist das schon von sehr großer Bedeutung: ist es doch gelungen, aus einer 64%igen Beteiligung heraus durch eine Zwischenholding doch eine Möglichkeit zu schaffen, trotz Abgabe von 34 % noch immer die Mehrheit und das Sagen in diesem Unternehmen zu erhalten. Ich meine, daß die Rechtfertigung und hervorragende Vorbereitung uns heute die Diskussion und die Abstimmung wesentlich erleichtern. Das ist auch ein Highlight der Kärntner Politik, neben jenem, das wir mit der Teilprivatisierung der Hypo damals erleben konnten, eine sehr gediegene und sehr gute Vorbereitung, letztlich ein Schulterschuß der Parteien, zum Wohle und zum Vorteil Kärntens und damit auch der Menschen, die hier leben.

Es waren - und ich darf das in Erinnerung rufen! - die Zielvorgaben für dieses Geschäft folgende, daß nicht die Ertragsmaximierung im Vordergrund gestanden ist, wobei wir natürlich gerne einen maximalen wirtschaftlichen Erfolg haben, sondern in erster Linie, daß das Land die Mehrheit und das Sagen behält; zweitens die Erhaltung dieses wichtigen KELAG-Standortes hier im Lande; drittens die damit mögliche Erhaltung der Arbeitsplätze und, wenn möglich, auch deren Vermehrung. Viertens waren es auch die zukünftigen Aktivitäten, die der Partner im Auge hat. Das waren die Prioritäten, die Zielvorgaben. Ich muß sagen, diese Zielvorgaben konnten praktisch zu 100 % erfüllt werden.

Niemand von uns hätte sich dieses Ergebnis erwarten können. Denn es sind ganz, ganz wichtige Verhandlungserfolge und -ergebnisse erzielt worden, nämlich daß das Land weiter das Sagen in diesem Unternehmen hat, daß der Betriebs-



**Dipl.-Ing. Freunschlag**

standort Kärnten gesichert ist, daß die Chancen für das Wachstum und den Ausbau des Unternehmens absolut gegeben sind und daß wir in der RWE einen Partner gefunden haben - und das erscheint mir als wichtig - der einem Ausstiegsszenario für die Atomnutzung beigetreten ist und plant. Das heißt also, dieser Partner ist nicht der Partner, der zusätzliche Atomkraftwerke errichten wird, sondern der ebenfalls auf unserer Linie liegt. Ich möchte hier im Einzelnen doch noch einige Punkte erwähnen. Jetzt ist ja vieles hier schon gesagt worden.

Zur Standortsicherung: Ich meine, daß es für Kärnten wichtig ist, daß dieser riesige Konzern mit fast 200.000 Mitarbeitern und fast 700 Milliarden Umsatz im Jahr nun in Österreich, in Kärnten, in Klagenfurt die Österreichzentrale errichtet, um den Strom ab Herbst nicht nur hier in Österreich zu verkaufen, sondern daß er natürlich auch neue Geschäftsfelder in den Alpen-Adria-Raum hinein entwickeln wird, wie es hier mit einem Explizit-Vertrag für die KELAG und für Kärnten beschlossen wurde und das, meine ich, bringt die Voraussetzungen auch, daß dieser Standort nicht geschlossen wird. Dieser Vertrag zeigt auch eine Partnerschaft und keinen Ausverkauf. Eine Partnerschaft, die hier geschlossen wurde, im Gegensatz zu dem, was hier von der Verbundgesellschaft angeboten wurde. Denn die Verbundgesellschaft wäre ja nach dem Verstaatlichtengesetz die einzige Gesellschaft gewesen, die mehr als 50 % erwerben hätte können. Und da nur 49 % ausgeschrieben waren, war ihr Angebot auszuschneiden. Das hat ja mein Vorredner bereits hier gesagt. Nur durch die Konstruktion der KEH war es möglich, einen Teil unserer Aktien zu verkaufen und trotzdem Herr im eigenen Haus zu bleiben.

Und was mir noch sehr wichtig erscheint, darüber ist heute noch nicht gesprochen worden, daß es keinen Zugriff auf die Kärntner Wasserreserven geben wird. Das heißt also, die RWE hat sich bereit erklärt, daß alle Rechte hinsichtlich der Nutzung des heimischen Wassers dem Land verbleiben. Das ist wichtig.

Es war ja auch ursprünglich die Intention des Landeshauptmannes, der sich Sorgen gemacht hat und wo die Sorgen also nicht bereinigt sind, daß er gesagt hat, wir sollen eine österreichische Wasserkraftlösung durchziehen. Warum das

gescheitert ist, liegt auf der Hand. Das war ein Machtkampf zwischen einem toten Riesen, das ist die Verbundgesellschaft, denn wir müssen wissen, die Verbundgesellschaft ist de facto in Milliardenhöhe hoch verschuldet und wird demnächst sicherlich einen potenten ausländischen Partner zur Rettung brauchen. Das heißt, wenn wir dieses Geschäft mit dem Verbund gemacht hätten, dann wäre das ein Geschäft ins Ungewisse gewesen, weil wir nicht sagen können, welcher Herr in den nächsten Monaten das Sagen im Hause des Verbundes haben wird. So gesehen, glaube ich, ist es ganz, ganz wichtig, also dieser Kampf, dieser Machtkampf zwischen Verbund und den großen Bossen der EVN und der WIENSTROM, die natürlich ihre eigenen Überlegungen gemacht haben. Sie haben diese österreichische Lösung verhindert. Allerdings, meine ich, sollte man sich nach wie vor noch bemühen, wenn es zu keiner gemeinsamen Stromlösung kommen kann, daß wenigstens eine Wasserkraftlösung noch möglich sein sollte.

Der dritte Punkt, den ich hier herausstreichen möchte, ist die Tatsache, daß es keinen Kniefall vor der Atom-Lobby gegeben hat. Ich glaube, man kann also einem Unternehmen wie dem RWE, das mit dem Bundesminister Trittin - einem Grünen, einem ganz militanten Anti-Atom-Kämpfer - ein Atom-Austrittsszenario vereinbart hat, jetzt nicht unterstellen, daß wir uns der Atom-Lobby ausgeliefert haben. Und um auch noch die Relationen klarzustellen, der RWE erzeugt derzeit etwa 19 % seines gesamten Stromaufkommens über Atomkraft. Die EON, die offensichtlich ein Verbundpartner werden könnte, hat 48 % der Stromerzeugung aus der Atomkraft. Und die RDF, die also mit dem steirischen Partner verhandelt ist, hat überhaupt 80 % Atomstromanteil. Und es ist ja ganz klar, daß wir eigentlich auch hier den richtigen Partner gewählt haben, denn es ist auch vereinbart ... Und diese Gesellschaft konzentriert sich auch für die Zukunft auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Es wird das Kompetenzzentrum für die Wasserkraft dieses Riesenkonzernes in Klagenfurt eingerichtet werden. Man spricht von bis zu 500 Arbeitsplätzen, die hier in den nächsten Jahren noch möglich werden sollten und die gesamten Wasserkraftaktivitäten dieses großen Konzerns weltweit, weltweit werden hier von Klagenfurt aus dirigiert werden, weil wir einfach

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

die Kompetenz in Wasserkraftwerken haben. Ich glaube, das sollte die Mitarbeiter der KELAG, die KELAG, aber auch uns stolz machen, daß hier dieses Argument so schlagend war. Und ich glaube, es ist auch die Liberalisierung des Strommarktes dazu angetan. Jeder Strombezieher kann sich ja im Herbst seinen Strom selbst kaufen, wo er will - auf der Rechnung wird es ausgewiesen sein und wenn jemand keinen Atomstrom kaufen will, dann muß er sich eben bei jemandem den Strom kaufen, der keinen Atomstrom erzeugt. Also hier wird das Ganze ja sehr, sehr transparent werden und die Aufgeregtheit mancher ist sicherlich unbegründet.

Zum Verkaufspreis möchte ich noch etwas sagen. Der hat alle Erwartungen übertroffen. Die hohe Kompetenz des Landeshauptmanns, des Finanzreferenten, aber auch der Experten, muß ich sagen, haben es möglich gemacht, daß wir für 32 % unserer Aktien, unserer Anteile, die wir ... (*Abg. Lutschounig: Vor allem der Experten!*) Oh, die Experten waren sicherlich auch wesentlich, aber es muß ja jemand auch die Idee haben, gute Experten zu finden und es mußte erst gelingen, 4,2 Milliarden zu bekommen. Wenn wir in Vergleich stellen, daß wir jetzt 32 % zu 4,2 Milliarden verkaufen und Villach 25 % zu 1,4 Milliarden verkauft hat, hat der Herr Bürgermeister Manzenreiter ein ganz, ganz schlechtes Geschäft gemacht und hat fast drei Milliarden Schilling am Tisch liegen gelassen. Er hat fast drei Milliarden Schilling liegen gelassen. Also hier, glaub ich, zeigt sich schon die Qualität der Politik einmal sehr, (*Zwischenruf des Abg. Unterrieder*) sehr deutlich und ich bin sehr froh, daß es uns gelungen ist, ein so hervorragendes Ergebnis zu erzielen.

Die Erwartungen, die noch gesetzt werden, die hat auch Klubobmann Unterrieder angesprochen, das ist die Strompreissenkung. Die Strompreissenkung wird sicherlich kommen, so wie sie auch vor zwei Jahren gekommen ist und man soll sie hier nicht wedgiskutieren. Man kann sie auch nicht wedgiskutieren, denn jeder Strombezieher in Kärnten, der kleine Mann wie auch der große, hat das gespürt. (*Abg. Unterrieder: Wir glauben das nicht mehr!*) Ich möchte dich, Herr Klubobmann, bitten, einmal auf deiner Stromrechnung nachzuschauen. Vielleicht hast du das nie nachgesehen, daß es sehr wohl eine Entlas-

zung gegeben hat. Und daß es sehr wohl, seit der Herr Landeshauptmann Haider heißt, so ist, daß die KELAG Gewinne den Strombeziehern zur Verfügung stellt und nicht zur Vermehrung der Privilegien der Mitarbeiter verwendet. Denn 30 bis 40 Jahre sind ja die Gewinne mehrheitlich nicht dem Eigentümer zugeflossen, sondern sind im Unternehmen zu einem ganz ansehnlichen Teil auch für Privilegien verwendeten worden.

Und abschließend noch zu den Honoraren der Fachleute. Ich glaube, da sollte man auch nicht zu aufgeregt sein. (*Abg. Dr. Wutte: Ich bin nicht aufgeregt!*) Nein, ich schau dich eh nicht an. Du hast das ja sicherlich auch richtig gesehen. Man soll die Kirche im Dorf lassen. (*Um 12.39 Uhr übernimmt 3. Präs. Mitterer den Vorsitz.*) Wenn man so ein Geschäft abwickelt und drei Experten findet, die eineinhalb Jahre alles erledigen und alles auch beschlußreif bis zum letzten Punkt und Beistrich vorbereiten und die noch ein Leistungshonorar haben, das heißt, für jeden Schilling, der über dem Villacher Preis liegt, dann ein Vierhundertstel des Mehrertrages für ein Leistungshonorar gegeben wird, dann, glaube ich, ist das korrekt. (*Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion*) Ja, das ist ja noch eine Aufgabe, die wir vielleicht noch machen können. Zwei-einhalb Millionen netto für eine eineinhalbjährige Expertenarbeit ist nicht zu viel, aber es war zu viel, wenn der Herr Dr. Ritzberger, wie ich höre, allein für die Vertragserstellung in Villach eineinhalb Millionen bekommen hat. (*Abg. Dr. Wutte: Das ist ja unerhört!*) Das ist, finde ich, also schon in Frage zu stellen.

Abschließend, meine Damen und Herren, hat die Qualität der Vorbereitung alle überzeugt. Wir wissen alle: jeder hat am Anfang andere Überlegungen gehabt, es war ein bißchen Mißtrauen da. Die Qualität der Vorbereitung dieser Entscheidung hat alle überzeugt. Auch jene, die ein bißchen hinausgrasen wollten. Aber letztlich hat die Verantwortung für dieses Land obsiegt. Die Einstimmigkeit, die heute angekündigt wurde, zeigt, daß diese Frage mit großer Verantwortung erledigt wurde. Und ich meine auch, daß dieser Beschluß auch ein Lohn für die KELAG selbst ist.

Der Klubobmann Unterrieder hat es angezogen und ich muß sagen, ein bißchen habe ich mit beigetragen, denn ich habe durch zwanzig Jahre

**Dipl.-Ing. Freunschlag**

immer wieder die KELAG ersucht: bitte, macht's rechtzeitig eure Restrukturierungen. Wir haben riesige Debatten geführt in diesem Hause. Und die KELAG hat den Lohn bekommen, indem sie als erste Stromgesellschaft in Österreich entsprechende Maßnahmen eingeleitet hat, schlanker geworden ist, ihr Unternehmen letztlich wirklich so dargestellt hat, daß sie auch einen Kaufpreis erzielen konnte. Hier mein Dank auch den Vorstandsmitgliedern, den Mitarbeitern der KELAG, die hier mitgewirkt haben, daß das Land nun diese Lösung beschließen kann und es wird nicht nur zum Vorteil der Mitarbeiter sein, sondern für das ganze Land. Ich danke. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Rohr das Wort. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: O je!)*

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ja, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die SPÖ haltet sich an nichts mehr! Brauchst nicht geschätzte auch noch sagen!)* Ich hätte mich an sich nicht zu Wort gemeldet, wenn der Herr Präsident Freunschlag auch in seiner Verantwortung zum heutigen Tagesordnungspunkt entsprechend die Dinge dort belassen hätte, wo sie hingehören, nämlich zum einen, daß es wichtig und sinnvoll ist, hier entsprechende Kooperationen einzugehen, wie sie zwischen der KELAG und der Rheinland-Westfälischen Energiegesellschaft stattfinden. Zum anderen möchte ich aber schon auch etwas auf die historischen Dinge bezogen sagen. Herr Präsident Freunschlag, wenn sie heute hier heraußen stehen und einfach aufgrund der geänderten Rahmen- und Geschäftsbedingungen und aufgrund des geänderten Marktes sich über den Kaufpreis freuen, so ist das durchaus legitim und korrekt.

Aber auf der anderen Seite muß man natürlich auch die Entwicklungsgeschichte der Aktienverkäufe der KELAG schon mit im Auge haben und da waren Sie ja einer, der wesentlich dazu beigetragen hat, daß sie sozusagen die Städte animiert haben mit einem Landtagsbeschluß im Jahr 1993, in dem ÖVP und FPÖ gemeinsam 49 % der KELAG aufgrund der damals schlechten wirtschaftlichen Situation verkaufen wollten, aber dabei überhaupt nicht bedacht haben, daß

es ja auch 32 und noch ein paar Kommazentpunkte Anteile von den Städten gibt. Da wollte die Landespolitik einen Weg gehen, ohne die Städte miteinzubinden. *(1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Stimmt nicht! Das ist ein Märchen!)* Und das war eigentlich erst der Auslöser dafür, daß die Städte gesagt haben: Ja bitte, dann ist natürlich klar, wenn das Land ... *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das Land hat nichts verkauft! Villach hat verkauft!)* Laßt's mich ausreden, hört mir zu! Wenn das Land 49 % verkauft, dann sind vielleicht zwei Prozentpunkte an Aktienanteilen noch strategisch wertvoll. Das hätte dann St. Veit sein können oder irgendeine andere Stadt, die zwei Prozent strategisch noch günstig verkaufen hätte können und die anderen ... *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Gallo)* Ja, selbstverständlich! Das war die Entwicklungsgeschichte. Herr Präsident Freunschlag, und es war eigentlich ... Die Städte waren ja damals, zum damaligen Zeitpunkt gezwungen dazu, ihr Aktienpaket entsprechend auch anzubieten und zu verkaufen. *(1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Man hat ja nicht einmal verhandelt!)*

Und ich werde Ihnen eines sagen, wenn Sie heute sagen, daß der Herr Bürgermeister Manzenreiter mit 1,86 Milliarden Schilling für 32 % Verkaufserlös einen schlechten Preis erzielt hätte, dann haben Sie im Jahr 1995 noch ganz anders hier von diesem Pult aus geredet, Herr Präsident Freunschlag.

Nur zu den Zahlen noch ein paar Fakten. Villach hat also für 25 % 1,4 Milliarden Schilling Erlös. Zweihundert Millionen Schilling sind damals von diesen 1,4 Milliarden Schilling direkt in rentierliche Investitionen geflossen und 1,2 Milliarden Schilling sind, wie allgemein bekannt, in einem entsprechend sicheren Fonds oder in mehreren Fonds veranlagt.

Eines muß man auch sagen: In diesen Jahren der Veranlagung hat die Stadt Villach alleine 410 Millionen Schilling an Zinserträgen erwirtschaftet, hat aber gleichzeitig die Werterhaltung dieser 1,2 Milliarden Schilling sichergestellt. Jährlich 60 bis 70 Millionen Schilling mehr, die also im Budget als Investitionsspielraum zur Verfügung gestanden sind! Wenn Sie die Entwicklung in Villach anschauen und die Dynamik in dieser Stadt, dann werden Sie auch zugeben müssen, daß genau dieser Spielraum in Wahrheit

## Ing. Rohr

auch Villach auf die Überholspur gebracht hat. Denn in der Dynamik hat Villach im Vergleich unter österreichischen Städten beispielsweise vom 52. Platz auf den 22. Platz im Ranking aufgeholt; innerhalb von fünf Jahren, (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Das ist ja in Ordnung, aber wenn der Manzenreiter drei Milliarden Schilling mehr erlöst hätte!*) Herr Präsident Freunschlag. (Abg. Unterrieder: *Politisch hat er recht gehabt!*)

Jetzt dazu, wie Sie damals den Verkaufserlös, am 14. Dezember 1995, hier heraußen argumentiert haben. Als es darum gegangen ist, daß die Verbundgesellschaft über 33%-Aktienanteil erhält, haben Sie gesagt, nachdem Sie dagegen aufgetreten sind: „Ich sehe das also eher als eine Aktion, um den ins Dilemma gekommenen Verbunddirektoren aus der Patsche zu helfen.“ Diese 3 % mehr, damit sie dann (1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *So war es ja!* - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Was sich jetzt eindrucksvoll bestätigt!*) also entsprechende Aufsichtsräte auch in den Gremien besetzen können. (1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Das ist eine Bestätigung meiner damaligen Weissagung!*) Aber Sie haben noch eines dazugesagt: „Denn diese haben sehr schneidig 1,6 oder 1,7 Milliarden“, es waren in Wahrheit 1,86 Milliarden Schilling „für 32 und ein paar zerquetschte Prozente bezahlt, ohne zu bedenken, (1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Ja! Richtig!*) daß sie für diesen fürstlichen Preis“ das ist das Entscheidende „in der KELAG eigentlich nichts mitzuplaudern haben.“ (1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Ja! Das war ja so!*) Also war aufgrund der gegebenen Marktsituation im Jahr 1995 der Verkaufserlös für die Städte ein fürstlicher Preis. (1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Kein Widerspruch!*) Und heute - weil die Marktbedingungen sich geändert haben und entsprechend mehr zu Erlösen ist - ist der Verkaufserlös, den die Städte erzielt haben, ein Peanuts?! (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Ein kaiserlicher Preis!*) Meine Damen und Herren! So kann man ja nicht Politik machen! So kann man nicht Politik machen! (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Du lehnt dich ja wieder beim falschen Fenster hinaus!*)

Ich muß Ihnen auch eines sagen: Wenn man also in Verantwortung darum handelt, daß das Kärntner Energieunternehmen, die KELAG, auch in Zukunft weiterhin erfolgreich geführt

werden soll und weiterhin erfolgreich wirtschaftet, dann denke ich mir, hat diese Polemik hier am Rednerpult von dir, Herr Präsident Freunschlag, eigentlich nichts zu tun. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Aber das kommt ja von dir. Du machst ja die eigene Zustimmung madig!* - 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Ich habe nur über Tatsachen berichtet!*)

Das zweite, weil ihr immer so von den Erfolgen und von der Omnikompetenz des Herrn Landeshauptmannes redet. Ich werde euch eines sagen: Ich habe gestern meine persönliche Stromabrechnung bekommen. Ich habe eigentlich nichts gemerkt von einer Strompreissenkung von 10 %. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Du bist ja auch kein armer Hascher!*) Ich habe nichts von einer Strompreissenkung von 10 % gemerkt. (1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Man muß beim Preis schauen!*) Wißt ihr, wo ich etwas gemerkt habe: Dort, wo ich selbst einfach weniger Kilowattstunden verbraucht habe, da habe ich deswegen ein paar Schillinge zurückgekriegt. Aber im Vergleich zu den Stromrechnungen der Vorjahre sind also die 10 % Strompreissenkung ein Märchen, das ihr halt plakativ, durch die Lande ziehend, immer wieder den Leuten einzureden versucht. (1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Ein Faktum!*) Die Realität und die Wahrheit ist eine ganz andere. Im Gegenteil! Ich muß einfach zur Kenntnis nehmen, daß die Energieabgabe durch die schwarzblaue Bundesregierung entsprechend erhöht wurde, und zwar um 100 % erhöht wurde und sich natürlich auch negativ auswirkt. (Abg. Dr. Wutte: *Stimmst du jetzt mit oder stimmst du dagegen?!* - 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Du mußt nicht die Stromverbrauchssumme anschauen, sondern beim Preis mußt du vergleichen!*) Ich habe das schon gesagt. Herr Präsident, du hast mir leider schlecht zugehört. Ich habe gesagt, ich habe deshalb einen etwas geringeren Preis gezahlt, (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Du kennst dich schlecht aus. Jetzt wissen wir überhaupt nichts mehr!*) weil ich energiebewußt gespart habe und weil ich halt weniger Strom verbraucht habe - aber nicht deshalb, weil der Strompreis so in den Keller gefallen ist, habe ich nur mehr die Hälfte Stromrechnung gezahlt. Das muß man ganz klar und deutlich hier feststellen. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Du hast Glück, daß du nicht mitverkauft worden bist!*)

**Ing. Rohr**

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, daß es gut ist, daß die hier im Landtag vertretenen Parteien diese wichtige wirtschaftspolitische Entscheidung für Kärnten im Konsens treffen, denn es geht um ein Kärntner Unternehmen, es geht um wirtschaftspolitische Fragen in der Zukunft und um strategische Ausrichtung. Hier denke ich, daß mit dem erzielten Verhandlungsergebnis, das mit den Rheinland Westfälischen Energieerzeugern erreicht wurde, die KELAG ihre Position in Kärnten erhalten kann und durch neue Geschäftsfelder auch die Chance besteht, daß neue Arbeitsplätze in diesem Land in Zukunft geschaffen werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

*(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. - Der Vorsitzende eröffnet die Spezialdebatte.)*

Berichterstatter Abgeordneter **Lobnig** (FPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß Artikel 64 Abs. 2 der Kärntner Landesverfassung - K-LVG, LGBl. Nr. 85/1996 - wird dem Abschluß des vorgelegten Anteilskauf- und Abtretungsvertrages betreffend die Abtretung von 49 % Geschäftsanteilen des Landes Kärnten an der Kärntner Energieholding Beteiligungs-GmbH an die RWE PLUS Aktiengesellschaft zum Kaufpreis von 4.183 Millionen Schilling sowie dem Abschluß des anliegenden Optionsvertrages zugestimmt.

Ich beantrage die Annahme.

*(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Wir kommen nun zur Mitteilung des Einlaufes. Ich darf den Herrn Landtagsdirektor um die Verlesung bitten!

**Mitteilung des Einlaufes**

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Der Einlauf der heutigen Landtagssitzung umfaßt zwei Dringlichkeitsanträge und vier Anträge.

1. Dringlichkeitsanträge:

**1. Ldtgs.Zl. 319-14/28:**

**Antrag von Abgeordneten des FPÖ- und ÖVP-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Vereinbarung vom 14. 11. 1984, abgeschlossen zwischen dem Land Kärnten einerseits und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Kärnten (ÖRK) andererseits über die Einrichtung eines Rettungsdienstes in Kärnten neu zu verhandeln.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Herr Klubobmann Dr. Strutz gemeldet. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Mit Vereinbarung vom 14. November 1984 zwischen dem Land Kärnten und dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Kärnten, kamen die beiden Vertragspartner überein, in der Bezirksstelle Klagenfurt des Österreichischen Roten Kreuzes im Rahmen des Hubschrauberrettungsdienstes die Rettungsleitstelle einzurichten.

Wenn man sich den Vertrag näher ansieht, dann findet man, daß über die Wirksamkeit dieses Vertrages im Punkt 2 festgehalten wird, daß diese Vereinbarung, die damals vom zuständigen Landesrat Gallob abgeschlossen wurde, mit dem 30. September 1985 ausläuft und befristet genehmigt wurde. Dem Österreichischen Roten

**Dr. Strutz**

Kreuz wurde aufgetragen, bis zu diesem Zeitpunkt ein neues Übereinkommen anzustreben. Das war, wenn man sich auch die Protokolle der Landesregierung ansieht, der damalige politische Wille, da eine Reihe von Fragen noch ungeklärt war. Diesem Punkt 2 dieser Vereinbarung des Landes Kärnten ist man aber nie nachgekommen, was zum jetzigen Zeitpunkt insofern notwendig ist, da mit dem ÖAMTC ein Konkurrenzunternehmen hier auch anbietet, wir eine Vereinbarung hier auch mit dem Bund und dem Land Kärnten zu akzeptieren haben.

Aus diesem Grund sind wir der Meinung, daß einerseits dieser Vertrag, datierend aus 1984, einmal erfüllt werden muß. Wir zielen deshalb auch auf eine Neuverhandlung mit unserem Dringlichkeitsantrag ab. Denn der Einsatz und die Verwendung dieser Leitstelle - Sie wissen, es geht um den sehr sensiblen Einsatz der Rufnummer 144 - muß auch auf einer rechtlich gültigen Basis stehen.

Ich möchte aber auch die Thematik zum Anlaß nehmen, daß die Finanzpraktiken beim Roten Kreuz bei weitem nicht so sind, wie sie auch in der letzten Landtagssitzung dargelegt wurden. Es ist hier insbesondere vom Präsidenten Ambrozy behauptet worden, daß die Finanzierung des Hubschraubers gesichert sei und man keine Subventionen von seiten des Landes benötige.

Die Wirklichkeit schaut offenbar etwas anders aus. Denn plötzlich werden sogar interne Gelder der einzelnen Dienststellen und der Organisationen zur Gänze von der Zentrale abgenommen. Es müssen sämtliche Sparbücher der Bezirke abgegeben werden. Die Dienststellen, die immer um einen guten Kontakt auch zur Bevölkerung in den Regionen bemüht sind und auch entsprechende finanzielle Unterstützung erhalten, müssen diese Gelder nun an die Bezirke abliefern. Es gibt hier einen entsprechenden Beschluß auch der Präsidiale und des Bezirksausschusses. Wir sind der Meinung - und haben aus diesem Grund ja auch eine Überprüfung durch den Rechnungshof angestrebt -, wir haben nicht zuletzt aufgrund dieser Problematik auch in der letzten Landtagssitzung einen Dringlichkeitsantrag beschlossen und eingebracht, der darauf abzielt, daß der Einsatz des Notfallhubschraubers sich nicht negativ auf das große Engage-

ment der freiwilligen Helfer, die hier natürlich auch um die Unterstützung in finanzieller Hinsicht werben, auswirken darf. Ich bin froh, daß wir diesen Antrag hier beschlossen haben, denn die Praxis und die Beschlüsse, die beim Roten Kreuz laufen, zeigen genau das Gegenteil.

Ich ersuche aber, diesen Antrag, den wir gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei einbringen, zu unterstützen, damit wir hier auch eine Rechtssicherheit im Zusammenhang mit der Vereinbarung, die das Land Kärnten mit dem Roten Kreuz geschlossen hat, haben. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Die Redezeit war unter 5 Minuten.)*

*(Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig zur Dringlichkeit das Wort.)*

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Dieser Antrag ist für mich besonders dringlich, weil wir im Bereich der Sozialpolitik wieder merken, wie die Sozialdemokraten mit Sozialpolitik umgehen. Zunächst einmal baut man eine Doppelstruktur auf. Dann macht man es mit Doppelfunktionen (Rotkreuz-Präsident und Landeshauptmann-Stellvertreter und Gesundheitsreferent), und das Land zahlt die doppelten Kosten. Ich meine, daß diese Vorgangsweise von uns strikte abgelehnt wird! *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr)*

Wir haben in diesem Zusammenhang mit dem Aufbau der Flugrettung immer eine ganz klare Position. *(Abg. Unterrieder: Dem ÖAMTC-Präsidenten Springer ist das schon so peinlich!)* Die klare Position ist unveränderbar, und wir haben recht. *(Lärm im Hause)* Ihr werdet sehen, liebe Freunde aus der Sozialdemokratischen Partei, wo das enden wird. Ich möchte es lieber nicht haben, aber es wird so sein. Wir wissen ganz genau, daß Kärnten die Größenordnung einer mittleren deutschen Stadt hat. Wir wissen ganz genau, daß die Versorgung unseres Bundeslandes mit zwei Fluggeräten absolut ausreichend ist. *(Zwischenruf des Abg. Arbeiter)* Und wir wissen ganz genau, daß in unserem Bundesland die Versorgung des Oberkärntner Raumes mit Kärnten direkt zusammenhängt. Wir wissen ganz genau, daß wir im Winter in Klagenfurt

## Sablatnig

eine Nebelzone haben und es daher wichtig ist, daß ein Gerät von außenher das Bundesland Kärnten versorgen kann. Und wir wissen ganz genau, daß ein Gerät - ohne daß es fliegt - im Jahr zehn Millionen Schilling kostet. Das ist die Miete, die Leasingrate oder der Kauf, und das ist die Versicherung. 10 Millionen! Wir wissen, daß zwei Piloten 3,5 Millionen Schilling kosten. Wir wissen, daß der Windenoperator 1,5 Millionen Schilling kostet. Wir wissen, daß die Gesamtkosten für ein Gerät etwa 20 Millionen Schilling betragen.

Wir wissen andererseits - das ist für euch in der sozialdemokratischen Reihe wichtig! -, daß die Kärntner Gebietskrankenkasse im Jahr 6,8 Millionen Schilling für Rettungstransporte mit dem Flugzeug bezahlt. Ich möchte jetzt fragen, wenn wir in Klagenfurt zwei Maschinen haben werden, mit Gesamtkosten von zirka 40 Millionen Schilling, wo der eine oder der andere Partner dieses Geld hernehmen wird. Ich gehe davon aus, daß die Sozialdemokraten wissen, was sie tun. Es gibt ein anderes Sprichwort auch noch: „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ (Abg. Dr. Wutte: Genau! - Beifall von der ÖVP-Fraktion)

Denn wenn es so klar wäre, hätte das Rote Kreuz für die Flugrettung ein Budget beschlossen. Es gibt kein beschlossenes Budget für die Flugrettung des Roten Kreuzes in Kärnten. Wenn es so klar wäre, hätte der Vorstandsvorstand des Roten Kreuzes ein Flugrettungs-Engagement beschlossen. Es hat keine Vorstandsvorstandssitzung gegeben. Es wird jetzt im Juni irgendwann einmal die erste Vorstandssitzung in diesem Jahr stattfinden. Das heißt, es ist ein Blindflug des Landeshauptmannstellvertreters Ambrozy und des Herrn Traunig, den wir hier diskutieren.

Und was passiert Kritikern? Gott sei Dank, daß ich hier frei reden kann. Wäre ich beim Roten Kreuz, wäre ich ausgeschlossen, sogar vom Dienst ausgeschlossen. Und es ist dem jungen Präsenzdienner, einem Zivildienner, so ergangen, daß er sich am nächsten Tag, als er sich in der Radiodiskussion zu Wort gemeldet hat ... (Abg. Unterrieder: So wie die Rettungsorganisation mit unserem Finanzreferenten umgegangen ist!) am nächsten Tag mußte der junge Mann bei einer Rot-Kreuz-Bezirksstelle bei seinem Chef

antreten und er wurde zwangsbeurlaubt. Und der junge Mann wurde ausgeschlossen aus dem Roten Kreuz. Und es gab einen Maulkorberlaß an alle Bezirksstellen, daß weder ein ehrenamtlicher noch ein hauptberuflicher Mitarbeiter zu diesem Thema etwas sagen kann. Und ich frage, wie man in diesem Land mit freiwilligen Mitarbeitern umgehen wird, wenn jeder, der sich zu Wort meldet, aus dieser Organisation ausgeschlossen wird. Und ich sage eines, es wird in diesem Haus niemand bereit sein, außer vielleicht die linke Reichshälfte, den Abgang des Roten Kreuzes, wenn es einen geben wird, den sage ich voraus, zu finanzieren. (Abg. Ing. Rohr: Und der ÖAMTC bekommt fünf Millionen!) Wir zahlen zu diesem Topf nichts dazu. Und die freiwilligen Spender in diesem Bundesland werden es auch nicht tun. Ihr braucht's ... (Lärm in der SPÖ-Fraktion)

Es gibt einen gültigen Vertrag und der gültige Vertrag sieht 4,6 Millionen Schilling vor und von diesen 4,6 Millionen bekommt einen großen Teil das Rote Kreuz für das Bedienen der Leitstelle. Das müßt Ihr wissen. (Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!) Und der ÖAMTC bekommt ausschließlich eine Million Schilling für den Standort Lienz, weil dieser wirtschaftlich so nicht geführt werden kann. Ich möchte die Sozialdemokraten auffordern, diesen Antrag mit zu unterstützen, damit wir eine neue Rechtsgrundlage bekommen, damit jeder weiß, wer in diesem Land diese Aufgaben wahrzunehmen hat. (Weiter Unruhe in der SPÖ-Fraktion) Jedenfalls sage ich, daß die Notrufnummer 144 neutralisiert werden muß und das wird halt mit einer Mehrheit in diesem Land möglich sein, wenn die Sozialdemokraten uneinsichtig bleiben. (Beifall von der ÖVP-Fraktion - Vorsitzender: Die Redezeit war 5 Minuten und 12 Sekunden.)

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Schober das Wort.)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Sablatnig hat gesagt: „Vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ (Abg. Ramsbacher: Das stimmt aber!) Ich kenne mich auch schon langsam nicht

**Schober**

mehr aus, (*Abg. Dr. Strutz: Bist du auch bibelsicher!*) denn bei der letzten Landtagssitzung wurden Anträge eingereicht, es wurden Diskussionen geführt, der Landeshauptmann hat von seinem Sitz aus gesagt, es werden Gespräche geführt werden. Es wird letztendlich zu einer Lösung kommen. Und heute ein von der ÖVP gemeinsam mit der FPÖ eingebrachter Dringlichkeitsantrag. Ich weiß nicht, was da wirklich so dringlich an der ganzen Sache ist. Eines kann ich ihnen gleich schon vorweg sagen: Wir als Sozialdemokraten werden der Dringlichkeit sicherlich nicht zustimmen. (*Abg. Steinkellner: Warum denn nicht?!*) Wenn man immer davon spricht, man sollte Politik nicht mit wirtschaftlichen Interessen verflechten, dann frage ich mich wirklich eines: Was hat denn vor allem die ÖVP so großes Interesse, um für den ÖAMTC zu sprechen? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Dann frage ich mich, warum Ambrozy Rot Kreuz-Präsident ist!*) Obwohl es beide Organisationen immer wieder sagen, wir haben miteinander nichts zu tun. Wenn also heute gesagt wird, wir kommen mit zwei Hubschrauber in Kärnten vollkommen aus ... (*Abg. Ramsbacher: Ja, freilich.*) Ja, meine geschätzten Damen und Herren, je mehr es sind, desto besser kann es für die Kärntner Bevölkerung ja nur werden. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Dann werden sie in der Luft zusammenstoßen!*) Das ist keine Frage. Und ob die wirtschaftlich zu Rande kommen, ich glaube, das sollte nicht Aufgabe vor allem der ÖVP sein, daß sie für den ÖAMTC hier die Stange hält. Alles das, was sie hier betreiben, ist eine reine Verunsicherungstaktik, vor allem - und dafür setzen sie sich nach außen immer so ein - vor allem für die wirklich sehr vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

Maulkorberlässe, geschätzte Damen und Herren von der ÖVP, (*Abg. Sablatnig: Das ist die Meinungsfreiheit der Sozialdemokraten!*) aber auch von der FPÖ, so viele Maulkorberlässe in der Politik hat es noch nie gegeben, als es derzeit gibt. Ich denke nur im Bereich des Innenressorts, da gibt es jeden Tag einen Maulkorberlaß und ich möchte überhaupt nicht auf die Vergangenheit zurückgreifen, wo es diese Maulkorberlässe im Bereich des Amtes der Kärntner Landesregierung gegeben hat und immer noch gibt. (*Abg. Dr. Strutz: Was meinst du?! Den Wagner?!*) Ich meine also, es sind Verhandlungen angekündigt,

es werden Verhandlungen geführt und es wird sicherlich die bestmögliche Lösung für dieses Land Kärnten herauskommen, wo vor allem die Bevölkerung ihren Profit durch den Einsatz mehrerer Rettungshubschrauber, wie sie in anderen Ländern Österreichs auch schon gibt, haben wird.

Schauen wir nur ins Nachbarland nach Tirol. Dort sind sogar vier oder fünf Hubschrauber in Einsatz, Funktioniert bestens! (*Abg. Ramsbacher: Aber nur im Winter!*) Aber auch im Nachbarland Salzburg sind mehrere Hubschrauber im Einsatz und auch dort geht es. Ich bin davon überzeugt, daß mit der Nummer 144 auch eine Lösung getroffen werden wird, wo der Einsatz beider Rettungshubschrauber für alle beide Organisationen bestens über die Bühne gebracht werden kann. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Ich darf die Abgeordneten ersuchen, Ihre Plätze einzunehmen. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich lasse daher über die Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, den bitte ich, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben! Das ist mit 24 gegen elf Stimmen der SPÖ die erforderliche Mehrheit und somit steht dieser Antrag in Behandlung. Es liegt mir zum Antrag selbst keine Wortmeldung vor, deshalb lasse ich auch über den Antrag selbst abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! Das ist mit Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen und der Tagesordnungspunkt somit erledigt.

Ich bitte um die Verlesung des weiteren Einlaufes!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

## 2. Ldtgs.Zl. 471-1/28:

**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:  
Die Kärntner Landesregierung wird aufgefor-



**Mag. Weiß**

dert, umgehend dafür Sorge zu tragen, daß der Landesrechnungshof personell in die Lage versetzt wird, seinen Prüfungsaufträgen zeitgerecht nachzukommen.

*(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. KO Unterrieder das Wort.)*

**Abgeordneter Unterrieder (SPÖ):**

Geschätzte Damen und Herren! Der Rechnungshof ist ein ganz wichtiges Instrument des Kärntner Landtages und die Anzahl der Prüfungsanträge, die derzeit zu behandeln sind, - 17 liegen vor - zeigen, daß es viele Aufklärungswünsche oder zumindest Prüfungswünsche seitens der verschiedenen Fraktionen des Kärntner Landtages gibt. Aus dem Grund, um das Ganze bewältigen zu können ... Wir haben ja damals durch das neue Rechnungshofgesetz auch die begleitende Kontrolle, die eine sehr wesentliche Maßnahme des Rechnungshofes auch ist, bei großen Bauvorhaben eingeführt. Und da sollte man dann schauen, daß dieses Instrument mit der notwendigen Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgestattet werden kann. Und die ganzen Vorkommnisse jetzt, wenn ich an die Seebühne denke, die der Hypo gehört, und das sagt ja keiner so recht. Die Seebühne ... Und der Kulterer ist deswegen nervös geworden, als Chef der Hypo, einer der dort Verantwortlichen. Ja, der Hypo-Leasing gehört das halt. *(Abg. Dr. Wutte: Und die Hypo gehört uns!)* Und die, die jetzt angeblich die Käufer sein sollten, die Truppe, die illustre Runde, die die Seebühne jetzt kaufen will und daneben sich noch die Grundstücke unter den Nagel reißen will, das wäre zum Beispiel ein ganz wichtiger Prüfungsauftrag und deswegen brauchen wir Personal für den Landesrechnungshof, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Eine Geisterbeschwörung kann niemand überprüfen!)* um so etwas relativ rasch prüfen zu können und dann ein Unglück zu verhindern. Das ist nämlich ganz wichtig. Und aus dem Grund unsere Forderung nach mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bereich des Landesrechnungshofes, damit sie in der Lage sind, die vielen Prüfungsanträge, die ja vorliegen - und es kommt ja immer wieder zu neuen Prüfungsanträge - diese zeitgerecht zu erledigen. Weil sonst ist die nächste Landtagswahl und

dann haben wir wieder eine neue Periode und es ist nicht mehr möglich. Ich habe dem Rechnungshof einen Brief ... Ich darf mich recht herzlich bei ihnen für die Antwort bedanken, in der sehr klar und deutlich festlegt ist, in welchen Zeiträumen welche Prüfungsaufträge erledigt werden können. Und bei den neuen Aufträgen wollen wir sie unterstützen, daß man vielleicht doch durch mehr Personal mehr Kontrolle hat. Und nachdem man sehr locker mit Geld umgeht, daß man jetzt auf der einen Seite durch das Verscherbeln zur Verfügung hat, muß man aufpassen, daß das Geld richtig eingesetzt wird, im Sinne der Kärntner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. KO Dr. Wutte das Wort.)*

**Abgeordneter Dr. Wutte (ÖVP):**

Herr Präsident! Hohes Haus! Als Obmann des Kontrollausschusses im Kärntner Landtag muß ich ein derartiges Anliegen selbstverständlich unterstützen. Das gilt auch für die Kärntner Volkspartei, unsere Riege, die sich ja als die einzige kontrollierende Kraft da im Kärntner Landtag immer wieder herausstellt. *(Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion)* Daher gibt es eigentlich von uns eine Zustimmung dazu, *(Lärm in der SPÖ-Fraktion)* weil es einfach notwendig ist, den Wissensdurst der vielen antragstellenden Kolleginnen und Kollegen, die einfach Prüfungsanträge stellen ... Wir haben in der Geschäftsordnung eine eher sehr großzügige Handhabung von Prüfungsantragslegitimationen, daher müssen wir dem auch Rechnung tragen, weil es wird kaum jemanden interessieren, was vor zehn Jahren passiert ist, wir müssen die Aktualität der Rechnungshofberichte und deren vorliegende Ergebnisse einfach dadurch steigern, daß wir mehr Personal zur Verfügung stellen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

*(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Jost das Wort.)*

**Abgeordneter Jost (FPÖ):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Antrag ist zweifellos zu unterstützen. Alles, was

**Jost**

zur Stärkung der Kontrolle beiträgt und was auch zur Schnelligkeit der Kontrolle beiträgt, verdient auch die Unterstützung meiner Fraktion. Die ganze Geschichte hat allerdings einen kleinen Schönheitsfehler, weil wir im Kontrollausschuß schon mehrmals über Prüfanträge diskutieren mußten, die einen derartigen Umfang haben, daß sie den Rechnungshof für lange Zeit lahm legen. Ich erinnere mich da ganz konkret an eine Diskussion, die man über die Krankenanstalten gehabt hat, und da ist von der SPÖ der Antrag gekommen, man möge auch die geistlichen Spitäler prüfen. Wogegen ja nichts zu sagen ist. Nur wäre das ein Auftrag gewesen, der Monate gedauert hätte, wo wir also dann noch unter Umständen auch Schwierigkeiten mit dem Zugriff darauf gehabt hätten, und erst nach längeren Diskussionen haben wir uns einigen können, daß der Auftrag ein bißchen präziser formuliert wird und daß die investiven Maßnahmen angeschaut werden und daß wir also in einer zumutbaren Zeit auch den Bericht bekommen.

Ich glaube, dieses Beispiel zeigt nur, daß auch der Dringlichkeitsantrag im Grunde genommen auch eine Mahnung an uns alle ist, diese Prüfaufträge präzise zu fassen und dem Rechnungshof auch ganz klar zu sagen, worauf man hinaus will, damit er sich auf wichtige Dinge konzentrieren kann und nicht mit einem Ballast beschäftigt ist, der aufhält und der auch zur Verzögerung der Berichte führt. Also, so verstehe ich ihren Antrag und da würde ich sie halt auch ersuchen, in diesem Sinne in ihrer Fraktion tätig zu werden.

Was die konkrete Situation betrifft, glaube ich, ist es entscheidend, was der Rechnungshofdirektor sagt. Mit ihm sollte man das Gespräch suchen. Ihm sind ja grundsätzlich 15 Dienstposten zugeordnet, die er derzeit noch nicht ausgeschöpft hat. Er wird es sicher tun, wenn er es für richtig hält und ich glaube, da sollte man ihm auch nicht hineinreden. Das ist seine Angelegenheit.

Wir alle sind, glaube ich, mit der Arbeit des Rechnungshofes zufrieden. Er ist für mich ein Beispiel und auch ein Anker der Kontinuität der Verlässlichkeit. Was man verbessern könnte: die Schnelligkeit - und da sollten wir alle daran arbeiten, an der Schnelligkeit der Berichte. Nur es ist ein bißchen ungläubig, wenn das ausgerechnet dann passiert, wenn man selber als

eigene Fraktion ein paar Anträge gestellt hat und vorher nicht "Muh und Mäh" sagt zu dieser Situation. Ich glaube, eine seriöse Politik und eine seriöse Überlegung über die Zukunft der Kontrolle würde auch implizieren, daß man das abgehoben und getrennt von irgendwelchen aktuellen Dingen macht und da objektive Kriterien findet, die dann unabhängig von den aktuellen Dingen da vertreten werden. (*Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion*) Dieser Ausflug zur Seebühne, Herr Klubobmann, das ist glaube ich ... Wir könnten einige Beispiele sagen, was wir uns alle noch gerne anschauen würden. Es ist, glaube ich, unfair, im Zusammenhang mit einer solchen Diskussion noch dazu über ein ungelegtes Ei zu reden.

Wir stimmen also dem Antrag zu. Wir sind für die Stärkung des Rechnungshofes! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist einstimmig so beschlossen! Wir sind somit auch in der Verhandlung des Gegenstandes. Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich lasse daher auch über den Antrag selbst abstimmen. Wer dem die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Auch das ist einstimmig so geschehen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich darf den Schriftführer um die Verlesung der Anträge ersuchen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

B. Anträge von Abgeordneten:

**1. Ldtgs.Zl. 329-10/28:**

**Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf, mit dem das Kärntner Landes-

**Mag. Weiß**

lehrgesetz geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Zuweisung: **Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

**2. Ldtgs.Zl. 158-17/28:**

**Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Ermöglichung der steuerlichen Absetzbarkeit ehebaldigst realisiert wird.

Zuweisung: **Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

**3. Ldtgs.Zl. 473-1/28:**

**Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß das Projekt „Geriatrizentrum neu“ im LKH Wolfsberg rasch umgesetzt wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

**4. Ldtgs.Zl. 318-7/28:**

**Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen des Leitbildes „Gesundheits- und Ökoland Kärnten“ ein Pilotprojekt zu entwickeln, welches die gesunde Küche aus kontrollierter biologischer Landwirtschaft in Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen und Gastronomie gewährleistet.

Zuweisung: **Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß**

unter Beiziehung des **Ausschusses für Gemeinde und ländlicher Raum**

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es ist der Wunsch des Antragstellers, daß die Beiziehung des Ausschusses für Gemeinde und ländlicher Raum vorgesehen wird. Ich darf darüber abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Damit ist die Beiziehung des Ausschusses einstimmig beschlossen!

Die Tagesordnung ist somit erledigt. Ich darf informieren, daß es gleich jetzt im Anschluß die Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit gibt, im Anschluß daran, zirka um 14 Uhr, tagt der Kontrollausschuß und um zirka 15 Uhr der Finanz-, Wirtschafts-, Technologie- und Wirtschaftsausschuß. Die nächste Landtagssitzung wird die Budgetsitzung sein. Sie ist für den 20. bis 22. Juni anberaumt. Die dazu notwendige Finanz- und Wirtschaftsausschußsitzung wird am 12. Juni um 14 Uhr stattfinden.

Damit ist die 28. Sitzung des Kärntner Landtages geschlossen.

**Ende der Sitzung: 13. 19 Uhr**